IMT Nuremberg Archives

H – 323

International Court of Justice

H0323 - 0002

Internationaler Militaergerichtshof
Nuernberg, Deutschland, 9. April 1946
Sitzung 10.00 bis 13.00 Uhr

VORSITZENDER: Ja, Dr. Dix.

HANS HEINRICH LAMMERS fortsetzend.

KREUZVERHOER - fortsetzend.

Durch Dr. Dix:

F: Zeuge, es ist darauf hingewiesen worden, dass ich meine Fragen zu schnell nach Ihren Antworten stelle, und dass Sie zu schnell auf meine Fragen antworten.

MR. JUSTICE JACKSON: Ich moechte vor dem Verhoer des Zeugen eine Frage aufwerfen, wenn das Gericht so freundlich ist und es mir erlaubt.
Ich bedauere es, dass fuer das Drucken von Dokumenten, die eingereicht werden, in vieler Weise Missbrauch so weit gegangen ist, dass ich aus diesem Grunde den Dokumentenraum schliessen muss, damit keine Dokumente mehr fuer die deutschen Verteidiger gedruckt werden koennen. Ich bedauere, dass ich das tun muss, es ist ein drastischer Schritt, aber ich kann nichts anderes tun, und ich unterbreite diese Situation dem Gericht.
Wir haben vom Generalsekretariat einen Auftrag bekommen, zu drucken, und haben ein Dokumentenbuch Nr. 1 fuer Rosenberg gedruckt. Das Dokumentenbuch enthaelt in seiner 107 Seiten nicht einen Punkt, der auch bei der geringsten Einbildungskraft irgendwie erheblich sein koennte fuer diese Verhandlung. Es ist uebertriebener Antisemitismus, und die Vereinigten Staaten koennen nicht in die Lage versetzt werden, selbst nicht durch den obigen Auftrag, der -ich habe darueber keinen Zweifel- durch aus unangebracht ist, vom Sekretariat des Gerichts, uns zu veranlassen, reinen Antisemitismus zu drucken und an die Presse zu verteilen, denn das ist es, was das Dokument darstellt. Ich bitte Sie nun, sich darueber zu beraten.

MR. JUSTICE JACKSON: Ich moechte sagen, es besteht aus zwei verschiedenen Dinger Antisemitismus und, was ich mit dem groessten Respekt vor jenen, die anders denken, Muell oder Mist nennen wuerde und dies ist ein Beispiel des Muells, von dem man von uns verlangt, dass er auf Kosten der Vereinigten Staaten gedruckt werden soll. Ich kann einfach nicht mehr laenger schweigen.

"Die der buergerlichen Gesellschaft entsprechende philosophische Methode ist die kritische. Das gilt sowohl positiv wie negativ. Die Herrschaft der reinen nationalen Form, die Unterwerfung der Natur, die Befreiung der autonomen Persoenlichkeit, das ist in dieser von Kant klassisch formulierten Denkmethode enthalten. Zugleich aber auch die Isolierung des Einzelnen, die innere Entleerung der Natur und des Gemeinschaftslebens, die Bindung an die in sich

H0323 - 0003

geschlossene Welt der Form, um die sich alles kritische Denken bemueht."

Nun um alles in der Welt, warum wird von uns verlangt, dass wir das drucken? Sehen wir uns einmal einiges dieses Antisemitismus an.

VORSITZENDER: Mr. Jackson, das rote Licht leuchtet auf. Ich weiss nicht warum.

MR. JUSTICE JACKSON: Ich glaube, ich spreche zu schnell, Herr Vorsitzender.

Nun, um zu sehen, was wir tatsaechlich ersucht werden zu verbreiten, wollen wir Seite 47 dieses Dokumentenbuches betrachten:

"In der Tat stellen die Juden wie die Kanaaniter ueberhaupt, wie die Phoenizier und die Karthager, eine bastardisierte Bevoelkerung dar....."

und in dem Ton geht es weiter. Dann wird fortgesetzt:

"Die Juden sind anmassend, wenn sie Erfolg haben, unterwuerfig im Misserfolg, verschlagen und gaunerhaft, wo es nur geht, geldsuechtig und von bemerkenswerter Intelligenz, aber dennoch nicht schoepferisch."

Ich moechte die Zeit des Gerichtes nicht allzusehr in Anspruch nehmen, aber gestern Abend erhielten wir einen weiteren Befehl, einen zusaetzlichen Auftrag, 260 weitere Exemplare von dieser Art von Zeugs zu drucken und ich musste die Druckerpresse anhalten, weil wir die Pflicht, dieses Zeug zu drucken, nicht uebernehmen koennen, solange es nicht vom Gerichtshof ueberprueft worden ist.

Das meiste des Inhaltes dieses Buches, soweit wir in der Lage waren, es zu ueberpruefen, wurde bereits vom Gericht zurueckgewiesen. Niemand nimmt auf die Zurueckweisung durch dieses Gericht Ruecksicht und wir erhielten die Antwort, es zu drucken. Ich will nun mit der groessten Ehrerbietung sagen, dass die Vereinigte Staaten jedes Dokument zum Druck befoerdern werden, welches von einem Mitglied dieses Gerichtshofes gut geheissen wird, aber wir sind nicht laenger in der Lage, dieses Zeug zu drucken, weder auf Verlangen der deutschen Verteidiger, noch auf Grund unueberlegter Anweisungen, die wir erhalten haben.

DR. ALFRED THOMA: (Verteidiger fuer den Angeklagten Rosenberg.) Ich moechte zunaechst das eine erklaeren, dass mir in der Mitteilung vom 8. Maerz 1946 des Hohen Gerichtes ausdruecklich bewilligt wurde, dass ich in meinem Dokumentenbuch Zitate aus philosophischen Buechern bringen darf. Ich bin daraufhin davon ausgegangen, dass die Ideologie Rosenberg's eine Auswirkung der sogenannten Neuromantik ist und habe aus neuromantischen, ernsten philosophischen Werken von der Wissenschaft anerkannte philosophische Zitate gebracht.

Zweitens, meine Herren, ich habe mich ausdruecklich bemueht, keine antisemi-

H0323 - 0004

tischen Buecher zu bringen. Was mir eben verlesen worden ist, muessen glatte Uebersetzungsfehler sein. Denn ich habe zitiert das Werk eines beruehmten evangelisch-theologischen Kirchenlehrers Heman Halling und habe zweitens zitiert ein Werk eines anerkannten juedischen Gelehrten, Isma Elbogen und habe drittens zitiert ein Zitat aus dem Kunstschatz von einem juedischen Universitaetsprofessor Max Kreutzstein.

Ich habe mich bewusst ferngehalten, eine antisemitische Propaganda in diesen Saal hereinzubringen und ich bitte, dass die Dokumente, die ich zitiert habe, daraufhin nachgesehen werden, ob das tatsaechlich Muell und sonstiger literarischer Schund ist.

Ich behaupte nach wie vor, dass die Werke, die ich zitiert habe, von amerikanischen, englischen und franzoesischen, anerkannten Gelehrten stammen, und die anderen Zitate, die eben Mr. Justice Jackson gebracht hat ueber diese Bastard-Rasse usw., stammen meines Wissens von nichtdeutschen Gelehrten. Aber ich muesste das jetzt neu nachpruefen; aber ich bitte auf jeden Fall, dass mein Zitatenschatz daraufhin nachzupruefen ist, ob er irgendwie unsachlich oder unwissenschaftlich gehalten ist.

VORSITZENDER: Mr. Justice Jackson, das Gericht ist der Ansicht, dass irgendwie ein Irrtum vorhanden gewesen sein muss, als dieses Dokumentenbuch an die Uebersetzungsabteilung geleitet wurde, ohne dass es frueher der Anklagebehoerde vorgelegt worden ist. Das Gericht hat vor einiger Zeit eine Regel festgelegt, auf Grund derer die Anklagebehoerde das Recht haben solle, gegen jedes Dokument Einspruch zu erheben, bevor es der Uebersetzungsabteilung uebergeben wird. Es entstanden einige Schwierigkeiten hernach, weil die Schriftstuecke groesstenteils in deutscher Sprache gehalten sind. Es war fuer die Anklagevertretung etwas schwierig, eine Entscheidung zu treffen, ehe sie uebersetzt wurden. Diese Schwierigkeit wurde uns vor einigen Tagen klargelegt. Ich glaube, Sie waren damals nicht anwesend, aber zweifellos waren andere Mitglieder der Anklagebehoerde der Vereinigten Staaten hier. Wir haben dieses Thema gruendlich behandelt und haben uns geeinigt, dass die Anklagebehoerde mit den Verteidigern, soweit als moeglich, darueber sprechen solle und wiesen darauf hin, dass Dokumente, von denen die Anklagebehoerde der Meinung war, sie sollen nicht uebersetzt werden, also im Falle von Nichtuebereinstimmung, die betreffende Sache dem Gericht vorgelegt werden soll. Soweit der

H0323 – 0005

Gerichtshof in Frage kommt, wurde alles getan, um die Arbeit der Uebersetzungsabteilung zu erleichtern.

Natuerlich, soweit Dokumente an die Uebersetzungsabteilung zwecks Uebersetzung geleitet wurden, welche der Gerichtshof bereits zurueckgewiesen hat, muss dies irrtuemlich geschehen sein, weil das Buero des Generalsekretaers zweifellos die Uebergabe von Dokumenten, welche das Gericht bereits zurueckgewiesen hat, an die Uebersetzungsabteilung verweigert haette. Die allgemeinen Grundlagen jedoch, die ich versucht habe zu erklaeren, scheinen dem Gerichtshof die alleinigen Grundlagen zu sein, auf die wir uns beziehen, um die Arbeit der Uebersetzungsabteilung zu erleichtern. Das heisst, dass die Anklagebehoerde sich mit den Verteidigern in Verbindung setzen solle unter Hinweis darauf, welche Dokumente so sichtlich unerheblich sind, dass sie nicht uebersetzt werden sollen.

MR. JUSTICE JACKSON: Wenn Sie gestatten, Herr Vorsitzender, glaube ich nicht, dass dies ein Irrtum ist. Es entstand aus einer grundlegenden Differenz, welche der Gerichtshof meiner Meinung nach nicht klargestellt hat.

Was die vorliegenden Schriftstuecke hier betrifft, der Verteidiger erklaert, dass er glaubt, die Neu-Romantik von Rosenberg darlegen zu muessen. Wir klagen Rosenberg des Mordes 4 oder 5 Millionen Juden an. Die Frage hier ist eine ideologische, der einzige Zweck liegt darin, antisemitische Gefuehle hervorzurufen. Es hat keinen Sinn, hier die Frage des Antisemitismus und der Ueberlegenheit von Rassen aufzurollen. In dieser Ansicht ist die grundlegende Differenz festgelegt. Sie glauben daran und natuerlich, wenn ihnen dieser Prozess als Sprachrohr dienen kann, nuetzt das ihren Absichten. Sie glauben, diesen Zweck hier erreichen zu koennen.

Zuerst erhielten wir dieses Buch mit dem Auftrag, es zu drucken. Wir wissen nicht, was sie als naechstes in der Dokumentenabteilung vorlegen werden. Ich gebe mich einfach nicht als Werkzeug dieses Geistes des Antisemitismus her. Die Vereinigten Staaten koennen es ebenfalls nicht tun und die Verordnungen des Gerichtes an die Verteidigung werden einfach nicht beachtet. Darin besteht die Schwierigkeit hier.

VORSITZENDER: Wir haben am 8. Maerz 1946 die Regeln klar festgelegt, die folgendermassen lauten: "Um unnoetige Uebersetzungen zu vermeiden, muessen die Verteidiger der Anklagebehoerde die genauen Auszuege aller Dokumente, welche sie

H0323-0006

vorzubringen wuenschen, anzeigen, um der Anklagevertretung die Gelegenheit zu geben, gegen unerhebliche Paragraphen Einwendungen zu erheben. Im Falle von Unstimmigkeiten zwischen der Anklagebehoerde und den Verteidigern bezueglich der Erheblichkeit eines speziellen Paragraphen, wird das Gericht entscheiden, welche Paragraphen genuegend erheblich sind, um uebersetzt zu werden. Es duerfen nur die erwaehnten Paragraphen uebersetzt werden, ausser die Anklagebehoerde verlangt Uebersetzung des vollstaendigen Dokumentes."

Nun natuerlich, wenn Sie diesen grundsaetzlichen Regeln widersprechen wollen, so ist es Ihr gutes Recht. Aber bis nun schien es dem Gericht die beste, niedergelegte Regel zu sein und wir einigten uns nach einer ausfuehrlichen Diskussion einige Tage vorher darueber.

MR. JUSTICE JACKSON: Ich lenke die Aufmerksamkeit des Gerichtes auf die Tatsache dass die Anordnungen des Gerichtes nicht befolgt werden und dass wir beauftragt wurden, diese Dokumente ohne vorherige Verstaendigung zu drucken. Die Angestellten in der Druckerei sind keine Advokaten. Sie sind nicht in der Lage, diese Dinge zu beurteilen. Ich habe dafuer nicht das Personal. Mein Personal wurde, wie dem Gericht bekannt ist, sehr ernstlich verringert. Ich kann in der Druckerei keine Ueberpruefung vornehmen lassen, was gedruckt werden soll, wenn vom Buero des Generalsekretaers ein diesbezueglicher Auftrag kommt.

VORSITZENDER: Gut, aber sagen Sie? ---

MR. JUSTICE JACKSON: Ihre Anordnung ist nicht ausgefuehrt worden. Darin besteht die Schwierigkeit.

VORSITZENDER: Sie wollen sagen, dass keines dieser Dokumente der Anklagebehoerde vorgelegt worden ist?

MR. JUSTICE JACKSON: Die Dokumente wurden der Anklagebehoerde nicht vorgelegt. Sie erreichten die Druckerei mit einem Auftrag des Bueros des Generalsekretaers fuderen Drucklegung. Dagegen wende ich mich. Dies ist die Streitfrage, die aus der Welt geschafft werden muss. Herr Vorsitzender, wir sind in einer sehr sonderbaren Lage, wenn von uns verlangt wird, als Pressechefs fuer diese Angeklagten zu fungieren. Wir erhielten den Auftrag, 260 Exemplare dieser Wachsmatritzen zu drucken, welche ich in Haenden habe. Die Vereinigten Staaten koennen unmoeglich als Pressechefs fuer die Verteilung dieser antisemitischen Literatur dienen, gegen die wir als einer der Maximen des Naziregimes lange vorher protestierten, insbesondere

H0323 - 0007

nachdem das Gericht sie nach Debatten darueber abgelehnt hat. Es ist meiner Meinung nach ein absoluter Fall von Verachtung des Gerichtshofes, diese Dokumente wieder vorzulegen, nachdem das Gericht ueber sie und ueber das ganze Dokumentenbuch des Angeklagten Rosenberg entschieden hat.

VORSITZENDER: Gewiss, soweit irgend welche dieser Dokumente in Frage kommen, haetten sie niemals der Uebersetzungsabteilung uebergeben werden sollen. Der Gerichtshof will die Ansicht von Sir David Maxwell Fyfe hoeren, denn er war anwesend, als wir uns zuletzt mit diesem Thema befassten.

H0323-0008

SIR DAVID MAXWELL FYFE: Herr Vorsitzender, soweit ich die Sache kenne, liegt die Sache so, dass die Rosenberg - Dokumente, erst durchgesehen wurden, das war unsere Information -- vor der letzten Diskussion ueber diese Frage und ich habe daher dem Gericht vorgeschlagen, dass die praktische Zupassung des Verfahrens mit den Dokumenten des Angeklagten Frank anfangen sollte. Das ist das, was ich dem Gericht gesagt habe.

VORSITZENDER: Soweit ich mich erinnere, nachdem wir diese Regel vom 8. Maerz 1946 aufgestellt hatten, haben die Anklagebehoerde,-- ich glaube alle vier der Anklagebehoerde, ich glaube, die Dokumente kamen mit der Unterschrift der Vereinigten Staaten versehen, hier zu uns, aber ich bin dessen nicht ganz sicher -- darauf hingewiesen, dass es grosse Schwierigkeiten gebe, diese Regel vom 8. Maerz durchzufuehren und zwar angesichts der Tatsache, dass die Anklagebehoerde Schwierigkeiten habe, ueber die Erheblichkeit der Dokumente eine Entscheidung zu treffen, durch die Tatsache, dass diese Dokumente fuer sie uebersetzt werden mussten. Ist das richtig?

SIR DAVID MAXWELL FYFE: Diese Schwierigkeit ergab sich mit Dr. Horn im Falle Ribbentrops.

Aber ein schriftlicher Antrag wurde an das Gericht gemacht, um diese Regel vom 8. Maerz 1946 zu aendern;nachdem hat lange Diskussion im Gerichtssaal stattgefunden und wir sind zu dem Entschluss gekommen, doch diese Regel vom 8. Maerz zu behalten und in Bezug auf Rosenbergs Dokumente - - -

VORSITZENDER: Diese Dokumente sind bereits bevor durchgesehen worden.

SIR DAVID MAXWELL FYFE: Seit unserer letzten Diskussion haben wir versucht, diese Arbeitsmethode durchzufuehren und Dr. Dix hat sich mit Mr. Dodd und mit mir ueber die Schacht-Dokumente geeinigt und ich weiss, dass andere Verteidiger sich mit verschiedenen Anklagevertretern treffen wollen, um auch ihre Faelle zu besprechen, aber bevor diesem Zeitpunkt, bevor der Fall ueber die Ribbentrop-Dokumente aufkam, hat keine Unterredung mit der Anklagebehoerde stattgefunden. Das ist die Sachlage.

H0323 - 0009

VORSITZENDER: Aber worauf ich hinweise ist, dass die Anklagebehoerde den Beschluss vom 8. Maerz nicht durchgefuehrt hat. Es war vielleicht unmoeglich, ihn durchzufuehren, aber sie haben das nicht ausgefuehrt.

SIR DAVID MAXWELL FYFE: Ich verstehe nicht ganz, was Sie damit meinen, wenn Sie sagen;" Die Anklagebehoerde hat das nicht durchgefuehrt."

VORSITZENDER: Sowohl die Anklagebehoerde, als auch die Verteidigung, ich nehme an, denn der Antrag, der bei uns einlief war im Namen der Anklagebehoerde gemacht, sagten dass sie Schwierigkeiten haetten, Uebersetzungen der Dokumente in die Hand zu bekommen, so, dass sie eine andere Regelung vorschlugen.

SIR DAVID MAXWELL FYFE: Es tut mir leid, dass das nicht durchgefuehrt worden ist. Es ist das erstemal, dass jemand mir vorgeschlagen hat - - -

VORSITZENDER: Ich will Sie nicht kritisieren.

SIR DAVID MAXWELL FYFE: Wir haben uns die groesste Muehe gegeben in jeder Weise zu kooperieren. Wir wussten nicht, dass wir einen Fehler gemacht hatten. Ich bitte daher zu entschuldigen, wenn das der Fall war.

VORSITZENDER: Ich habe das nicht gemeint, Sir David, aber ich glaube, es gab eine Schwierigkeit in der Durchfuehrung und ich glaube, ein Vorschlag ist eingelaufen, die Regel zu aendern. Ich werde mir das noch genauer ansehen, um herauszufinden, ob ich recht habe. Ich glaube, dass ich einen solchen Antrag gesehen habe, und nach einer darauffolgenden Diskussion im Gerichtssaal haben wir beschlossen, diese Regel vom 8. Maerz beizubehalten, und diese Schwierigkeit entstand, wie Sie hier bemerkt haben, aus dem Grunde, dass die Rosenberg-Dokumente von dieser Diskussion durchgearbeitet worden waren. Das beste waere nun - - - -

(Kurze Unterredung unter den Richtern)

Justice Jackson, waere es nicht das beste, wenn Sie Ihren Einspruch schriftlich erheben wuerden zu allen dokumentarischen Sachen, die sie bestreiten wollen und dann wird das Gericht nach einer Argumentation Stellung nehmen.

H0323-0010

JUSTICE JACKSON: Aber meine Herren, das Gericht hat schon einmal die Dokumente zurueckgewiesen und trotzdem wurde ein Befehl herausgegeben, sie zu drucken. Die Befehle des Gerichtes werden nicht beachtet -- ich will die Verteidigung nicht kritisieren -- aber wir haben bisher keine Moeglichkeit gehabt, diese Dokumente durchzusehen. Die Matrizen, deren Anfertigung ich gestern eingestellt habe, sind nicht irgendetwas, das uns unterbreitet worden ist. Sie gehoeren in diesen Prozess ueberhaupt nicht hinein und wir kommen zu keinem Ergebnis, wenn wir zu Dr. Thoma darueber sprechen. Er ist der Ansicht, dass Ihre Philosophie hier besprochen werden soll.

Meiner Ansicht nach, muss das Gericht, wenn ich vorschlagen darf, was ich mit grossem Respekt tue, -- ich bin vielleicht kein unparteiischer Richter, ueber das was geschehen soll; ich habe niemals behauptet, dass ich vollkommen unparteiisch bin -- dass das Gericht eine Person ernnne, die sich mit diesen Dokumenten befasst, denn wir koennen dieses sowieso nicht beendigen in einer Diskussion zwischen Dr. Thoma und wer es auch sein moege. Meine Ansicht ist, dass ein solcher Beamter, die Dokumente durchsieht, bevor sie uebersetzt werden. Falls er irgendetwas zweifelhaftes darin findet, kann er Sie an Sie zurueckverweisen. Wir sollten uns natuerlich nicht in der Lage befinden mit ihnen endgueltig uns einverstanden zu erklaeren oder nicht. Wir koennen vom Gericht nicht verlangen, dass es alle diese Dokumente im Vorhinein liest, aber es ist eine zu grosse Belastung fuer die Organisation sie alle zu drucken. Das Papier ist auch etwas rar geworden. Ueber 25 000 Seiten sind gedruckt worden, von einem Buch, das bereits abgelehnt war. Es gibt keine andere Moeglichkeit glaube ich hier, ausser dass ein Anwalt, der etwas weiss, was erheblich und was unerheblich ist, das Gericht im voraus vertritt, das ist jedenfalls besser als dass es der Verteidigung ueberlassen bleibt.

Ich moechte es nicht einmal unternehmen, mit Dr. Thoma mich zu unterhalten, da wir verschiedener Auffassung sind: Er will Antisemitismus rechtfertigen und seine Philosophie darlegen, waehrend ich behaupte, dass die Ermordung von Millionen von Juden hier die

H0323-0011

Frage ist und nicht, ob die juedische Rasse beim deutschen Volk beliebt oder unbeliebt ist. Es handelt sich darum, dass wir diese Fragen einmal regeln.

GENERAL RUDENKO: Ich moechte, mit Erlaubnis des hohen Gerichtes ein paar Worte hinzufuegen, zu dem was Justice Jackson gerade gesagt hat.

Ich habe auch nicht die Absicht, die Verteidigung zu kritisieren, aber das Gericht hat eben gesagt, dass ein Irrtum unterlaufen ist, und ich moechte in diesem Zusammenhang das Gericht darauf hinweisen, dass diese Irrtuemer anfangen, sich zu oft zu wiederholen. Ich moechte mir erlauben, Sie an die Dokumente zu erinnern, die im Zusammenhang mit dem Versailler-Vertrag stehen, die vom Gericht als unerheblich abgelehnt wurden. Trotz dieser Ablehnung, wird das Gericht sich daran erinnern, ist viel Zeit verbraucht worden, als Dr. Stahmer und Dr. Horn diese Dokumente wieder vorlegten. Ich moechte dann daran erinnern, dass auch ein andere Beschluss des Gerichtes nicht beachtet wurde.

Vielleicht war es ein Irrtum, vielleicht aber nicht. Es handelte sich um ein Dokument, das von Dr. Babel vorgelegt wurde, bevor es vom Gericht als Beweismaterial angenommen worden ist. Ich glaube, es waere sehr nuetzlich, wenn das Gericht Massnahmen treffen wuerde, auch um Zeit zu gewinnen, um die Ausfuehrung seiner Befehle etwas staerker zu gewaehrleisten, damit nicht nur die Anklagebehoerde alle Beschluesse durchfuehren soll, sondern auch die Verteidigung alle Regeln einhalten, die das Gericht macht.

VORSITZENDER: Ja, Dr. Thoma.

DR. THOMA: Hohes Gericht, ich bin ausserordentlich betroffen, durch den Vorwurf, dass ich Anordnungen des Gerichtes nicht befolgt habe. In dem Verfahren, welche Dokumente zugelassen werden sollen, habe ich eingehend dargelegt, welche philosophischen Werke ich zitieren will und w arum . In der Anklage ist behauptet worden, Rosenberg habe seine Philosophie erfunden zum Zwecke des Angriffskrieges und zur Vorbereitung auf den Angriffskrieg usw. Ich habe es fuer meine Pflicht gehalten nachzuweisen, dass diese sogenannte Voelker - - - -

H0323-0012

VORSITZENDER: Einen Augenblick bitte, wollen Sie dem Gericht sagen, wo die Anklage erklaert, er haette seine Philosophie erfunden, ob in der Anklageschrift, oder in dem Verlauf des Verfahrens.

DR. THOMA: Ich kann es beweisen. Es kommt in der Churchill Rede zum Ausdruck, dass die Rosenberg'sche Philosophie dazu gefuehrt hat.

VORSITZENDER: Einen Augenblick, Sie sagen es erscheint in der Rede Churchill's?

DR. THOMA: Ja.

VORSITZENDER: Was geht uns Churchill's Rede an. Ich frage ob die Anklagebehoerde dies in der Anklagerede oder im Verlauf des Verfahrens behauptet hat, und Sie antworteten mir, Mr. Churchill --

DR. THOMA: Nein, nicht Churchill, sondern Justice Jackson. In seinem Vortrag hat er wiederholt Dinge gesagt, die im Sinne dasselbe bedeuteten.

H0323 - 0013

Infolgedessen habe ich mich fuer verpflichtet gehalten, die Philosophie dem Gericht nahezubringen, die schon vor Rosenberg aehnliche Argumente vorgebracht hat und zwar die Philosophie der ganzen Welt ist.

Bezueglich der Vorlage des Dokumentenbuches hat sich folgendes ereignet: Ich wurde von der Uebersetzungsabteilung aufgefordert, weil sie damals Zeit hatte, mein Dokumentenbuch moeglichst bald einzureichen, auch bevor es dem Gericht ueberwiesen wird. So kam tatsaechlich dieses Dokumentenbuch eher in die Uebersetzungsabteilung, als es das Gericht hatte. Aber das Gericht hat mir ausdruecklich mit Beschluss vom 8. Maerz 1946 bewilligt, dass ich Zitate aus diesen philosophischen Buechern bringen darf. Es hat mir nur alle antisemitischen Werke, den Goldstein, den Ellenbogen und den Haagen (?) nicht bewilligt. Daraufhin habe ich dem Gericht sofort mitgeteilt, dass in meinem Dokumentenbuch Schriftstuecke drin sind, Zitate drin sind, die mir das Gericht nicht bewilligt hat.

Meine hohen Herren, und jetzt etwas sehr Entscheidendes. Ich habe jetzt festgestellt, diese Zitate, die Mr. Jackson gebraucht hat, die stammen von einem franzoesischen Forscher M. Labouche (?).

Zweitens habe ich in meinem Dokumentenbuch ausdruecklich die Stellen, die uebersetzt werden sollen, mit Rotstift gekennzeichnet. Die Zitate, die Mr. Jackson gebraucht hat, waren nicht gekennzeichnet und sollten in das Dokumentenbuch nicht aufgenommen werden. Es ist dies ein bedauerlicher Irrtum.

Drittens moechte ich darauf Bezug nehmen, dass . . . . - ich bekomme eben einen neuen Hinweis - der woertliche Ausdruck lautet: "Rosenberg hat die philosophische Technik der Verschwoerung ausgearbeitet und hat damit ein Erziehungssystem fuer einen Angriffskrieg vorbereitet". Das war der Ausdruck in der Rede Mr. Jackson's. Deshalb habe ich geglaubt, darauf hinweisen zu duerfen, dass diese ganze Philosophie bereits in der Luft lag und sogar eine philosophische Notwendigkeit in Erscheinung treten musste. Ich glaube also mich von dem Vorwurf, dass ich irgendwie Anordnungen des Gerichts nicht befolgt habe, bereinigt zu haben.

VORSITZENDER: Herr Dr. Thoma, sind diese Dokumente zum Druckraum geschickt worden oder zur Uebersetzungsabteilung?

DR. THOMA: Sie sind meines Erachtens in die Uebersetzungsabteilung geschickt worden, weil die Uebersetzungsabteilung erklaert hat, sie habe jetzt Zeit, und das waere ein furchtbarer Ansturm an Material. Ich war mit meinem

H0323-0014

Dokumenten fertig, ich habe sie eingereicht.

VORSITZENDER: Mr. Jackson hatte erklaert, dass anscheinend diese Dokumente in den Pressesaal geschickt worden sind und auf die Art und Weise an die Oeffentlichkeit gebracht worden seien. Auf jedem Dokumentenbuch steht aussen die Notiz:"dass sie nicht zur Veroeffentlichung gebracht werden sollen, bevor sie dem Gericht in irgendwelcher Sitzung unterbreitet worden sind nnd nur der Teil, der tatsaechlich als Beweismittel bewilligt worden ist. Daher sollten Dokumente, die in die Uebersetzungsabteilung geschickt werden, nicht der Presse ueberreicht werden, und sollten nicht publiziert werden, bis sie dem Gericht unterbreitet worden sind. Es scheint, dass hier verschiedene Missverstaendnisse vorgekommen sind und zwar aus dem Grund, dass Sie diese Dokumente der Uebersetzungsabteilung unterbreitet hatten bevor sie dem Gericht uebergeben wurden, einige davon sind uebersetzt worden und nachher wurden diese Dokumente vom Gericht abgewiesen. Ist das richtig?

DR. THOMA: Nein, meine Herren, das stimmt nicht, sondern erstens war das tatsaechlich ein interner Vorgang bei den verschiedenen Stellen der Uebersetzungsbehoerden. Ich habe dieses Dokumentenbuch, weil sie mich darum bat, der Uebersetzungsabteilung uebergeben und dann habe ich - - - -

VORSITZENDER: Ich habe nicht gefragt, wer wen gefragt hat, ich sage nur, die Uebersetzungsabteilung bekam diese Dokumente zur Uebersetzung. Sie hat diese empfangen, bevor sie dem Gericht unterbreitet worden waren und infolgedessen hat sie gewisse Dokumente uebersetzt, die hernach vom Gericht abgewiesen wurden.

DR. THOMA: Abgewiesen wurden nur die drei antisemitischen Werke. Dass di Dokumente irgendwie aus dem Gerichtssaal an die Presse kommen, habe ich natuerlich nicht gewusst, sondern ich dachte, die Arbeit der Uebersetzungsabteilung zu erleichtern. Ich habe dann auch dem Generalsekretaer mitgeteilt, dass ich das Dokumentenbuch eingereicht habe und habe ihn darauf hingewiesen. Aber die Zitate aus meinen philosophischen Buechern wurden mir dann spaeter genehmigt. Ich moechte nochmals darauf hinweisen, dass ich immer der Meinung war, dass das alles ein interner Vorgang bleibt und dass keineswegs die Dokumente so an die Presse kommen duerfen.

Ich bin mir sehr bewusst, dass diese Zitate aus Buechern, die nicht in dem Sitzungssaal hier vorgetragen worden sind, auch nicht in die Presse komme duerfen. An das habe ich mich auch gehalten. Es ist auch noch nichts vorgetra

H0323-0015

gen worden in der Sitzung. Es duerfte auch noch nichts in die Presse kommen.

VORSITZENDER: Wie Sie doch sicher wissen, ist die erste Zulassung von Dokumenten, wenn sie unterbreitet werden, nur temporaer. Erst muessen Sie Ihre Dokumente dem oeffentlichen Gericht nocheinmal unterbreiten, wie das Dr. Horn getan hat, dann verfuegt das Gericht, ob sie zulaessig sind oder nicht. Eine andere Regel wurde zu dem Zweck geschaffen, um unnoetige Uebersetzungen zu verhindern. Es wurde damals beschlossen, dass erst nachdem das Gericht vorlaeufig entschieden hat, was moeglicherweise erheblich ist oder nicht, dass dann die Paragraphen bezeichnet werden muessen, die Sie zitieren wollen und der Anklagebehoerde unterbreitet, um ihr eine Moeglichkeit zu geben, einen Einspruch zu erheben, sodass dann die Uebersetzungsabteilung nicht unnoetig belastet wird. Wie Sie erklaert haben und wie auch Sir David Maxwell Fyfe erklaert hat, ist nichts in Ihrem Fall getan worden, teilweise, weil Sie sagen, die Uebersetzungsabteilung bereit war, gewisse Arbeiten fuer Sie auszufuehren. Aus diesem Grund wurden ihr Dokumente uebersandt, ueber die das Gericht spaeter verfuegte, dass sie nicht zulaessig sind.

MR. JACKSON: Darf ich vielleicht einen Irrtum aufklaeren. Ich wollte nicht sagen, dass die Verteidiger die Dokumente zur Presse geschickt hatten, wie man sie etwa zu Zeitungen schickt. Sie wurden in unsere Druckerpresse geschickt. So wurden die 260 Ausfertigungen gedruckt und es stand darauf, dass sie nicht zur Verwendung beziehungsweise zu publizieren seien. Ich darf sagen, dass sie nicht an die Zeitungen geschickt wurden, sondern lediglich in unsere Druckerpresse.

VORSITZENDER: Ja, Herr Dr. Dix - einen Augenblick bitte -

DR. DIX: (Verteidiger fuer den Angeklagten Schacht)
Hohes Gericht. Bevor ein Beschluss gefasst wird in der behandelten Diskussion darf ich bitten, einige Bemerkungen von mir, nicht fuer den Fall Rosenberg, sondern allgemein fuer die Verteidigung entgegennehmen zu wollen. Es sind generell ausserordentlidh schwere Vorwuerfe gegen die Gesamtverteidigung erhoben worden. Es ist der Ausdruck gefallen, die Prosecution waere nicht der Pressechef der Verteidigung. Es ist der Vorwurf gemacht worden, es wuerde vonder Verteidigung versucht, Propaganda zu machen und dann haben sich diese Vorwuerf sogar in den schwersten Vorwurf gesteigert, den man einem Mitwirkenden an eine Gerichtsverhandlung ueberhaupt machen kann, naemlich den Vorwurf der "contempt of Court." (Missachtung des Gerichts).

H0323-0016

Ich kann fuer die Gesamtverteidigung diesen schweren Forwuerfen das beste und staerkste entgegensetzen, was man Vorwuerfen entgegensetzen kann, naemlich ein absolut reines und gutes Gewissen auf diesem Gebiet. Wer die Debatte der letzten halben Stunde mit angehoert hat, hat erkannt, dass auch die Meinungsverschiedenheiten, die jetzt hier entstanden sind und ueber die das Gericht jetzt einen Beschluss verkuenden wird, auch wiederum auf Missverstaendnisse im Gerichtssaal zurueckzufuehren waren.

Mr. Jackson hat eben loyaler Weise richtiggestellt, dass er unter Presse nicht die Zeitungspresse, sondern die Druckerpresse gemeint hat und mein Kollege Dr. Thoma hat dann auch erklaert, dass diese Dokumente nur in die Uebersetzungsabteilung gekommen sind, weil die Uebersetzungsabteilung sehr verstaendig, sehr fleissig, und vernuenftig von ihrem Standpunkt aus, gesagt hat, wir haben jetzt gerade mal nicht viel zu tun, gib mal her, dann koennen wir schon anfangen zu uebersetzen. Ich glaube, wir koennten alle diese Schwierigkeiten vermeiden, wenn wir gegenseitig voraussetzen, dass wir beide Seiten, Prosecution und Verteidigung mit dem besten Willen loyal ans Werk gehen und uns der Gedanke, vorher das Gericht bewusst nicht zu befragen, vollkommen fern liegt. Irrtuemer und Missverstaendnisse koennen immer vorkommen. Ich darf daran erinnern, dass dieses Leakage in der Presse, das irgendwelche Veroeffentlichunge an die Presse herausgegangen sind, bevor sie hier Gegenstand der Gerichtsverhandlung geworden sind. dass das zu Beginn des Verfahrens sehr viel vorgekommen ist und ich will kein Beispiel bringen, das Gericht weiss das ja, es kam nicht von der Verteidigung, ich weiss nicht von wem, jedenfalls nicht von der Verteidigung, aber ich erhebe keinen Vorwurf. So was kommt vor, so ein Apparat muss sich erst einspielen. Aber ich darf daran erinnern, dass wir es gewesen sind, und zwar durch meinen Mund, die Verteidigung welche ganz bestimmt feststellte, dass doch nur das an die Presse kommen sollte, was hier in der oeffentlichen Verhandlung in dem Protokoll gefuehrt worden ist und erst dann die Regelung des Gerichts in diesem Sinne erfolgte. Vorher war es eben anders.

Ich habe das aber nie als Beleidigung empfunden, sondern eben nur als eine gottgewollte Abhaengigkeit der Menschen. Zum Beispiel war es fuer mich unmoeglich zu Beginn des Prozesses die Charter, die Grundlage unseres Prozesse zu bekommen, aber schiesslich wurde es mir gegeben.

Also, wenn so ein schwieriger Apparat aufgezogen wird, gibt es natuerlich immer wieder Fehler und Irrtuemer. Wir haben doch nun, Sir David und wir be-

H0323-0017

reits angefangen, diese Fragen der Dokumente moeglichst praktisch zu gestalten indem wir uns erst unterhielten mit der Anklagebehoerde, solange nur der deutsche Text vorlag, um auszufinden gegen welche Stellen die Anklagebehoerde glaubt, Einwaende erheben zu koennen. Wir begriffen die technische Schwierigkeit, die sprachliche Schwierigkeit. Lag nun der deutsche Text vor, sprach ich mit der Anklagebehoerde und wir begriffen das Problem des anderen Verhandlungspartner. Aber auch das konnte man mit gutem Willen loesen, man zog einen Dolmetzcher hinzu. Also es war ein ausgezeichneter und praktischer Weg.

Erstens einmal der Uebersetzungsabteilung unnoetige Uebersetzungen zu sparen, und zweitens dem Gericht unnoetige Entscheidungen zu sparen. Und es ging ausgezeichnet, es lief gut an. Ich muss fuer die Verteidigung in Anspruch nehmen, - ich weiss, dass es Sir David nicht bestreitet, - dass wir bei diesem Gedanken erstmals inoffiziell vorher durch Unterhaltung mit der Anklagebehoerde zu klaeren, eigentlich mitfoerdernd gewesen sind, also mitgearbeitet haben. Also die Verteidigung ist in diesem Prozess in einer sehr schwierigen Lage. Ich glaube jeder von Ihnen wird mir zugeben, dass ein menschliches Koennen, ein beinahe uebersteigendes Ausmass an politischen Taktgefuehl dazu gehoer in diesem Prozess zu verteidigen ohne jemals einen kleinen Fehler zu begehen. Jedenfalls, ich fuer mich nehme nicht in Anspruch auf diesem Gebiet total sicher zu sein und auch nicht auch einmal der Taeter eines kleinen Passus zu sein. Ich finde mich in eine sehr schwierige Situation, schwierig der Welt gegenueber, schwierig dem Gericht gegenueber, schwierig der deutschen Oeffentlichkeit gegenueber.

Ich bitte Mister Justice Jackson doch dringend, fuer diese schwierige Aufgabe Verstaendnis zu haben und nicht noch seinerseits Vorwuerfe zu unterstreichen, die wir leider in der Presse, in der deutschen Presse des oefteren lesen muessen. Wir koennen nicht jedes Mal wegen uns angreifende Artikel in den Zeitungen unberechtigten Vorwuerfe gegen uns erhoben werden, zu dem Gericht laufen und sagen: Bitte hilf uns. Das Gericht hat widhtigeres zu tun als nur dauernd die Verteidigung zu schuetzen.

Aber gerade der Vorwurf, dass hier nationalsozialistische Prppaganda gemacht wird, oder gerade der Vorwurf, dass hier antisemitische Propaganda gemacht wird; Ich glaube, ich kann mit bestem Gewissen versichern, dass es keinem der Verteidiger, gleichgueltig welcher weltanschaulichen Philosophie und gleichgueltig seiner eigenen politischen Ueberzeugung in der Vergangenheit,

H0323 - 0018

auch nur in den Sinn kommt, diesen Gerichtssaal dazu zu benuetzen, um fuer die begrabene Welt, ich unterstreiche die b e g r a b e n e Welt des dritten Reiches, ideologisch Propaganda zu machen. Es waere nicht nur ein Unrecht, sondern es waere schlimmer als ein Unrecht, ich moechte sagen, es waere eine untragbare Dummheit das zu tun.

Gerade aber, weil wir angegriffen werden, weil wir uns nicht wehren koennen und weil wir anstaendigerweise nicht das Gericht bei jedem Angriff in Schutz nehmen koennen, bitte ich Mr. Justice Jackson die Atmosphaere doch etwas zu bereinigen und uns eine Erklaerung abzugeben, dass diese schwerwiegenden Vorwuerfe Missachtung von dem Gericht, antisemitische Propaganda, oder nationalsozialistische Propaganda usw. nicht ernstlich erhoben werden sollen.

Ich glaube, in der kameradschaftlichen Zusammenarbeit, in der wir bisher mit der Anklagebehoerde gestanden haben. Ich jedenfalls muss offen bekennen, dass ich dankbar an diese Zusammenarbeit zurueckdenke und ausserordentlich die Foerderung und Kameradschaftlichkeit, wie mir die Herren entgegengekommen sind, anerkenne. Das soll doch erhalten bleiben. Wo

H0323-0019

kaemen wir denn hin, wenn wir hier in einem Kampfstudium wie Kampfhaehne uns gegenueber stehen. Wir verfolgen doch alle dasselbe Ziel.

Also ich bitte ihn nicht nur darum, sondern wie ich ihn so kenne, wird er es tun auch ohne meine Bitte, eine Erklaerung abzugeben, in dieser hoechst peinlichen und nicht nur die Verteidigung, sondern sicher den ganzen Saal drueckende Beschuldigung zu - sagen wir mal - zu bereinigen.

Ich danke Ihnen meine Herren Richter, dass Sie mir solange Ihr Gehoer geschenkt haben, aber ich glaube die Sache war bedeutungsvoll genug, um ein weiteres reibungsloses Zusammenarbeiten zwischen der Anklagebehoerde und der Verteidigung zu gewinnen.

DR. THOMA: Hohes Gericht! Ich bitte mir noch ganz kurz zur tatsaechlichen Berichtigung das Wort bekanntzugeben.

Ich moechte genau zitieren aus welcher Stelle hervorgeht, dass Rosenberg allein verantwortlich gemacht wird hier fuer die falsche Ideologie. Es heisst in der amerikanischen Sonderanklage auf Seite 2254 des deutschen Protokolls: Rosenberg hat das deutsche Erziehungssystem umgestaltet und das deutsche Volk dem Willen der Verschwoerer auszusetzen und um das deutsche Volk fuer einen Angriffskrieg psychologisch vorzubereiten."

Das ist ein Zitat, das mir augenblicklich zur Verfuegung steht.

Zweitens, nur noch ein Wort. Ich bin gezwungen gegen den Vorwurf von Ms. Justice Jackson noch persoenlich Stellung zu nehmen und ich muss hierueber sagen, - was ich in diesem Gerichtssaal normal nicht gesagt haette - naemlich, dass ich Herrn Rosenberg wiederholt gesagt habe: "Herr Rosenberg ich kann ihren Antisemitismus nicht verteidigen, das muessen Sie selbst machen." Ich habe mich deshalb sehr beschraenkt in den Dokumenten, habe es aber fuer meine Pflicht gehalten den Rosenberg alle Hilfsmittel zu geben, dass er sich in diesem Punkt selbst verteidigen kann.

Ich moechte nochmals hinweisen, dass diese Stelle die Ms. Justice Jackson vorhin zitiert hat, war nicht rot angestrichen in dem Dokumentenbuch und ist aus Versehen in die Uebersetzung gekommen.

MR. JUSTICE JACKSON: Ich will auf keinen Fall unfair sein gegen unsere Gegner, denn ich weiss, dass Sie eine schwierige Aufgabe habe. Jedoch ich hoffe, dass das Gericht vor sich hat - ich werde alle Ergaenzungen fortlassen und was ich zu sagen habe, wird sich nur auf die Tatsachen beziehen - der Befehl vom 8. Maerz 1946,

dritter Paragraph. Ich verweise das Gericht auf die Tatsache, dass es folgendes enthaelt:

"Die naechsten Dokumente sind als unerheblich abgelehnt. Und dann folgt eine Liste von Dokumenten "Kunstmark, Geschichte der Juden in Deutschland, Geschichte des juedischen Volkes." Diese sind die einzigen drei, die ich hier nennen werde.

Zwei Tage nach dem Befehl hat der Verteidiger des Angeklagten Rosenberg dem Gericht einen Antrag vorgelegt am 10. Maerz 1946. Eine ziemlich lange Niederschrift, in welcher er wieder fragte, ob ihm gestattet waere, aus obengenannten Buechern zu zitieren.

Am 23. Maerz 1946 hat dieses Gericht wieder diese Anfrage als unerheblich abgelehnt.

Ich werde jetzt vorlegen die Abschriften, welche uns befohlen wurden zu drucken, durch den Befehl vom 8. April 1946. Sie sind ein bisschen schwierig zu lesen. Das erste ist ein Zitat der Geschichte des juedischen Volkes, eines der abgelehnten Buecher. Folgendes ist ein Zitat aus "Kunstmark", ein anderes der abgelehnten Buecher. Und das dritte ist aus der "Geschichte der Juden in Deutschland." Es ist das dritte von diesen Buechern, die ich genannt habe. Wir haben keine Zeit gehabt, alle diese Abschriften zu pruefen, aber eine kurze Pruefung hat ergeben, dass die meisten sind Zitate aus den abgelehnten Buechern.

Ich werde nicht weiter darueber sprechen. Ich melde nur diese Tatsachen.

VORSITZENDER: Mr. Justice Jackson'. Haengt alles nicht davon ab, an welchen Daten diese Dokumente in die Uebersetzungsabteilung gegeben wurden. Da Dr. Thoma sagt, dass die Uebersetzungsabteilung ihm sagte, dass sie imstande war Dokumente anzunehmen und darum gab er diese, bevor diese vom Gericht abgelehnt waren. Und falls das so ist, dann wuerde daraus folgen und nicht wahr . . . . . .

MR. JUSTICE JACKSON: Herr Richter. Ich habe nicht begriffen gerade, wann er sagte, das heisst, ich habe nicht verstanden, dass die Dokumente vor dem 8. Maerz 1946 uebergeben wurden, aber jedenfalls, selbst wenn sie uebersetzt wuerden, der Befehl an uns, diese zu drucken, ist vom 8. April 1946 und wurden uns gegeben mit den Dokumenten am 8. April 1946. Es ist ganz bestimmt, dass genuegend Zeit war, dies zu stoppen, bevor solch eine Menge Geld und Muehe an diese Dokumente verschwendet wurden, fuer Dokumente die abgelehnt waren, die selbst zweimal abgelehnt waren.

H0323 – 0020

Ich werde jetzt nicht weiter sprechen, die Tatsachen sprechen fuer sich selbst.

VORSITZENDER: Dr. Thoma, koennen Sie uns ueberhaupt mit den Daten helfen? Koennen Sie uns in diesem Punkt helfen. Mr. Justice Jackson hat gesagt, dass, nachdem diese drei Dokumente das erstemal abgelehnt wurden, Sie erneut einen Antrag fuer diese am 10. Maerz 1946 gemacht haben, und dass am 23. Maerz 1946 dieser endgueltig abgelehnt wurde.

Sagen Sie uns jetzt, wann haben Sie diese Dokumente der Uebersetzungs-abteilung uebergeben?

DR. THOMA: Die Dokumente wurden meines Erachtens vor dem 8. Maerz in die Uebersetzungsabteilung gegeben. Es war eine Sitzung ueber die Zulaessigkeit von Dokumenten und um diese Zeit, bevor entschieden worden war, war die Ueber-setzungs-Abteilung zu uns gekommen und sagte uns, man moege ihnen das Dokumenten-buch einreichen, weil sie erfahren haben, dass es fertig ist. Dann habe ich hier in diesem Sitzungssaal angefragt, diese Philosophy mir zu gestatten, und hatte den Eindruck, dass das Gericht auf diese Dokumente nicht eingehen will. Darnach habe ich noch einmal ein schriftliches Ersuchen an das Gericht gemacht, damit mir die Dokumente bewilligt werden. Als mir dann mitgeteilt wurde, dass die antisemitischen Buecher nicht genehmigt werden - und das war einige Tage spaeter als das Datum dieses Befehls des Gerichts - habe ich natuerlich der Uebersetzungsabteilung die Mitteilung gemacht: Ich moechte darauf hinweisen, dass diese Buecher mir abgelehnt wurden.

VORSITZENDER: Dr. Thoma, natuerlich sind Sie nicht imstande, uns die ge-nauen Daten zu geben und wir werden uns die Sache naeher ansehen.

DR. THOMA: Ich bitte nochmals zur Kenntnis zu nehmen, dass ich ja selbst darauf hingewiesen habe, dass in dem Dokumentenbuch Zitate sind, die nicht ge-nehmigt worden sind. Ich bitte daraus zu entnehmen, dass ich ja nichts unbe-rechtigtes tun wollte.

VORSITZENDER: Herr Dr. Thoma, wenn die Dokumente abgewiesen worden sind, dann waere es doch dann richtig gewesen, sie aus ihrem Dokumentenbuch zu entfernen, oder sich mit den Uebersetzungs-Abteilungen in Verbindung zu stellen und diesen zu sagen, dass die Dokumente zurueckgenommen werden sollten.

Das Gericht findet, es waere das beste, wenn das Gericht den Vorschlag des Herrn Justice Jackson beraet, um der Anklagebehoerde die Aufgabe zu erleichtern

H0323 – 0021

H0323-0022

ueber die Entscheidung von Einspruch gegen Dokumente zu faellen, bevor diese zum Uebersetzungsamt geschickt werden. Mit anderen Worten, dass ein Vertreter des Gerichtes sich damit befassen soll. Das Gericht findet, dass Herr Justice Jackson oder ein Ausschuss der Anklagevertreter schriftlichen Antrag stellen sollte, dass alle die unerheblichen Dokumente im Dokumentenbuch des Angeklagten Rosenberg, ueber welche sie sich beklagen, gestrichen werden sollten und dass im Moment das Gericht das System beibehalten will, das bereits geschaffen wurde und zwar im Einverstaendnis mit der Anklagebehoerde.

Ich will nur noch sagen, dass ich finde, dass ich recht hatte, dass ich behaupte, dass der Verbindungsausschuss der Anklagebehoerde mit dem Gericht am 29. Maerz 1946 - ich habe das Dokument vor mir - den Wunsch aussprach, die Anordnungen, welche das Gericht gemacht hat zu aendern, d.h. die Anordnungen Nr. 297, die am 8. Maerz 1946 geschaffen wurden.

DR. THOMA: Ich bin tatsaechlich zu dem Offizier gegangen und habe ihm gesagt, die Dokumente muessen heraus, die duerfen nicht drin bleiben. Dann hat sich aber herausgestellt, dass sie schon zu Hunderten von Exemplaren gebunden und schon gerichtet waren und dann hat man gesagt, ja sie werden hier nicht zitiert, die koennen schon drin bleiben, weil sie hier nicht zitiert werden. Ich habe ausdruecklich gebeten darum, dass sie aus dem Dokumentenbuch heraus muessen.

VORSITZENDER: Natuerlich, ich wollte nicht sagen, dass das Gericht von der Anklagebehoerde verlangt, dass sie schriftliche Antraege stellt, dass Dokumente entfernt werden, die sowieso schon abgewiesen sind, diese werden ohne Antrag sowieso entfernt, wenn aber weitere Dokumente vorhanden sind, im Rosenberg'schen Dokumentenbuch, gegen welche die Anklagebehoerde Einwaende erhebt, dann kann das sehr gut zugepasst werden, allerdings muss darueber erst im offenen Gericht gesprochen werden. Wie ich schon gesagt habe, die Befuerwortung ist nur eine vorlaeufige und die Antraege betreffend der endgueltigen Befuerwortung der Dokumente muessen im offenen Gericht geschehen.

Das Gericht wird sich vom Generalsekretaer Meldung erstatten lassen, betreffs der Fragen der Daten in diese Sachen und jetzt werden wir 10 Minuten Pause eintreten lassen.

(Woraufhin sich das Gericht fuer 10 Minuten vertagt.)

VORSITZENDER: Das Gericht ist zu dem Beschluss gekommen, dass es Zeit ersparen wird, wenn zuerst die Angeklagten als die ersten Zeugen in dem Falle

eines jeden Angeklagten aufgerufen werden. Deshalb muss in Zukunft der Angeklagte zuerst aufgerufen werden, wenn nicht besondere Gruende vorliegen. In diesem Falle kann der Verteidiger beim Gericht einen Antrag einbringen. Das Gericht wird die Gruende pruefen, warum der Angeklagte spaeter und nicht als erster Zeuge vernommen werden soll.

DR. DIX (fuer den Angeklagten Schacht):

Herr Zeuge, ich sagte oder ich begann zu sagen, ich bin darauf aufmerksam gemacht worden, dass ich zu schnell frage, nachdem Sie Ihre Antwort gegeben haben, und dass Sie zu schnell antworten, nachdem ich gefragt habe. Die Dolmetsche kommen nicht nach und die Stenografen auch nicht. Ich bitte Sie deshalb, genau so werde ich verfahren, nach jeder Frage von mir eine kurze Pause zu machen. Das Gericht wird bestimmt nicht diese Pause dahin auslegen, dass Sie Ihrer Antwort nicht sicher sind.

Sie haben gestern dem Gericht eingehende Bekundungen gemacht ueber die verschiedenen Entlassungsgesuche von Schacht an Hitler und ueber verschiedene Friedensvorstellungen, muendliche und schriftliche, die Schacht waehrend des Krieges ueber Sie, Hitler unterbreitet hat oder unterbreiten wollte. Wir hielten zuletzt bei einer solchen Denkschrift vom Sommer 1941 und ich hatte das Empfinden, dass das Gericht verfahrungsmaessig Bedenken hatte, dass ich den Inhalt dieser Denkschrift, den ich nicht mehr habe, die Kopie liegt in der schon oefters erwaehnten Kasette, die beschlagnahmt worden ist auf dem Gut von Schacht, waehrend des Einmarsches der Roten Armee und trotz groessten Bemuehens konnte die russische Delegation diese Kasette bisher nicht beschaffen. also kurz, das Gericht hatte verfahrensmaessige Bedenken, wenn ich den Inhalt dieser Denkschrift mit Vorhalt durch Zeugen bestaetigen liess.

H0323-0023

Obgleich noch einige sehr huebsche Stellen drin sind, bin ich gern bereit, hier abzubrechen und diese Fragen Herrn Schacht vorzulegen, wenn das Gericht dieses vorziehen wuerde. Ich bitte diesbezueglich um eine Entscheidung, dann wuerde ich aufhoeren, die Denkschrift zu befragen ?

VORSITZENDER: Das Gericht hatte keine Einwaende dagegen, dass Sie den Zeugen darueber fragen, aber das Gericht glaube, dass Sie keine Suggestivfragen stellen sollen und dass Sie den Zeugen fragen, ob er sich an das Dokument erinnert, und nicht dass der Inhalt des Dokumentes, oder einiger Absaetze des Dokumentes war, dies und jenes; sondern nur fragen, was der Inhalt dieses Dokumentes war.

DR.DIX: Die Grenze zwischen Suggestivfragen und Vorhalt des Inhaltes eines Dokumentes, was dem Zeugen nicht mehr genau in Erinnerung ist, ist ja sehr fluessig, und dann ziehe ich es vor, den weiteren Inhalt der Denkschrift lieber von Herrn Schacht sagen zu lassen und dann sind wir ueber diese Schwierigkeiten hinweg.

Ich breche dann zu diesem Punkt ab und komme zu einem anderen Gebiet.

F: Herr Zeuge, Sie haben gestern durchaus richtig, als Sie darueber befragt wurden und zwar im Rahmen des Verteidigungskomplexes von Funk durch meinen Herrn Kollegen Sauter ausgefuehrt, wie im Jahre 1939 diesbezueglich die Praxis war, dass also Hitler ganz einfach dekretierte: Die Reichsbank hat so und so viel Kredit zu geben. Ich moechte aber vermeiden, dass hier ein falscher Eindruck ueber die fruehere Stellung der Reichsbank zu dieser Frage beim Gericht entsteht. Sie wissen ja, dass die Reichsbank im Januar 1939 durch ein Dekret Hitlers ihre fruehere Selbststaendigkeit verloren hat. Ein Dekret, in welchem Hitler anordnete, dass er die Kredite bestimme, die die Reichsbank zu geben habe und dass dieser interne Erlass von Hitler dann durch ein Gesetz vom Juni 1939 verkuendet wurde und zur Gesetzkraft erhoben wurde.

Ich moechte deshalb, sodass das Gericht einen richtigen Eindruck ueber die Gesamtstellung, auch die fruehere Einstellung der Reichsbank bekommt, an Sie die Frage richten; wie war es denn vor dem Januar 1939, also in der Schacht-Periode, der bekanntlich im Januar gegangen ist als Reichsbankpraesident. Konnte da Hitler auch einfach dekretieren: "Wir geben so und so viel Kredit" oder war da die Reichsbank noch selbststaendig und konnte diesen Kredit verweigern bezw. kuendigen ?

H0323 - 0024

H0323-0025

A: Die gesetzlichen Vorschriften, die in dieser Hinsicht bestanden, sind mir nicht so in der Erinnerung, dass ich darueber eine erschoepfende Auskunft geben kann, wann sie und wie sie geaendert worden sind. Ich kann aber nur das eine bestaetigen, dass zu der Zeit, als Herr Schacht Reichsbankpraesident war, Herr Schacht bezueglich der Bewilligung der Kredite dem Fuehrer irgendwelche Schwierigkeiten gemacht haben muss. Ich bin bei den Unterredungen zwischen dem Fuehrer und Schacht nicht zugegen gewesen. Ich weiss aber aus Aeusserungen, die der Fuehrer getan hat, dass er bei Schacht hinsichtlich der Kreditbewilligung auf grosse Schwierigkeiten und Hemmungen gestossen ist, Hemmungen, die ja letzten Endes zum Ruecktritt von Schacht als Reichsbankpraesident gefuehrt haben. Dagegen weiss ich dass mit dem Augenblick, als Herr Funk Reichsbankpraesident wurde, diese Schwierigkeiten nicht mehr vorhanden waren. Sie waren also offenbar durch die gesetzlichen Bestimmungen ausgeraeumt und sie waren durch die Befehle ausgeraeumt, die der Fuehrer erteilt hat; denn als Herr Funk Reichsbankpraesident war, vollzogen sich die Kreditbewilligungen lediglich in der Form, wie ich gestern geschildert habe, bei der ich das technische Verfahren dargelegt habe, das im Wesentlichen darin bestand, dass die Auftraege fuer Reichsanleihen und andere Kreditbewilligungen fuer den Fuehrer nur eine reine Unterschriftsangelegeheit waren. Sie waren eine Angelegenheit --

VORSITZENDER: Ich glaube nicht, dass der Zeuge Ihre Fragen richtig beantworten kann, was die Lage 1939 anbetrifft. Er muss sich doch auf die Erlasse und Dokumente beziehen.

DR.DIX: Einen Moment, Herr Lammers, ich werde das gleich klarstellen.

F: Sie haben jetzt Bekundungen gemacht, wie es praktisch gehandhabt wurde 1939 unter Funk. Ist Ihnen nicht mehr in Erinnerung, dass die Reichsbank frueher selbststaendig war gegenueber der Regierung ?

A: Das ist mir in Erinnerung. Es ist mir auch in Erinnerung, dass gesetzliche Aenderungen erfolgt sind,ich weiss nur nicht mehr wann sie erfolgt sind. Ich kann auch ohne Einsicht der Gesetzbuecher nicht genau sagen, welchen Inhalt diese gesetzlichen Bestimmungen hatten, folglich welche zahlenmaessigen Begrenzungen. Ich weiss nur, dass die Stellung des Reichsbankpraesidenten spaeter erheblich herabgedrueckt worden ist, gegenueber dem Befehl des Fuehrers.

F: Das genuegt dann hierzu. Dann aus der gleichen Sparte.

Es ist ja nicht so schwer, es war auch schon fuer einen Deutschen, der hier die ganze Zeit gelebt hat, insbesondere fuer einen Auslaender, die Machtapparatur

H0323-0026

des dritten Reiches zu verstehen und ich glaube, dass nach Ihren gestrigen Bekundungen auf die Fragen von Herrn Kollegen Sauter, doch noch nicht alles gesagt ist und, dass Sie auch noch mehr sagen koennen zur Aufklaerung des Gerichtes Wenn ich nicht wuesste, was Sie wissen, sondern ein dritter Aussenseiter waere, wuerde ich aus Ihren gestrigen Bekundungen den Eindruck mitnehmen, ja, das war also so: DerReichsinnenminister hatte der Polizei nichts zu befehlen, der Reichswirtschaftsminister leitete nicht selbststaendig die Wirtschaft, saemtliche Reichsminister hatte keine Amtsgewalt und keine Anweisungsbefugnisse gegenueber den Reichskommissaren fuer die besetzten Gebiete.

MR.DODD: Herr Praesident, ich moechte vorschlagen, dass Herr Dr.Dix hier tatsaechlich Zeugnis ablegt. Ich glaube, dass die Fragen etwas praeziser gestellt werden koennen, das wuerde bequemer sein fuer uns und die Antworten wuerden klarer sein.

DR.DIX: Ich werde meine Fragen schon praezise stellen. Ich kann aber diese Frage nicht praezise stellen, wenn ich nicht erst durch Vorhalt feststelle, was bisher noch nicht gesagt worden ist; sonst hat die praeziseste und kuerzeste Frage keinen Wert, sie wird namentlich auch vom Gericht nicht verstanden, worauf ich hinaus will. Also, ich kann Herrn Dodd versichern, ich werde nichts Ungewisses fragen, sondern ich werde eine sehr praezise Frage stellen.
Starten wir auch gleich weiter und hinsichtlich des Reichsbankpraesidenten haben wir ja schon gesprochen. Nun moechte ich an Sie die Frage richten:
Wenn nun diese ganzen Minister so behindert waren in ihren Zustaendigkeiten, was waren dann nun die Maenner und die Instanzen, die in die Ressorts hineinregierten und die die eigentliche Amtsgewalt hatten ?
Das ist meine Frage. Ich darf erwaehnen, dass im Komplex Frank die Einmischung von Himmler ja bereits erwaehnt war, aber diese Frage muss noch vertieft werden, damit das Gericht klar sieht. Bitte ?

A: Die Eingriffe in die Machtstellung der einzelnen Minister war gegeben durch eine Reihe Institutionen, die derFuehrer, ich moechte sagen, als "Gegenspieler" fuer die einzelnen Minister offenbar bewusst geschaffen hat. Das ist das eine Moment, und zweitens durch hoeher gerichtete Stellen, die im Interesse einer gewissen Einheit auf gewissen Gebieten allein die Macht haben sollten. Um bei der letzteren Kategorie zu bleiben, ist das typischste Beispiel dafuer in erster Linie der Vierjahres-Plan. Der Fuehrer wuenschte hier eine umfassende einheitliche Lenkung, die nicht abhaengig war von den Wuenschen der Ressort-

H0323-0027

Minister und hat infolgedessen den Vierjahresplan geschaffen. Auf anderen Gebieten wurde den Ministern irgendwie ein Gegenspieler gesetzt, z.B. dem Arbeitsminister wurde durch Einsetzung eines Reichs-Wohnungskommissars, in der Person von Herrn Ley, das wichtige Gebiet des Wohnungswesens einfach abgenommen. Es wurde ihm eine Hauptaufgabe abgenommen durch Einsetzung des Generalbevollmaechtigten fuer den Arbeitseinsatz, Herrn Sauckel, auf dem Gebiete des Arbeitseinsatzes. Inder Wirtschaft war der Wirtschaftsminister, wie ich schon erwaehnt habe, stark beschraenkt durch die Einsetzung, durch die Befugnisse des Vierjahres-Planes, nachher aber auch durch die Befugnisse, die auf den Reichsminister fuer Ruestung und Kriegsproduktion uebergingen. Im Innenministerium war die tatsaechliche Gewalt des Chefs der Deutschen Polizei. --

VORSITZENDER: Dr.Dix, das Gericht ist der Ansicht, dass, wenn die allgemeinen Gesichtspunkte der Angelegenheit von den Zeugen erklaert worden sind, die Angelegenheit erklaert werden kann durch die Angeklagten selbst von ihrem Standpunkt oder Gesichtspunkt aus. Der Zeuge erklaert uns jetzt, anscheinend nicht auf sehr kurzem Wege, dass es ein einheitliches Kommando sein sollte, in das die Minister sich nicht einmischen sollten und wenn es sich jetzt um die einzelnen Angeklagten handelt, koennen sie doch selbst erklaeren, in welcher Beziehung es sie sälbst betrifft. Deshalb ist es nicht noetig, dies jetzt hier sehr lange zu verhandeln.

DR.DIX: Ich werde das beruecksichtigen und nur noch einige wenige konkrete Fragen stellen.

Es handelt sich nicht nur daru, Eure Lordschaft, dass der Minister gewisse Gebiete seines Ressorts abgeben musste an Dritte, sondern es handelt sich auch darum, dass dritte Stellen in ein Gebiet, wofuer er eigentlich zustaendig war, nach seiner Zustaendigkeit tatsaechlich hineinregierten. Und nun gebe ich dem Zeugen das Stichwort.

F: Wie war es denn z.B. mit der Stellung des Reichsleiters Bormann ?

A: DerReichsleiter Bormann war der Nachfolger des Reichsministers Hess.

F: Also nur unter dem Gesichtspunkt, Einmischung in die Ressorts.

A: --- und wurde vom Fuehrer zum Sekretaer des Fuehrers ernannt, womit er auch in den staatlichen Sektor unmittelbar eingeschaltet war. Denn als Leiter der Parteikanzlei war er ja lediglich Nachfolger des Reichsministers Hess, der die Wuensche und Auffassungen der Partei vertreten sollte. Dadurch, dass der Fuehrer ihm zum Sekretaer des Fuehrers ernannte und in Sonderheit bestimmte, dass auch auf staatlichem Sektor ein grosser Teil der Dinge durch die Hand von Bormann

H0323-0028

gehen sollte, erfolgte seine starke Einschaltung in das staatliche Gebiet. Das habe ich persoenlich reichlich erfahren muessen, indem ich, nachdem ich frueher gelegentlich wenigstens allein zu einem Vortrag kommen konnte, nachher das nicht mehr erreichen konnte, sondern nur auf dem Wege ueber Bormann, und die Mehrzahl der Vortraege nur im Beisein von Bormann, und alles, was frueher abgegeben werden konnte, an den Fuehrer auf unmittelbarem Wege abgegeben werden konnte, musste nunmehr, auch in rein staatlichen Angelegenheiten den Weg zum Sekretaer des Fuehrers, ueber Bormann machen.

F: Damit ergab sich ein Einfluss Bormanns in die einzelnen Ressorts ?

A: Ja, es bekam damals den Einfluss, Denn all die Dinge aus den Ressorts, die ich nicht unmittelbar durch Vortrag beim Fuehrer oder durch Entscheidung des Fuehrers erledigen konnte, muss ich schriftlich auf dem Wege ueber Bormann leiten und bekam von Bormann eine Nachricht, der Fuehrer hat so oder so entschieden. Die Moeglichkeit des persoenlichen Votrages bei der ich mich fuer den mich angehenden Minister haette einsetzen koennen, die fehlte. Meine eigenen Angelegenheiten waren es ja nicht, es waren immer Beschwerden, Proteste und Meinungsverschiedenheiten unter den Kabinettsmitgliedern. Die konnte ich aber dann letzten Endes nicht mehr persoenlich vortragen.

F: Danke schoen, das genuegt. Und was Sie von Vormann ausfuehren, gilt das nicht auch in einem gewissen Grade auch fuer die Gauleiter, die auchhineinregierten in den Ministerien ?

A: Die Gauleiter hatten als solche selbstverstaendlich den Weg ueber die Parteikanzlei. Das war der fuer sie vorgeschriebene Weg. Da die Gauleiter aber in der Regel ihrer Personal-Union nach gleichzeitig Reichsstatthalter oder Oberpraesident waren, wurden diese beiden Stellungen natuerlich miteinander verwischt und es gingen viele Angelegenheiten statt den vorgeschriebenen Weg ueber den zustaendigen Minister und ueber mich, unmittelbar von dem Gauleiter an Reichsleiter Bormann, ja, es gibt Faelle, in denen dieser Weg absichtlich gewaehlt worden ist.

F: Danke schoen. Ueber die Stellung Himmlers in der gleichen Richtung, der Errichtung einer neuen Macht, haben Sie Erkundungen gestern gemacht, bei dem Komplex Frank und Frick. Kann diese Bekundung nicht erweitert werden eigentlich auf alle Spitzenressorts, hinsichtlich einer Steigerung der Macht Himmlers, seiner Polizei und

H0323-0029

der SS?

A: Ich habe die Frage nicht vollstaendig verstanden?

F: Sie haben physisch nicht verstanden, was ich gefragt habe?

A: Ich habe nicht genau begriffen.

F: Also Schlagwort, Ueberschrift "Hineinregieren in die Ressorts". Sie haben jetzt Bormann behandelt, Sie haben Gauleiter behandelt, Sie behandelten gestern Himmler, seine Polizei, seine SS, nun frage ich Sie: Diese wachsende Macht Himmler's und der SS wirkte sich diese nicht auch auf andere Ressorts in aehnlicher Richtung aus?

A: Zum grossen Teil auch auf den verschiedensten Gebieten.

F: Damit ist diese Frage erschoepft.

Dann gehe ich zurueck auf Schacht. Ueber die Entlassungsgesuche haben wir gesprochen. Nun kommen wir zu der tatsaechlichen Entlassung. Solche Minister, die entlassen wurden, bekamen doch meistens ein Entlassungsschreiben von Hitler?

A: Jawohl.

F: Und dieses Entlassungsschreiben, nehme ich an, wurde von Ihnen entworfen und mit Hitler besprochen?

A: Ja.

F: Wurde auf die Textierung dieses Dankschreibens aus Anlass der Entlassung eine besondere Sorgfalt verwendet -von Ihnen selbstverstaendlich-, ich meine jetzt von Hitler?

A: Hitler sah sich diese Schreiben meist genau an und hat haeufig auch persoenliche Verbesserungen, Verschaerfungen oder Milderungen in die Schreiben hineingebracht.

DR. DIX: Die beiden Entlassungsschreiben, meine Herren Richter, die die Entlassung Schachts als Reichsbankpraesident und als Minister ohne Portefeuille betreffen, werden Sie im Dokumentenbuch als Beweis finden. Ich will sie deshalb auch in excento dem Zeugen nicht vorhalten. Nur zwei Saetze in dem Entlassungsschreiben Hitler's an Schacht aus Anlass seiner Entlassung.als Reichsbankpraesident steht: "Ihr Name wird vor allem fuer immer mit der ersten Epoche der nationalen Wiederaufruestung verbunden sein." Schacht hat diesen Satz damals als eine Bewusstheit, einen leisen Tadel, eine einschraenkende Feststellung des Lobes empfunden. Wie stellen Sie sich zu dieser Frage, der Sie doch den Entwurf dieses

H0323-0030

Entlassungsschreibens mit erledigt haben.

A: Soweit ich mich entsinne, habe ich das formuliert gehabt, dass Herrn Schacht der Dank ganz allgemein und generell ausgesprochen wird und diese Zufuegung beruht auf einer persoenlichen Einfuegung des Fuehrers, soweit ich mich entsinne, denn mir haette es nicht gelegen, hier eine Distanzierung zu machen.

F: Und nun in einem weiteren spaeteren Entlassungsschreiben vom 22. Januar 1943 steht: -- nicht von Hitler unterschrieben, sondern von Ihnen im Auftrage--: "Der Fuehrer hat sich mit Ruecksicht auf Ihre Gesamthaltung im gegenwaertigen Schicksalskampf des deutschen Volkes entschlossen, Sie zunaechst aus Ihrem Amt als Reichsminister "zunaechst" zu verabschieden." Herr Schacht hat, glaube ich, keine sehr angenehmen Gefuehle, hinsichtlich seiner persoenlichen Sicherheit gehabt seinerzeit, als er diesen Satz las.

Darf ich an Sie die Frage richten, nachdem Sie dieses Schreiben damals im Auftrag Hitler's textiert haben, war das so unberechtigt, --

A: Ueber die naeheren Gruende, die den Fuehrer bewogen haben, Schacht zu entlassen, weiss ich nur das eine, dass ein Brief von Schacht an den Reichsmarschall Goering dem Fuehrer Anlass gegeben hat, Schacht aus seinem Amte zu entlassen. Der Fuehrer hat mir naehere Gruende nicht mitgeteilt, war sehr heftig und hat mir diese Fassung befohlen. "Mit der Gesamthaltung" moechte ich sagen: die Fassung, die der Fuehrer wuenschte, war noch etwas schaerfer, ich habe sie dann noch in der dem Schreiben enthaltenen Art in eine einigermassen ertraegliche Form gebracht; und was fuer weitere Massnahmen gegenueber Schacht beabsichtigt waren, hat mir der Fuehrer nicht gesagt, aber das Wort "zunaechst" hatte er mir ausdruecklich aufgetragen.

F: Nun eine letzte Frage. Ich hatte urspruenglich die Absicht, Sie als den besten Kenner der Entwicklung im einzelnen zu befragen nach der langsamen Entwicklung vom Jahre 1933 bis zur vollstaendigen Autokratie Hitler's. Diese Fragen sind durch Ihre Antworten, die Sie gestern meinen Kollegen gegeben haben, zum allergroessten Teil erledigt. Ich moechte sie nicht wiederholen. Nur 2 Fragen moechte ich zur Klarstellung stellen. Das Ermaechtigungsgesetz vom Jahre 1933, wir nennen Ermaechtigungsgesetz das Gesetz, welches sich der Reichstag selber machte. Ich frage Sie, erteilte dieses Gesetz seine Ermaechtigung, daher der Name, Hitler oder dem Reichskabinett, der Reichsregierung, glaube ich?

H0323-0031

A: Das Ermaechtigungsgesetz gab die Ermaechtigung zur Gesetzgebung, zur verfassungsaendernden Gesetzgebung an die Reichsregierung, und die Reichsregierung ihrerseits hat von der Befugnis zur Verfassungsaenderung Gebrauch gemacht, sowohl ausdruecklich, wie auch stillschweigend, indem sie ein Staatsgewohnheitsrecht sich bilden liess, dass das bisherige Recht---

F: Ja, danke schoen, Herr Zeuge, das haben Sie gestern ausgefuehrt, das brauchen Sie nicht mehr zu sagen. Dann haben Sie schon darauf hingewiesen, dass die Reichsregierung durchaus nicht nur aus Nationalsozialisten bestand, sondern, sogar in ihrer Mehrheit aus Angehoerigen anderer Parteien, Sie nannten gestern nur Deutschnationale, also wie Hugenberg, Dr. Mueller und Dortmund, und den Stahlhelm; -der Chef davon war Seldte,-aber Sie haben vergessen-, und darum frage ich Sie, die Zentrum-Partei zu nennen. Ist es richtig, dass Herr von Papen vom Zentrum herkam?

A: Ja, ich will das durchaus zugeben, das ist richtig, ich weiss allerdings nicht, ob Herr von Papen Zentrums-Mitglied war.

F: Sie sprechen nach meiner Ansicht sehr gelehrt und euphemistisch von einem staatlichen Gewohnheitsrecht. Ich werde es anders nennen, aber darueber wollen wir uns nicht unterhalten. Ich moechte nur von Ihnen wissen, ob noch ein Gesetz oder mehrere auf dieser Bahn der langsamen Entwicklung zur voelligen Autokratie Hitlers ergangen ist, das ein wichtiges Gesetz war und als solches Bedeutung hatte. Betrachten Sie nicht das Gesetz nach Hindenburg's Tod, welches den Status des Reichspraesidenten aenderte in Bezug auf die Stellung des Reichskanzlers und dass das zur Folge hatte, dass der Traeger dieser Stellung zugleich auch oberster militaerischer Befehlshaber wurde. Betrachten Sie dieses Gesetz nicht als einen Markstein in der weiteren Entwicklung?

A: Dieses Gesetz war eines der wichtigsten Marksteine in der graduellen Entwicklung, besonders insofern, weil es ja nach einem Erlass der Reichsregierung bezueglich einer Volksabstimmung das Resultat einer nahezu 100%igen Bestaetigung herbeifuehrte.

F: Und weitere Gesetze sind nicht erschienen in Verbindung mit dieser Entwicklung?

A: Nein, ich kenne keine.

F: Ich kenne auch keine. Und die andere Frage ist, ob Sie das ein Gewohnheitsrecht des Staates nennen koennen, und ob Sie einen -- das ist eine Frage, die

H0323-0032

ich in diesem Moment nicht aufwerfen will, ich glaube wir kommen in diesem Zusammenhang auseinander.

DR. DIX: Eure Lordschaft, ich bin jetzt mit meinen Fragen an den Zeugen, Dr. Lammers, fertig. Aber mein Kollege Dr. Kubuschock ist abwesend wegen einer Dienstreise. Ich glaube nicht, dass das Flugzeug gestern abgeflogen ist; und deshalb glaube ich auch nicht, dass er zurueck sein kann. Er hat mich aber gebeten, Fragen fuer Herrn von Papen an den Zeugen zu stellen und ich wollte das Gericht fragen, ob ich dem Zeugen die Frage, es ist nur eine kurze, stellen darf, oder ob ich warten soll, bis die Verteidigung von Papen in der Reihenfolge dran ist.

VORSITZENDER: Nein, bitte jetzt. Der Zeuge wird nicht wieder aufgerufen werden, ausser in besonderen Ausnahmefaellen.

DR. DIX: Nein, ich meinte nur, ob Sie mich heute, spaeter, wenn von Papen an der Reihe ist, in der Reihenfolge der Angeklagten, den Zeugen befragen lassen?

VORSITZENDER: Ja, es ist besser, Sie fragen jetzt. Fahren Sie fort.

F: Ich bitte Sie, sich an den Roehm-Putsch zu erinnern. Die Erlebnisse Papen's waehrend des Roehm-Putsches werden spaeter behandelt werden. Erinnern Sie sich, dass von Papen, der damals Vize-Kanzler war, am 3. Juli 1934 seine Entlassung von Hitler gefordert, und sie auch erhalten hat?

A: Ja, ob das Datum richtig ist, das kann ich mich nicht entsinnen, aber es war ungefaehr um diese Zeit.

F: Erinnern Sie sich ferner, ob einige Zeit danach, es sollen nur wenige Tage gewesen sein, naemlich zwischen dem 7. und 10. Juli, Sie im Auftrage Hitler's zu Herrn von Papen gekommen sind und ihn gefragt haben, ob er bereit sei, den Posten eines Botschafters am Vatikan anzunehmen?

A: Ich kann mich entsinnen, dass ich bei Herrn von Papen gewesen bin und ihm im Auftrage des Fuehrers in Aussicht stellte, dass er noch weiter gebraucht werden sollte, und dass in dieser Verbindung eine Stelle als Botschafter beim Heiligen Stuhl vorgesehen sei. Aber ob ich Auftrag hatte, ihn unmittelbar mitzuteilen, dass solch ein Angebot gemacht werden wuerde, daran kann ich mich nicht erinnern.

F: Wissen Sie noch, was von Papen darauf geantwortet hat?

A: Er hatte damals nicht viel Interesse an der Annahme eines solchen Postens.

F: Danke, ich bin nun am Ende.

DR. SERVATIUS (Verteidiger fuer den Angeklagten Sauckel und Organisation

H0323-0033

der politischen Leiter):

F: Herr Zeuge, Sauckel ist am 21. Maerz 1942 zum Generalbevollmaechtigten fuer den Arbeitseinsatz ernannt worden. Was sind die Gruende dafuer, dass Sauckel fuer diese Stellung gewaehlt wurde?

A: Der Fuehrer war der Auffassung, dass der Arbeitseinsatz vom Reichsarbeitsminister nicht mit der noetigen Sorgfalt gefuehrt worden war, und dass er diese Aufgabe daher einer Organisation, einer energischen Person uebergeben wollte.

F: Hat der Fuehrer den Einsatz der auslaendischen Arbeiter mit Nachdruck verlang

A: Er hat verlangt, dass alle Arbeitskraefte eingezogen werden, die nur irgendwie verfuegbar gemacht werden konnten.

F: Gerade die auslaendischen Arbeitskraefte?

A: Auch das Ausland ist dabei erwaehnt worden, denn in unserem Lande waren alle Moeglichkeiten erschoepft.

F: Erhielten Sie den Auftrag, die beteiligten Ressorts in den besetzten Gebieten besonders zu unterrichten und ihnen zu sagen, dass sie die Aufgabe Sauckel's notwendigerweise unterstuetzen muessten?

A: Das war erst viel spaeter der Fall. Anfangs erfolgte der Einsatz des Generalbevollmaechtigten fuer den Arbeitseinsatz, und das ist bekanntgegeben worden an allen massgeblichen Dienststellen. Dann habe ich, glaube ich, eine besondere Aufforderung nicht mehr erhalten, aber anfangs des Jahres 1944 fand eine Besprechung beim Fuehrer statt, in der das Arbeitseinsatz-Problem fuer das Jahr 1944 besprochen wurde. Am Schluss dieser Besprechung, in der Sauckel eine ganze Reihe von Regeln in bestimmten Stellen fuer die Arbeitsbeschaffung bekommen hat, hatte ich den Auftrag erhalten, an alle massgeblichen Stellen zu schreiben, sie moechten den Auftrag Sauckel bekanntgeben, damit alle zur Verfuegung stehenden Kraefte ihn unterstuetzten.

F: Sie sprechen von einer Sitzung anfangs Januar 1944. Daruber liegt ein groesseres Protokoll vor, das von Ihnen gefertigt ist. Danach hat Sauckel in der Sitzung angegeben, dass er die Forderungen nur schwer, oder vielleicht gar nicht erfuellen koennte, bezueglich der Staerke der auslaendischen Arbeiter. Was hat er als Grund dafuer angegeben?

A: Die Erklaerung ist richtig und als Grund hat er angegeben, dass die noetige Exekutive fuer die Durchfuehrung dieses Problems in den besetzten Gebieten fehle. Wenn er seinen Auftrag erfuellen solle, dann muesse er vor allen Dingen nicht angewiesen sein auf eine auslaendische Exekutive, wie es zum Beispiel in Frankreich der Fall war, sondern dann muesste ein deutscher exekutiver Einsatz sein, der ihn in seiner Aktion unterstuetzte.

H0323 - 0034

F: Sprach er nicht davon, dass die Erfuellung unmoeglich sei, wegen der Partisanen- und Bandengefahr ?

A: Er hat auf diese Schwierigkeit vielfach hingewiesen, namentlich auf die Partisanen- und Bandengefahr und das wurde ja auch als selbstverstaendlich betrachtet, dass er Arbeitsanwerbungen nicht vornehmen kann, in Gebieten, in denen noch Partisanenkaempfe stattfanden.

F: Verlangte er die Befriedigung dieser unruhigen Partisanen-und Bandengebiete ? Verlangte er dafuer Exekutive-Kraefte ?

A: Ja, das ist richtig.

F: Wurde der Schutz der Behoerden vor diesen Widerstandsbewegungen verlangt?

A: Ja er wuenschte, dass die oertlichen Stellen sich dafuer einsetzten, dass er eine freie Hand zum Arbeiten bekommt.

F: Ich lese Ihnen aus dem Protokoll einen Satz vor und bitte um Ihre Erklaerung wie dieser Satz zu verstehen ist. Es heisst dort:

'Der Reichsfuehrer-SS legte dar, dass die ihm zur Verfuegung stehenden Exekutive-Kraefte ausserordentlich gering seien, dass er aber versuchen werde, durch ihre Vermehrung und erhoehte Einspannnung der Aktion Sauckel, zum Siege zu verhelfen."

Wie war das zu verstehen ?

A: Das hat sich in der Hauptsache bezogen, auf die russischen Gebiete, in denen Partisanen da waren und Herr Sauckel glaubte, dass er ohne eine Saeuberung dieser Gebiete nicht taetig werden koennte.

Der anwesende Himmler sagte zu, er wuerde sein Moglichstes tun, hatte aber Bedenken, ob er die genuegenden Polizei-Bataillone oder anderen Kraefte zur Verfuegung haette.

F: Verstehe ich Sie richtig, wenn es so zu verstehen ist, dass es sich um die Sicherung der Behoerden handeln sollte, um die Sicherung der Gebiete, aber nicht um einen Uebergang der Erfassung auf die SS.

A: Ein Uebergang der Erfassung auf die SS, war an sich nicht vorgesehen, sondern mit der von Sauckel geforderten deutschen Exekutive, die gerade verfuegbar ist, das war z.B. in Frankreich nicht die SS, sondern die Feldkommandantur, die das besorgen musste und in Russland mussten zum Teil die Polizei Bataillone, die Partisanen..... die Gegend erst befrieden.

H0323 - 0035

F: Ich habe nun fuer die politischen Leiter eine Frage. Es ist hier ein Dokument vorgebracht worden, das angefuehrt worden ist, unter Nr.D.-728. Es ist unterzeichnet von dem Gauleiter Sprenger, traegt kein Datum, aber es ist offenbar aus dem Fruehjahr, also anfangs 1945. In diesem Schreiben ist die Rede von einem neuen Gesundheitsgesetz und zwar solldies enthalten eine Anordnung ueber Lungen- und Herzkranke, die beseitigt werden sollen.

A: Ueber was fuer Kranke ?

F: Es heisst hier, dass dieses Gesetz vorerst noch geheim gehalten wird. Auf Grund dieses Gesetzes werden diese Familien nicht mehr in der Oeffentlichkeit bleiben koennen und duerfen keine Nachkommen mehr erzeugen. Ist Ihnen ueber ein solches Gesetz etwas bekannt ?

A: Ich habe das Wort nicht verstanden. Waren das Geisteskranke, oder welche Kranke ?

F: Ein Reichsgesundheitsgesetz, das sich auf Lungen- und Herzkranke erstreckt.

A: Mir ist nicht das Geringste davon bekannt.

F: Ich habe Sie nicht verstanden.

A: Mir ist davon nicht das Geringste bekannt.

F: Haette Ihnen das bekannt sein muessen ?

A: Ja, an sich muesste es dem Innenminister bekannt sein, denn die Gesundheitssachen sind beim Innenminister bearbeitet worden und nie an mich gegangen.

F: Danke, ich habe keine Frage mehr.

Dr.Steinbauer: (Verteidiger fuer den Angeklagten Dr.Seyss-Inquart;)

F.: Herr Zeuge. Einen Tag nach dem Einmarsche der deutschen Truppen in Oesterreich ist ein Gesetz am 13. Maerz 1938 erschienen, d.h. die Ueberschrift traegt: "Gesetz zur Wiedervereinigung Oesterreichs mit dem Deutschen Reich." Seyss-Inquart und seine Regierung waren ueber den Inhalt dieses Gesetzes sehr ueberrascht. Ich stelle nun die Frage an Sie, ob Ihnen etwas Naheres bekannt ist, wieso dieses in Linz am 13. Maerz 1938 erschienene Gesetz erlassen wurde ?

A: Ich habe den Einmarsch der deutschen Truppen in Oesterreich, wie jeder Rundfunkhoerer, durch den Rundfunk gehoert und bin infolgedessen, weil ich glaubte, dass ich benoetigt werden koennte, nach Wien gefahren. Da war dieses Gesetz bereits fertig, unterschrieben und verkuendet. Ich habe an diesem Gesetz nicht mitgewirkt, dagegen hat wohl... also der Reichsinnenminister und der Staatssekretae: Stuckart, die haben das Gesetz ausgearbeitet.

H0323 – 0036

Ich habe an dem Gesetz in keiner Weise mitgewirkt, weil ich ja nichts davon wusste, dass diese Aktion erfolgte.

F: Haben Ihnen die Herren, die Sie jetzt genannt haben, vielleicht Mitteilung gemacht, warum dieses Gesetz in sonderstuerzter und rascher Weise publiziert wurde.

A: Das war der Wunsch des Fuehrers.

F: Danke. Gleichzeitig wurde damals Dr. Seyss-Inquart zum SS-Obergruppenfuehrer, nicht, wie die Anklagebehauptet, SS-General, ernannt und ihm ausserdem vom Fuehrer in Aussicht gestellt, dass er innerhalb Jahresfrist zum Mitglied der Reichsregierung ernannt werden wuerde. Tatsache ist, dass er auch dann ja 1939 zum Reichsminister ohne Geschaeftsbereich ernannt wurde. Frage: Hat Seyss-Inquart in seiner Eigenschaft, einerseits als SS-Obergruppenfuehrer und andererseits als Minister ohne Geschaeftsbereich irgendeine Funktion ausgeuebt ?

A: Meines Wissen, ist Seyss-Inquart damals nicht Obergruppenfuehrer, sondern erst Gruppenfuehrer geworden. Das war ein blosser Ehrenrang, den er bekam. Er hatte in der SS keine Befehlsgewalt, hatte in der SS, soviel ich weiss, keinerlei Dienst getan und hat lediglich diese Uniform getragen und ist spaeter dann Obergruppenfuehrer geworden.

F: Also eine reine Etiketten- und Uniformfrage, wie Sie richtig sagen.

A: Eine Art Ehrenrang.

F: Danke. Ein Jahr spaeter wurde dann Seyss-Inquart zum Reichskommissar fuer die Niederlande ernannt und im Verordnungsblatt fuer die Niederlande, auch diese Ernennung publiziert, gleichzeitig mit dem Reichsgesetzblatt. Ist Ihnen bekannt, ob nicht neben dem publizierten Erlass, womit er zum Reichsstatthalter bestellt wurde, ihm auch im Rahmen des Vierjahresplanes ein Auftrag gegeben wurde

A: Seyss-Inquart hat, mit dem Augenblick seiner Ernennung zum Reichskommissar in den Niederlanden, dieselben Einschraenkungen erfahren, die ich gestern schon geschildert habe bei Herrn Frank und bei Herrn Rosenberg. Also es war ein Vorbehalt da, fuer den Beauftragten fuer den Vierjahresplan, der ja ueberall die umfassenden Weisungsbefugnisse innehatte. Insofern war seine Stellung von vornherein beschraenkt.

H0323 - 0037

F: Wie war denn die Stellung der Deutschen Polizei in den Niederlanden ? Ist die Deutsche Polizei der direkten Befehlsgewalt des Angeklagten Seyss-Inquart unterstanden, oder dem Reichsfuehrer -SS, Himmler ?

A: Hier sind die Verhaeltnisse genau so, oder aehnlich, wie ich sie gestern fuer das Generalgouvernement geschildert habe. Der hoehere SS- und Polizeifuehrer stand zwar dem Reichskommissar zur Verfuegung, aber er erhielt seine fachliche Weisung von Himmler.

F: Danke. Erinnern Sie sich, Herr Zeuge, dass Sie anfangs 1944 dem Angeklagten, in der damaligen Eigenschaft als Reichskommissar der Niederlande, einen Befehl des Fuehrers uebermittelt haben, dass er aus den Niederlanden 250.000 Arbeiter beizustellen hat und dass dies Seyss-Inquart Ihnen gegenueber abgelehnt hat ?

A: Es handelt sich hier um dds Schreiben, das ich vorhin schon bei meiner Vernehmung fuer Sauckel erwaehnt habe, ein Rundschreiben, in dem alle aufgefordert wurden, die Aktion Sauckel zu unterstuetzen und den einzelnen Stellen wurden Auflagen gemacht, in der Zahl der zu beschaffenden Arbeiter. Aber dass es bei Seyss-Inquart 250.000 Arbeiter gewesen sind, die Zahl, die kann ich mich nicht erinnern. Das weiss ich nicht. Ich weiss aber, dass Herr Seyss-Inquart mir gegenueber, gegen die Aufbringung dieser ihm auferlegten Zahl, schwere Bedenken erhoben hat. Er hatte den Willen, dies an dem Fuehrer zu bringen.

F: Danke. Ich habe keine weitere Frage mehr.

Dr.Laternser (Verteidiger fuer den Generalstab und OKW)

F: Herr Zeuge. Ist Hitler 1933 mit Hilfe der Reichswehr an die Regierung gekommen, d.h. hat irgendein militaerischer Druck in dieser Zeit stattgefunden ?

A: Ich selbst habe an der Machtergreifung nicht unmittelbar mitgewirkt, kann also ganz genaues nicht sagen. Mir ist aber nicht darueber bekannt, dass die damalige Reichswehr auf die Machtergreifung irgendwelchen Einfluss ausgeuebt hat. Ich nehme an, wenn das der Fall gewesen waere, so wuerde man das erfahren haben.

F: Im Jahre 1934 erfolgte die Zusammenlegung der Dienststellungen des Staatsoberhauptes und Reichskanzler in die Person Hitler.

H0323 – 0038

Haetten nun die militaerischen Fuehrer den Eid auf Hitler verweigern koennen, ohne gegen ein Gesetz zu verstossen ?

A: Das Gesetz zum Uebergang auf das Staatsoberhaupt ist verfassungsmaessig gegangen, damit war der Fuehrer der Oberste Befehlshaber der Wehrmacht. Irgendeine Moeglichkeit, sich dagegen zu widersetzen, gab es gar nicht. Das waere eine glatte Revolution gewesen, Meuterei.

F: Ist Ihnen etwas davon bekannt geworden, dass militaerische Fuehrer Vorschlaege gemacht haetten, Angriffskriege zu machen, oder vorzubereiten ?

A: Mir ist davon nicht das Geringste bekannt.

F: Es ist bekannt, dass Hitler den militaerischen Fuehrern keinerlei Einfluss auf seine politischen Entschluesse gewaehrte. Sind Ihnen Aeusserungen Hitlers bekannt, dass er den Generaelen ein politisches Urteil ueberhaupt absprach ?

H0323-0039

A: Der Fuehrer hat sich ueber die Persoenlichkeiten der Generalitaet und auf einzelne Generaele, vom militaerischen Gesichtspunkt aus, sehr lobend geaeussert, s sehr guenstig. In politischer Hinsicht war er immer der Auffassung, dass Generael von Politik nichts verstehen und dass man sie moeglichst nicht an eine Stelle setzen soll, wo es politische Dinge zu entscheiden gibt.

F: Es ist weiter bekannt, dass Hitler keinerlei Widerspruch duldete. War nicht der tiefere Grund fuer die Entlassung Blomberg, Fritsch und Beck der, dass diese wiederholt widersprochen hatten ?

A: Ja, ich moechte annehmen, dass solche persoenlichen Differenzen letzten Endes den Ausschlag gegeben haben, fuer die Entlassung von Schacht, von Blomberg, von Neurath und auch von Fritsch. Ich bin aber nie bei solchen Unterredungen dabei gewesen. Also inhaltlich kann ich nicht bekunden. Ich glaube aber, dass die Herren dem Fuehrer haeufig widersprochen haben.

F: Hegte ueberhaupt Hitler gegenueber den Generaelen, insbesondere das Heeres, Misstrauen ?

A: Das kann ich nicht allgemein beantworten. Der Fuehrer hatte gegen die meisten Leute eine gewisse Zurueckhaltung gehabt, indem er jedem nur sagte, was ihn angin Wenn man also darin ein Misstrauen erblicken will, dann hat dieses Misstrauen gegenueber fast allen Ministern und Generaelen vorgelegen, denn eshat keiner mehr erfahren, als er erfahren sollte und erfahren durfte, nach dem Willen des Fuehrer

F: Gab es ueberhaupt in demjenigen Personenkreis, der das uneingeschraenkte Vertrauen Hitlers besessen hat, irgendeinen militaerischen Fuehrer .

A: Das glaube ich nicht, ich kenne keinen.

F: Nun habe ich noch eine letzte Frage. Was war der Grund, die Masse der besetzten Gebiete unter Reichskommissariate und nur wenige unter die Militaerverwaltung zu stellen ?

A: Der Fuehrer wuenschte in der Regel, dass besetzte Gebiete politisch verwaltet wuerden und hat Generaele dafuer fuer ungeeignet gehalten, weil er ihnen, na, ich moechte sagen, ihnen auf diesem Gebiete eine politische Instinktlosigkeit zur Last legte.

F: Sollte nicht schon vor 1944 die militaerische Verwaltung in Belgien von einem zivilen Kommissar besetzt werden ?

H0323 - 0040

A: Das war schon lange vorgesehen. Die Vorbereitung dafuer warschon getroffen, aber der Fuehrer konnte sich nicht entschliessen, sie in Kraft zu setzen, weil ihm auch immer gesagt wurde, es sprechen hier bei Belgien doch sehr starke militaerische Gruende dagegen, dort eine Zivilverwaltung aufzumachen, da Belgien moeglicherweise in irgendeiner Weise Operationsgebiet wird. Da ist das hinausgezoegert worden, ueber ein Jahr und laenger.

F: Danke schoen. Ich habe keine weitere Frage.

Vorsitzender: Wuenscht die Anklagebehoerde den Zeugen im Kreuzverhoer zu vernehmen ?

(Kreuzverhoer durch Major Elwyn JONES)

F: Herr Zeuge. Ich moechte Sie ueber eine Angelegenheit befragen und zwar mit Bezug auf die Machtbefugnisse von Reichsministern nach der Verfassung Nazi-Deutschlands. Aus Ihrer Aussage geht hervor, dass sie Maenner mit sehr geringer Befehlsgewalt waren, dass sie Strohmaenner waren. Ist das tatsaechlich der Fall ?

A: Ja, keine ist zuviel. Ich meine die grosse Politik .....

F: Aber die Befehlsgewalt war aeusserst beschraenkt, wollen Sie das dem Gerichtshof sagen ?

A: Sie waren im wesentlichen Verwaltungschef ihrer Ressorts. Sie waren aber keine politischen Minister, die in den grossen politischen Fragen zur Mitbestimmung berufen waren.

F: Sie hatten weniger Befehlsgewalt, als die Behoerden in Deutschland unter der vorhergehenden Verfassung besassen ?

A: Das ist zweifellos der Fall, denn in der fruecheren Verfassung wurde ja abgestimmt und zumindest konnte ja der Minister dadurch, dass er im Kabinett seine Stimme gegen irgend etwas kundgab, seine Machtbefugnis zum Ausdruck bringen.

F: Ich lege Ihnen nunmehr einige Bemerkungen vor, die Sie im Jahre 1938 ueber die Machtbefugnisse im Fuehrerstaat gemacht haben. Ich beziehe mich auf das Dokument 3663 - PS :

"Aus dieser grundsaetzlichen Totalkonzentration der obrigkeitlichen Gewalt in der Person des Fuehrers folgt aber keinesfalls in der Staatspraxis eine uebertrieben starke und unnoetige Zentralisierung der Verwaltung in der Hand des Fuehrers. Ich habe bereits in meinen allgemeinen Ausfuehrungen ueber die Grundgedanken des Fueh-

H0323-0041

rerstaates darauf hingewiesen, dass die Wahrung der Autoritaet des Unterfuehrers nach unten hin es verbietet, in jede einzelne seiner Handlungen und Massnahmen hineien zu befehlen. Dieser Grundsatz wird vom Fuehrer in seiner Regierungsfuehrung in einer Weise gehandhabt, dass z.B. die Stellung der Reichsminister tatsaechlich eine viel selbstaendigere ist als frueher, obgleich die Reichsminister heute der uneingeschraenkten Befehlsgewalt des Fuehrers fuer ihren gesamten Amtsbereich und hinsichtlich jeder einzelnen Massnahmeund Entscheidung auch in den nebensaechlichsten Faellen unterworfen sind. Verantwortungsfreudigkeit, Entschlusskraft, vorwaertsdraengende Energie und wirkliche Autoritaet, das sind die Eigenschaften, die der Fuehrer in erster Linie von seinen Unterfuehrern verlangt. Er laesst ihnen daher groesste Freiheit in der Fuehrung ihrer Geschaefte und in der Art der Erfuellung ihrer Aufgaben. Nichts liegt ihm ferner, als kleinliche oder gar noergelnde Kritik."

Dieses Bild der Machtbefugnisse von Reichsministern ist sehr verschieden von dem Bild, das Sie dem Gerichtshof gegeben haben, odernicht ?

A: Ich bin der Ansicht, dass das nicht im geringsten widerspricht, denn ich habe hier nichts andere gesagt, als dass jeder Minister in der grossen Politik normalerweise nicht mitzureden hatte, dagegen in seinem Gebiet der Oberste Verwaltungschef war und hier ist es ausgefuehrt, dass er als Unterfuehrer, soweit ihm der Fuehrer Befugnisse gelassen hatte, auch andererseits die groessten Machtvollkommenheiten hatte und dass ihm da der Fuehrer in diese Machtvollkommenheiten nicht kleinlich hineingeredet hatte. Das hat dem Fuehrer ferngelegen. Es handelt sich hier nur um Angelegenheiten zweiter und dritter Ordnung, die grosse Politik ist hier nicht eroertert.

F: Sie sagen, dass Ihr Bild natuerlich ein Bild eines Mannes ist,mit ungeheurer Machtbefugnis. Ist das das Bild, das Sie dem Gerichtshof vorlegen wollen ?

A: Ja, der Minister war der oberste Fuehrer seiner Sache und soweit es nicht beschraenkt war, hat er da groessere Machtvollkommenheiten gehabt, wie frueher vielleicht ein Minister, weil der Fuehrer hier in Kleinigkeiten nicht hineingeredet hat.

F: Im Falle des Angeklagten Funk z.B., sagen Sie, dass er ein Minister war mit wenig Machtbefugnis ?

H0323 - 0042

A: Auf die grossen politischen Entscheidungen hatte er keinen Einfluss gehabt. Aber in seinem Ressort hatte er einen grossen Einfluss gehabt. Das waren aber die Dinge zweiter Ordnung und die Dinge dritter Ordnung.

F: Aber Entscheidungen ..... Aber wichtige wirtschaftliche Fragen,

H0323-0043

wie z.B. die Summe der Gelder, die von den besetzten Gebieten genommen werden sollten, diese Entscheidungen des Fuehrers waren aufgebaut auf Empfehlungen von Ministern, wie Funk, oder nicht?

A: Das ist mir nicht bekannt. Die Finanzpolitik in den besetzten Gebieten, die haben ja der Ostminister gemacht, bezw. die Reichskommissare mit dem Finanzminister zusammen.

F: Aber Entscheidungen ueber wirtschaftliche Angelegenheit, die die besetzten Gebiete betrafen, wie z.B. Empfehlungen ueber Besatzungskosten und das Ausmass der Aktionen auf dem Schwarzen Markt, waren Maenner, wie Funk, unersetzbar. Sie wurden nach ihren Empfehlungen gefragt, oder nicht?

A: Da hat er mitgewirkt. Er hatte ja als Reichskommissar in den besetzten Gebieten keine Befehlsgewalt. Der Reichskommissar unterstand ja dem Fuehrer unmittelbar.

F: Aber diese Minister waren unersetzbar fuer die Fuehrung des Nazi-Staates, oder nicht?

A: Ja, selbstverstaendlich war eine Mitarbeit noetig. Aber daraus folgte nicht, dassHerr Funk in den besetzten Gebieten eine Befehlsgewalt hatte. Die hat er sicher nicht gehabt.

F: Soweit Funk in Frage kommt haben Sie versucht seine Stellung im Staat klar zu stellen. Erinnern Sie sich, ob Funk dem Fuehrer direkt unterstand, oder nicht? Erinnern Sie sich daran?

A: Ja, Funk war dem Fuehrer unterstellt; selbstverstaendlich, als Minister.

F: Und er hat den Fuehrer selbst beraten, oder nicht?

A: Er ist sehr selten zum Fuehrer gekommen.

F: Aber auf dem wichtigen Gebiet der Finanzierung der Wiederaufruestung hatte er wichtige Entscheidungen dem Fuehrer mitzuteilen und den Fuehrer hierueber zu beraten, oder nicht?

A: Ich weiss nicht, in welchem Umfange der Fuehrer ihn hat kommen lassen, denn ich bin bei Unterredungen ueber Ruestungskredite und Aufruestung nie zugegen gewesen.

F: Ich moechte noch eine weitere Frage, mit Bezug auf ministerielle Angelegenheiten, an Sie richten. Haben Minister ohne Geschaefts-

H0323-0044

bereich immer die Mitteilungen des Reichskabinetts erhalten?

A: Sie bekamen alle Vorlagen zugeschickt.

F: Der Angeklagte Frank, beispielsweise, war ein Minister ohne Geschaeftsbereich?

A: Ja.

F: Er erhielt alle Mitteilungen in seiner Eigenschaft als Minister ohne Geschaeftsbereich?

A: Er erhielt alle Vorlagen, die auch andere Minister bekommen haben, soweit eine gesamte Verteilung stattgefunden hat.

F: Und als er General-Gouverneur des General-Gouvernements war, unterhielt er ein Ministerialbuero, um sich mit den eingehenden Sachen des Reichskabinetts zu beschaeftigen?

A : Wen meinen Sie jetzt, Frank?

F: Ich spreche jetzt von dem Angeklagten Frank, ja.

A: Frank hatte ein Buero in Berlin, wo die Ministersachen fuer ihn abgeliefert wurden.

F: Das heisst, das Reichskabinett hat tatsaechlich nicht getagt, aber es hat weiterhin bestanden?

A: Das Reichskabinett existierte nur fuer das schriftliche Gesetzgebungsverfahren und fuer schriftliche Verwaltungssachen, die im Umlaufwege gemacht werden konnten.

F: Und die Minister des Reichskabinetts, wie Frank, erhielten Mitteilungen ueber Gestzgebungsfragen und die Taetigkeit des Reichskabinetss, obwohl sie fuer Konferenzen oder Zusammenkuenfte nicht verfuegbar waren.

A : Sie kriegten das alles zugestellt, was alle Minister bekamen.

MAJOR ELWYN JONES: Ich glaube, dass es Zeit ist abzubrechen?

VORSITZENDER: Jawohl.

(Woraufhin sich das Gericht um 13:00 Uhr bis auf 14:00 Uhr des gleichen Tages vertagt.)

H0323 - 0045

INTERNATIONALER MILITAERGERICHTSHOF
NUERNBERG. DEUTSCHLAND, 9. APRIL 1946
SITZUNG 14.00 UHR bis 17.15 UHR .

(Fortsetzung vom Kreuzverhoer des Mr.Elwyn Jones).

F: Zeuge, ich moechte jetzt einige Fragen an Sie ueber den Angeklagten Frank vorlegen. Frank ist doch ein Freund von Ihnen, nicht wahr ?

A: Es kommt nichts durch; ich bitte, die Frage zu wiederholen.

F: Der Angeklagte Frank ist ein Freund von Ihnen, nicht wahr ?

A: Frank .

F: Ja.

A: Nein, besonders nahe steht mir Herr Frank nicht. Ich bitte mir aber zu gestatten, ehe ich diese Frage beantworte, noch einmal zurueckzukommen auf das Dokument, das Sie mir vorhin vorgelegt haben und das ich mir erst jetzt habe durchlesen koennen. Ich moechte dazu nur zwei Saetze sagen.

F: Wenn es der Verteidiger wuenscht, dass wir darauf zurueckkommen, werden Sie es schon spaeter tun koennen. Sie werden jetzt die Frage beantworten, die ich betreffend des Angeklagten Frank an Sie gerichtet habe. Sie sagen, dass er nicht Ihr Freund war ?

A: Ich kannte ihn nicht besonders gut und er ist mir nicht besonders nahe gestanden, nicht naeher wie die anderen Leute von der Reichsregierung.

F: Kann man wohl sagen, dass genau so wie Sie, auch er einer der fuehrenden nationalsozialistischen Juristen war ?

A: Ja, als fuehrenden nationalsozialistischen Juristen habe ich mich an sich nie betrachtet.

F: Wollen Sie sagen, dass Sie nicht ein fuehrender Jurist waren oder dass Sie nicht ein Nationalsozialist waren ?

A: Ich habe mich zuerst betrachtet als Wissenschaftler, als Staatsrechtler, der ich seit vielen Jahren schon bin, und ich diente seit dem Jahre 1920 schon unter anderen Regierungen; ich bin dann der Nationalsozialistischen Partei beigetreten und habe selbstverstaendlich in meiner Stellung im nationalsozialistischen Staat mir Muehe gegeben, auch die nationalsozialistischen Rechtsideen zu vertreten.

F: Sie haben gesagt, soweit Hans Frank in Frage kommt, war er ein Jurist, der gegen die Gewaltsanwendung der Polizei sich ausgedrueckt hatte.

A: In verschiedenen Reden hat er das getan, die die Missbilligung des Fuehrers gefunden haben.

F: Er war ein Mann, der fuer faire Prozesse war? Stimmt das ?

A: Fuer was fuer Prozesse ? Ich kann hier nicht verstehen; es sind so laute Geraeusche vorhanden.

F: Fuer faire Prozesse. Fuer faire Kriminalprozesse.

A: Ich habe das Wort nicht verstanden.

F: Fair. Jawohl. Er war fuer faire Prozesse und gegen Uebergriffe der SS. Ist das Ihre Ueberzeugung ?

A: Er hat mir das wiederholt ausgesprochen und hat das auch in seinen Reden vielfach zum Ausdruck gebracht.

F: Und Sie sagen, er war ein Mann, der fuer eine liberale Verwaltung des Gebietes war, dessen General-Gouverneur er war ?

A: Es tut mir leid, aber ich kann nicht folgen, es ist so viel Laerm, dass ich kaum die Haelfte verstehe von dem, was Sie sagen, die andere Haelfte verschwindet vollstaendig.

F: Gut, wir wollen es nochmal versuchen. Haben Sie jemals gehoert von der AB-Aktion, fuer die Frank im Generalgouvernement verantwortlich war ?

A: Das ist eine Aktion, die mir voellig unbekannt ist. Vor etwa acht Tagen allerdings hat mir ein Herr diesen Namen genannt und dass damit Frank belastet sein soll. Eine AB-Aktion kenne ich jedoch nicht.

F: Sie haben oft von Frank Berichte bekommen und zwar ueber die Verwaltung seines Gebietes. Stimmt das ?

A: Es sind hie und da Berichte eingegangen.

F: Wollen Sie nun sagen, dass Frank Sie nie ueber die AB-Aktion informiert hat?

A: Ja, ich weiss nicht, was die AB-Aktion ist.

F: Dann will ich Sie daran erinnern, das war eine Aktion, die zur Folge hatte, dass die besten polnischen Menschen, die beste polnische Intelligenz, abgeschlachtet wurde.

A: Von einer solchen Aktion ist mir nichts bekannt.

F: Wollen Sie sich bitte das Exhibit 2233-PS ansehen, USSR-223, das ist Frank's Tagebuch, dann werden Sie die Geschichte dieser Aktion nachlesen koennen und sie

H0323 - 0046

H0323 - 0047

vielleicht an Einzelheiten erinnern.

A: Welche Seite ist das, bitte ?

F: Seite 8 des Anhanges zu diesem Text. Da steht auf der Seite, dass die Aktion am 16. Mai anfing, und zwar mit einer Besprechung, bei der der Generalgouverneur Frank und Reichsminister Seyss-Inquart und Staatssekretaer Buehler anwesend waren, ferner SS-Brigadefuehrer Streckenbach und ein Oberst Mueller. Und da steht, dass Frank verfuegte, dass sofort die Aufgaben ausgefuehrt werden muessen, und zwar im Befriedungsprogramm, das dem Chef der Sicherheitspolizei uebergeben worden ist, der sofort anfangen sollte. Die wichtigsten Einzelheiten dieser Aktion wurden besprochen und Brigadefuehrer Streckenbach wurden die noetigen Vollmachten durch den Generalgouverneur erteilt. Der Generalgouverneur ordnete eine neuerliche Berichterstattung fuer den 30. Mai an.
Und dann verweise ich Sie auf Seite 2 dieses Textes, eines Berichtes ueber die Konferenz vom 30. Mai, wo Sie - das Gericht kann vielleicht daraus ein Urteil faellen in welcher Art Jurisprudenz nationalsozialistische Juristen glaubten. Sie sehen auf Seite43 des englischen Textes von 2233-PS steht ein Bericht von der Polizeikonferenz vom 30. Mai, wo Frank und Krueger und andere anwesend waren.

A: Bei dieser Sitzung der Polizei war ich ja nie zugegen gewesen.

F: Ich will nur, dass Sie mal sehen, wie weit Frank, der Apostel des Anstandes in der Verwaltung, wie weit Frank, der Generalgouverneur von Polen sich von der Wahrheit entfernt hatte. Hier erklaert Frank: "Wenn ich nicht die alten nationalsozialistischen Kaempfer der Polizei und SS haette, mit wem wollten wir dann diese Politik machen ? "
Der Bericht, den das Gericht schon kennt, geht dann weiter und beschreibt, wie jetzt, da die deutschen Angriffe im Westen in vollem Gange waren, es Frank moeglich war, diese Aktion gegen die polnische Intelligenz durchzufuehren.

A: Wenn der Generalgouverneur mit seinen Tagebuchnotizen im Widerspruch steht zu dem, was ich aus seinen Reden, die er oeffentlich gehalten hat, entnommen habe, so kann ich dazu keine Stellung nehmen. Ich weiss ja nicht, was er dazu gesagt hat. Es mag ja sein, dass viele seiner Reden im Widerspruch stehen zu Reden, die er zu einer anderen Zeit gehalten hat. Was ich bekundet habe, ich habe nur ueber die Reden gesprochen, die der Fuehrer missbilligt, die er beam-

H0323 - 0048

standet hat, die zur Folge hatten, dass er ein Redeverbot bekam, und dass ihm der Druck der Reden verboten worden ist. Ueber diese Reden habe ich gesprochen Was der Generalgouverneur sonst fuer Reden gehalten und Notizen in seinem Tagebuch niedergelegt hat, kann ich hier im Augenblick ueberhaupt nicht beurteilen.

F: Dann wollen wir uns mal ganz klar werden. Wissen Sie, dass die Regierung Frank's im Generalgouvernement ein Mord Regime war ?

A: Davon ist mirnie etwas bekannt geworden.

F: Haben Sie Berichterstattungen von ihm oder einer anderen Quelle erhalten ueber eine Misswirtschaft im Generalgouvernement ?

A: Ueber Misswirtschaft im Generalgouvernemant sind haeufig Beschwerden eingegangen sowohl von Frank, wie auch von anderen Stellen gegen Frank .

F: Wussten Sie von der absoluten Ruecksichtslosigkeit der Frank'schen Methoden im Generalgouvernement?

A: Ich habe nur halb verstanden.

F: Sie bekamen doch Berichte von Frank ueber das, was er im Generalgouvernement anstellte, nicht wahr ?

A: Ja, es trafen haeufig Berichte ein, die ich als Durchgangssache schleunigst weitergegeben habe an den Fuehrer, die meist an den Reichsleiter Bormann gegangen sind oder an die Adjutantur des Fuehrers.Das waren Berichte ----

F. Einen Augenblick mal. Wollen Sie bitte die Frage beantworten, die ich an Sie richte, dann geht alles schneller. Antworten Sie auf Fragen, die ich an Sie richte. Ich frage Sie jetzt ueber einen B richt der, wie Frank sagte, bei Ihnen eingetroffen ist. Auf Seite 41 des englischen Textes des Fran's Tagebuch steht Eintragung 5. August: Der Generalgouverneur schickt die folgende Fernmeldung an Reichsminister Lammers:

"Die Stad Warschau ist zum groessten Teil in Flammen. Die Niederbrennung von Haeusern ist der sicherste Weg, die Insurgenten aus ihren Loechern herauszuholen. Nach der Insurrektion und ihrer Niederwerfung wird Warschau sein verdientes Schicksal erleiden, naemlich, dass es vollkommen vernichtet wird."

Koennen Sie sich erinnern, dass Sie eine solche Meldung bekamen ?

A: Eine solche Meldung ist meines Wissens eingegangen und von mir sofort dem Fuehrer weitergeleitet worden. Mit der Aktion selber hatte ich ja nichts zu tun.

H0323 - 0049

Das war eine militaerische Massnahme und normalerweise kam die militaerische Meldung an den Fuehrer unmittelbar. Ich habe dieses Fernschreiben wahrscheinlich nicht nur an den Fuehrer, sondern ich habe es wahrscheinlich auch an den Chef des OKW weitergeleitet.

F: Herr Lammers, wollen Sie bitte zuhoeren. Es interessiert mich nicht, was Sie hernach unternommen haben. Ich frage Sie nur, ob Sie davon etwas wissen. Sie haben naemlich dem Gericht immer wieder gesagt, dass Sie niemals etwas von den Verbrechen wussten, die unter dem Nazi-Regime vorkamen ? Behandeln Sie die Frage nach Ihrer Kenntnis im Augenblick.

Sie haben gesagt..----

A: Ich weiss, dass ein Schreiben eingegangen ist.

F: Und das war eine charakteristische Botschaft von Frank, nicht wahr ?

A: Und dass in Warschau Vernichtung angeordnet wird, dass in Warschau gekaempft wird. Ich hatte ja dem Generalgouverneur nichts zu befehlen. Ich konnte ja nur seine Meldung an den Fuehrer weitergeben, die Meldung war ja nicht fuer mich persoenlich, sondern fuer den Fuehrer bestimmt.

F: Sie sagen, dass Frank gegen Konzentrationslager gewesen sei. Das sagen Sie, nicht wahr? Sagen Sie dass Frank gegen Konzentrationslager gewesen ist ?

A: Ja, Frank hat sich mir persoenlich gegenueber generell gegen die Verhaftung in Konzentrationslager ausgesprochen, weil er mit mir uebereinstimmend der Auffassung war, dass ein solches Verfahren eine, mindestens eine Rechtsgrundlage haben muss.

F: Also, das hat er zu Ihnen gesagt ?

A: Ja, das hat er gesagt , ja.

F: Dann moechte ich Ihnen einen kurzen Auszug aus seinem Tagebuch vorlesen, um zu zeigen, warum er dagegen war. Ich lese von Seite 45 des Tagebuches. Er bezieht sich auf die polnische Intelligenz und sagt:

"Wir brauchen diese Leute gar nicht in die Konzentrationslager des Reiches schicken, weil wir nur unnoetige Korrespondenzen mit ihren Familien haben wuerden. Anstatt dessen werden wir die Leute in den Laendern selbst liquidieren.

Und dann sagt er weiter:" Es wird keine Konzentrationslager im wirklichen Sinne im General-Gouvernement geben. Die Gefangenen vom General-Gouvernement in den Konzentrationslagern in dem Reich muessen uns zur AB-Aktion zur Verfuegung gestellt werden.

H0323 - 0050

Wer in unserem Teile der Welt verdaechtig ist, wird sofort liquidiert."
Deswegen war Frank gegen die Konzentrationslager, weil er fuer den sofortigen Mord war. Stimmt das ?

A: Es mag sein, dass die Tagebuecher Herrn Frank's und seine Handlungen nicht mit dem uebereinstimmen, was er mit gesagt hat. Was er mir ueber Konzentrationslager als seine Auffassung gesagt hat, was er in seinen Tagebuechern geschrieben hat, das weiss ich nicht, und wie er praktisch gehandelt hat, das weiss ich auch nicht. Ich habe ja ueber das General-Gouvernement kein Aufsichtsrecht gehabt.

H0323-0051

F: Sie haben von dem Kampf zwischen Frank und anderen Reichskommissaren, und Reichsministern und der SS gesprochen. Ich sage zu Ihnen, dass der Kampf zwischen Frank und dem SS-Brigade-General Krueger lediglich ein Kampf um die Macht, ein Kampf um die Persoenlichkeiten war, und hatte in keiner Weise mit Frank's Wunsch zu tun, dass Anstand und Gericht in dem General-Gouvernement herrschte.

A: Ja, wenn ich weiss, dass das nicht im Einklang steht, was Frank mir gesagt hat und wie er gehandelt hat, dann muessen Sie Herrn Frank darueber hoeren. Ich bin ja nicht verantwortlich fuer das, was er getan hat. Ich kann nur aussagen, was Frank mir gesagt hat.

F: Sie haben doch Meldungen in Empfang genommen, nicht nur von Frank selbst, sondern auch von der SS, nicht wahr?

A: Es sind sehr viele Meldungen bei mir eingegangen, die meist schematisch weitergegeben worden sind, denn ich war ja fuer solche Meldungen nut die Durchgangsstelle, und die Meldungen der SS sind meist nicht ueber mich gekommen.

F: Sie waren auch wieder eines von den hochplazierten Postaemtern, von denen es soviele im Nazi-Reich gab, nicht wahr?

A: Verzeihung, ich habe das nicht verstanden.

F: Wissen Sie noch, dass Sie sich mit Himmler in Verbindung gesetzt haben ueber die Lage im General-Gouvernement?

A: Ja sicher. Ich weiss, dass Himmler den Generalgouverneur Frank aus dem General-Gouvernement gern entfernt haette. Er haette gern einen anderen General-Gouverneur gesehen.

F: Sie haben Himmler einen Bericht auf Grund einer Diskussion ueberschickt, die Sie mit dem SS-General-Leutnant Krueger gehabt haben. Stimmt das?

A: Ich kann mich im Augenblick auf eine Unterredung mit dem General Krueger nicht entsinnen.

F: Schauen Sie sich bitte Dokument 2220-PS an, Exhibit GB-321. Dies ist Ihr Bericht an Himmler. Sie sehen, dieser Bericht hat das Datum 17. April 1943, adressiert an Himmler, betrifft die Zustaende im General-Gouvernement. Ich will Ihnen etwas vorlesen, den Teil, der noch nicht verlesen ist:

H0323-0052

9 April - A - EB - 2

"Sehr verehrter Herr Reichsfuehrer!

In unserer Besprechung am 27. Maerz dieses Jahres waren wir uebereingekommen, dass ueber die Zustaende im General-Gouvernement schriftliche Unterlagen ausgearbeitet werden sollten, auf die sich unser in Aussicht genommener gemeinsamer Vortrag beim Fuehrer stuetzen kann."

Das war der gemeinsame Vortrag der SS und von Ihnen, Im naechsten Paragraphen steht: "Das Material - - -

A: Das war ein Vortrag aufgrund eines Auftrages, den der Fuehrer mir gegeben hatte, gewisse Beschwerden, die gegen Frank gerichtet waren, zu untersuchen. Es war gegen Frank eine Reihe von Beschwerden eingegangen, und da hatte der Fuehrer den Auftrag gegeben, dass Himmler und ich die Angelegenheit untersuchen sollten. Darum handelte es sich.

F: Und Sie und Ihr Kollege Himmler waren sehr aktiv an der Sache interessiert. Ich will den Bericht mal weiterlesen. Sie sehen, was in dem Bericht im Paragraph A geschrieben ist: "Die Aufgabe der deutschen Verwaltung im General-Gouvernement:"

"Die deutsche Verwaltung im General-Gouvernement hat folgende Aufgaben zu erfuellen:

1) Zum Zwecke der Ernaehrungssicherung des deutschen Volkes die landwirtschaftliche Produktion zu steigern und moeglichst restlos zu erfassen, der einheimischen Bevoelkerung, die in kriegswichtiger Arbeit eingesetzt ist, auskoemmliche Rationen zuzuteilen und das uebrige fuer Wehrmacht und Heimat abzufuehren."

Und dann geht es weiter, beschaeftigt sich mit den Schwierigkeiten, dass man genuegend Arbeitskraefte und Reichtum aus dem General-Gouvernement zu Gunsten des Dritten Reiches herausholen kann.

Und zum Schluss beschaeftigt es sich besonders mit der Ausnuetzung der Arbeitskraefte, und ich will Sie auf diesen Paragraphen besonders hinweisen. Haben Sie den Paragraphen "Ausnuetzung der Arbeitskraefte", der sich mit den Schwierigkeiten befasst, die Schwierigkeiten beschreibt, die im General-Gouvernement zu finden sind? Ueberschrift: "Die Erfassung der Arbeitskraefte." Ich verweise Sie auf diesen Paragraphen, weil darin der Satz steht:" Es ist klar, dass diese Schwierig-

H0323 – 0053

keiten erhoeht worden sind durch die Elimination der juedischen Arbeitskraefte."

A: Wo soll das stehen, bitte?

F: Es ist in dem Paragraphen "Erfassung der Arbeitskraefte", Seite 8 des Berichtes.

A: Ja, das ist aber doch nicht mein Bericht.

F: Aber Sie haben doch gesagt in Ihrem Begleitschreiben, dass es mit General Krueger besprochen worden sei, der mit dem Inhalt einverstanden gewesen sei. Koennen Sie sich noch erinnern, Sie schreiben in Ihrem Begleitbrief - es dreht sich nicht darum, dass Sie es selber geschrieben haben, - ich will nur, dass Sie dem Gericht erklaeren, zuerst einmal, wussten Sie, dass in dem Bericht die Bemerkung steht, "dass diese Schwierigkeiten durch die Ausscheidung der juedischen Arbeitskraefte verschaerft wurden?"

A: Ich bitte mir zu gestatten, dass ich mir das durchlese. Ich kann auf seitenlange Ausfuehrungen nicht antworten, wenn ich sie nicht gelesen habe. Es ist mir einfach unmoeglich, und ich bitte mir die Zeit zu geben, dass ich diesen seitenlangen Bericht durchlese.

F: Diese Zeit werden wir Ihnen schon geben.
Ich bitte Sie jetzt, sich auf den einen Satz zu konzentrieren. Sie duerfen mir glauben, dass in dem vorletzten Paragraphen dieses Berichtes ueber die Ausscheidung juedischer Arbeitskraefte geschrieben ist, und was ich zu Ihnen sage, ist das - - -

A: Nein, ich habe diesen Satz noch nicht gelesen.
Ich habe die Stelle noch nicht gefunden. Wo kann ich sie finden? Ist es am Anfang oder am Ende der Seite? Wenn ich die ganze Seite lesen kann, werde ich den Satz finden, Ich benoetige dazu nur wenige Minuten. Koennen Sie mir die ungefaehre Stelle angeben? Der Bericht ist hier offenbar von Krueger und er meint damit, die weitere Evakuierung der Juden nach Osten. Ich weiss nicht, was Sie unter Ausscheidung verstehen. Ich bin aber beim besten Willen nicht in der Lage zu einen herausgegriffenen Satz aus einem Bericht von 14 Seiten im Augenblick eine Erklaerung abzugeben. Das ist mir einfach unmoeglich.

H0323 - 0054

F: Wollen Sie jetzt sagen, dass das Ausscheiden von juedischen Arbeitskraeften als Evakuierung von Juden auszulegen ist?

A: Das weiss ich nicht, ich muss ueberhaupt den ganzen Bericht erst lesen, um zu diesem Bericht eine Erklaerung abzugeben. Das sind 14 engbeschriebene Seiten, die nicht von mir sind. In welchem Zusammenhang sie stehen, das weiss ich nicht.

F: Sie wissen doch, dass Hans Frank selbst dafuer war, dass man eine Politik der Ausrottung des juedischen Volkes durchfuehrte?

A: Ob er diese Auffassung gehabt hat oder nicht, das weiss ich nicht. Mir gegenueber hat er das Entgegengesetzte geaeussert, und ich kann nur das als Zeuge bekunden, was er mir gesagt hat und nicht das, was er irgendwo anders gesagt hat.

F: Sehen Sie, diesem Gericht sind Auszuege aus Frank's Tagebuch vorgelesen worden, in denen er erklaert: Mein Standpunkt gegenueber den Juden - - - , und das steht auf Seite 12 desdeutschen Textes "Mein Verhalten den Juden gegenueber ist nur so, dass ich erwarte, dass sie alle verschwinden." Un betreffs der 3½ Millionen Juden im General-Gouvernement sagt er: "Man kann sie nicht alle erschiessen, oder vergiften, man wird aber irgendwie etwas unternehmen koennen, um eine erfolgreiche Ausrottung zu erreichen. Das General-Gouvernement muss judenfrei werden, wie das Reich."
Und Sie sagen, Frank habe etwas derartiges nie im Sinne gehabt?

A: Wenn Herr Frank in seinem Tagebuch das schreibt, und wenn er es wirklich gesagt hat, dann steht es im Widerspruch zu dem, was er mir gesagt hat. Mehr kann ich dazu nicht sagen.

F: Wussten Sie, dass in Frank's Tagebuch stehe, dass am 9. September 1941 3½ Millionen im General-Gouvernement vorhanden waren und seine Eintragung vom 2. August 1943 sagt:"Es sind nur noch ein paar Arbeitskompagnien zurueckgeblieben." Wussten Sie das nicht?

A: Dass das geschehen ist, weiss ich nicht, weil er mir nicht davon gesagt hat. Was er inseinem Tagebuch geschrieben hat, das muss er selber verantworten, ob er es getan hat oder nicht getan hat, muss er selbst feststellen. Ich habe von dieser Sache nichts gewusst.

F: Angesichts Ihrer Uebersetzung des Wortes "Ausscheidung" in "Evakuierung" sagt Frank in Verbindung mit jenen Millionen, von

H0323-0055

denen das Gericht weiss, dass sie ermordet wurden: "All die anderen sind ausgewandert." Wollen Sie das Wort "auswandern" in einer ebenso zynischen und brutalen Weise gebrauchen?

A: Ich bin nicht in der Lage, Frank's Tagebuch zu kommentieren. Das muss Herr Frank selber tun.

F: Sie, Zeuge, waren vom Beginn dieser Terrorisierungen an beteiligt, um die Rassenverfolgung durchfuehren zu koennen, stimmt das? Stimmt das nicht? Haben Sie nicht Ihre Unterschrift unter die Fuehrerweisung gesetzt, die es Himmler moeglich machte, die notwendigen Massnahmen zu ergreifen, um aus dem Reichsgebiete die Rassenelemente zu entfernen, gegen die Sie als Nazis eingestellt waren?

A: Ich kann mich nicht entsinnen, dass ich irgendwelche Unterschrift unter diese Sache gesetzt habe.

F: Nun, dann werde ich Ihnen es zeigen. Es ist Dokument 686-PS GB-322. Das ist ein Hitler-Erlass zur Staerkung des Deutschen Volkstums. Das ist die Ueberschrift. Er ist datiert vom 7. Oktober.

A: Ja, das ist mir bekannt.

(Fortsetzung des Kreuzverhoeres mit Hans Heinrich Lammers.)

A: Ja, das ist mir bekannt.

F: Ich wusste, dass es Sie nicht ueberraschen wird.

A: Da steht aber doch nichts davon drin, von dem was Sie behaupten.

F: Wollen Sie sich bitte die erste Klausel ansehen:

"Dem Reichsfuehrer-SS obliegt nach meinen Richtlinien:

1. Die Zurueckfuehrung der fuer die endgueltige Heimkehr in das Reich in Betracht kommenden Reichs-und Volksdeutschen im Ausland,
2. Die Ausschaltung des schaedigenden Einflusses von solchen volksfremden Bevoelkerungsteilen, die eine Gefahr fuer das Reich und die deutsche Volksgemeinschaft bilden."

Dann wird fortgesetzt mit der "Gestaltung neuer deutscher Siedlungsgebiete durch Umsiedlung" und es wird erklaert:

"Der Reichsfuehrer SS ist ermaechtigt, alle zur Durchfuehrung dieser Obliegenheiten notwendigen allgemeinen Anordnungen und Verwaltungsmassnahmen zu treffen."

H0323-0056

Ist das richtig?

A: Das ist richtig, da steht aber doch nichts davon drin, dass Juden getoetet werden sollen, hier steht von der Ausschaltung eines schaedigenden Einfluesses von volksfremder Bevoelkerung. Es steht nicht einmal von der Ausschaltung von Fremden, sondern es steht nur von der Ausschaltung des schaedigenden Einflusses von volksfremden Bevoelkerungsteilen. Die Ausschaltung des schaedigenden Einflusses irgendwelcher Personen bedeutet ja noch lange nicht eine Beseitigung der Person selber.

F: Sind Sie als Leiter der Reichskanzlei der Mann, der von alle diesen Geheimnissen des Dritten Reiches wusste und trotzdem dem Gericht erklaerte, dass Sie keine Kenntnisse der Ermordungen von Millionen und Millionen und Millionen haben, die unter dem Naziregime ermordet wurden?

A: Das will ich sagen, dass ich davon nicht gewusst habe, bis zum Augenblick, als ich in den Tagen des Zusammenbruches im April 1945, das ist Mitte April, Anfang Mai, durch auslaendische Sender solche Nachrichten gehoert habe, die ich damals noch nicht geglaubt hatte und dann erst spaeter mehr Material hier aus den Zeitungen erfahren habe. Wenn heute von der Ausschaltung eines schaedigenden Einflusses von volksfremden Bevoelkerungsteilen die Rede ist, so bedeutet das noch lange nicht Vernichtung. Nicht mit einem Wort hat der Fuehrer von Ermordungen gesprochen, nicht mit einem Wort ist von irgend einem solchen Plan die Rede gewesen.

F. Ich ersuche Sie nun, Ihre Aufmerksamkeit dem Angeklagten Rosenberg zuzuwenden. Sie haben gesagt, dass Sie zuerst von verschiedenen der hauptsaechlichsten militaerischen Operationen des Dritten Reiches durch die Zeitungen erfuhren. Erfuhren Sie auch durch die Zeitungen vom Plan der Nazis, in die Sowjet-Union einzufallen?

A: Das habe ich erst gewusst, von einem Angriffskrieg gegen Russland, als er vollzogen wurde. Der Fuehrer hat vorher mit keinem Ton von einem Angriffskrieg gegen Russland gesprochen, sondern lediglich gesprochen von kriegerischen Verwicklungen, die in Aussicht

H0323-0057

stehen koennten und die habe ich nicht ausgelegt als einen Angriffskrieg gegen Russland.

F: Glaubten Sie, dass der Krieg zwischen Nazi-Deutschland und der Sowjet-Union ein Verteidigungskrieg seitens Nazi-Deutschland war?

A: Der Fuehrer hat mir nichts anderes gesagt, als was ich hier schon begruendet habe. Es sind Truppenzusammenziehungen beobachtet worden, die darauf schliessen liessen, dass es zu kriegerischen Verwicklungen mit Russland kommt." Ich will fuer alle Faelle vorbereitet sein und deshalb soll Herr Rosenberg sich mit den Ostfragen beschaefti gen."

Mehr habe ich nicht erfahren und ich habe mit keinem Ton gewusst, dass ein Angriffskrieg gegen Russland erfolgen solle. Man hat aus verschiedenen Momenten schliessen koennen, dass wir einen Angriff zu gewaertigen haben, jedenfalls ist es uns, soweit wir informiert wurden so dargestellt worden.

F: Aber Sie, Zeuge, wussten bereits am 20. April 1941, dass Hitler Einzelheiten des Angriffes gegen die Sowjet-Union plante und vorbereitete. Sehen Sie bitte auf Dokument 865-PS, Beweisstueck USA - 143. Dieses Dokument ist, wie Sie sehen werden, ein Erlass des Fuehrers vom 20.April 1941. Ich will Sie erinnern, dass die Invasion der Sowjet Union durch Nazi-Deutschland erst am 22. Juni stattfand. Am 20.April zeichneten Sie diesen Erlass, laut welchem Hitler Rosenberg zu "seinem Beauftragten fuer die zentralen Fragen des osteuropaeischen Raumes" ernannte,

A: Ja, das ist richtig, aber ich habe vorher auch nie etwas anderes ausgesagt. Das war der Auftrag, den Rosenberg bekam und bei dieser Gelegenheit hat der Fuehrer sich ueber die kriegerischen Verwicklungen mit Russland ausgelassen und da ist die Vollmacht fuer Rosenberg ausgestellt worden.

F: Einen Augenblick bitte. Beantworten Sie die Frage, die ich gegenwaertig an Sie richte. Erklaerungen koennen Sie spaeter geben.

H0323-0058

9 April - A - EB - 8

Sehen Sie sich das Dokument 865-PS weiter unten an. Sie finden hier einen Brief von Ihnen an Keitel vom 21. April, in welchem Sie erklaeren: "Sehr verehrter Herr Generalfeldmarschall! Anbei uebersende ich Ihnen Abschrift eines Fuehrererlasses vom 20.ds.Mts., mit dem der Fuehrer den Reichsleiter Alfred Rosenberg zu seinem Beauftragten fuer die zentrale Bearbeitung der Fragen des osteuropaeischer Raumes bestellt hat.

H0323 - 0059

Reichsleiter Rosenberg soll in dieser Eigenschaft fuer eine moeglicherweise sich ergebende Zwangslage mit groesster Beschleunigung die erforderlichen Vorbereitungen treffen."

Wollen Sie sagen, dass Ihre und Rosenbergs Taetigkeit zu jener Zeit nicht in Verbindung mit Angriffsplaenen von seiten Nazi-Deutschlands waren ?

A: Keinesfalls will ich das sagen. Der Fuehrer hat mit der Zwangslage das gemeint was ich vorher gesagt habe, dass der Fuehrer glaube, es kaeme mit Russland zu kriegerischen Verwicklungen. Das war die Zwangslage, die dazu fuehrte, dass Rosenberg den Auftrag bekam. Es ist doch hier mit keinem Ton von einem Angriffskrieg die Rede und in der Tat war auch nicht davon die Rede.

F: Glauben Sie nicht, dass Rosenberg Einfluss auf andere Ressorts des Dritten Reiches hatte, im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Angriffskrieges gegen die Sowjet-Union ? Wochen vor dem Beginn des Einfalles ? Glauben Sie das nicht ?

A: Auf wen soll er Einfluss gehabt haben ? Ich habe nicht verstanden, auf wen er Einfluss gehabt haben soll ?

F: Ich bin vielleicht nicht verstanden worden. Arbeitete er mit anderen Ressorts des Dritten Reiches zusammen, Wochen, ehe die Invasion begann ?

A: Er mag in Erfuellung seines Auftrages mit anderen Ressorts gearbeitet haben, in welchem Umfange er dies getan hat und mit welchem Ziel, das weiss ich nicht und welche naeheren Auftraege der Fuehrer ihm gegeben hat, das weiss ich auch nicht.

F: Aber Sie wissen wenigstens, dass Hitler dem Rosenberg vor Antritt dessen Amtes klar machte, was die Hauptprinzipien der Nazi-Politik in Bezug auf die besetzten Gebiete der Sowjet-Union sein sollten, stimmt das ? Sie wohnten der Konferenz mit Hitler am 16. Juli 1941 bei, als er seine prinzipien und Ziele bezueglich der Sowjet-Union darlegte ?

A: Das ist nach dem Ausbruch des Krieges gewesen, aber nicht vorher. Frueher ist mir gegenueber von einem Angriffskrieg nicht die Rede gewesen.

F: Sie sagten, dass Rosenberg ein Mann sei, der an die korrekte Behandlung der von den Nazi-Armeen Besiegten glaubte. Sie waren jedoch bei dieser Konferenz mit Hitler im Juli 1941, in den allerersten Wochen der verantwortlichen Taetigkeit Rosenbergs, anwesend; Sie hoerten, dass Hitler in dieser Konferenz ein Programm des Schreckens und der Brutalitaet und Ausbeutung herausgab. Stimmt das ?

A: Bereits am 16. Juli hat Herr Rosenberg dagegen Bedenken erhoben gehabt.

H0323-0060

F : Aber diese Zweifel veranlassten ihn nicht, seine Funktion aufzugeben. Er setzte sie solange fort, bis die Rote Armee seine Stellung im Osten ziemlich unbequem machte, ist das richtig ?

A: Ja, er hat aber immerhin die gemaessigten Prinzipien verfolgt. Ich habe mich ja auch nur generell ueber die Taetigkeit Rosenbergs ausgesprochen und ich kann ja alle Spezialmassnahmen, die er getroffen hat, nicht kundgeben und ich kann ja auch nur das sagen, was Rosenberg mir gesagt hat und worueber er sich bei mir beschwert hat und was er mir als seine Ziele dargestellt hat. Wenn er in der Tat irgendwie anders gehandelt hat, das weiss ich nicht.

F: Sie waren mit den Zwistigkeiten zwischen Rosenberg und Koch, dem Reichskommissar fuer die Ukraine, vertraut. Stimmt das ?

A: Die kannte ich zur Genuege, ja. Da war immer Rosenberg der Mann, der fuer die Maessigung war und der fuer eine vernuenftige Handhabung aller politischen Massnahmen war und Koch war derjenige, der zur radikalen Seite neigte.

F: Wenn Sie sagen: "Radikale Seite", was meinen Sie damit ? Massenmord?

A: Nein, das meine ich keinesfalls.

F: Aber es war Ihnen tatsaechlich bekannt, dass Koch ein Moerder gewesen ist ? Stimmt das ?

A: Dass Koch ein Moerder gewesen ist ?

A: Jawohl.

A: Ich kenne Einzelheiten nicht dazu, ich habe keine Aufsicht darueber gehabt.

F: Dann will ich Ihre Aufmerksamkeit darauf lenken. Betrachten Sie das Dokument 032-PS (Beweisstueck GB 321). Dieses Dokument wurde noch nicht vorgelegt. Es handelt sich um einen Bericht ueber die Ermordung der Bevoelkerung des Gebietes der Zuman-Waelder, um dort ein Jagdgebiet fuer den Reichskommissar Koch zu schaffen.

A: Diese Beschwerde ist mir bekannt und die habe ich sogar beim Vortrag zum Fuehrer gebracht. Herr Rosenberg hat sich darueber beschwert, dass der Reichskommissar Koch ein groesseres Waldgebiet hat saeubern lassen, auch von allen Ortschaften, weil er dort die Jagd haben wollte. Das ist mit dem Fuehrer als Beschwerdepunkt von Rosenberg vorgetragen worden.

F: Und das Wort "Saeubern ", bedeutet das Freimachen oder bedeutet es Mord ?

A: "Saeubern" heisst: Das Gebiet freimachen.

F: Bitte machen Sie das Dokument noch nicht zu. Ich wuensche, dass Sie dieses Do-

H0323 – 0061

kument lesen, weil Sie Ihre Kenntnis der Tatsache leugnen, dass Koch ein Moerder war. Der Absatz 2 dieses Berichtes lautet: "Nun erhalte ich folgende Meldung eines alten Parteigenossen, der neun Monate in Wolhynien und Podolien gearbeitet hat zwecks Vorbereitung fuer die Uebernahme eines Gebietskommissariats oder einer Hauptabteilung im Generalbezirk Wolhynien und Podolien. Diese Meldung lautet: "Auf Anordnung von hoechster Stelle wurde die Aussiedlung des gesamten Rayon Zuman in die Wege geleitet. Deutsche und Ukrainer erzaehlten gleichermassen, dass dies geschehe, weil das gesamte Waldgebiet Zuman Leibjagd des Reichskommissars werden soll. Im Dezember 1942, bei bereits grimmiger Kaelte, wurde mit der Aussiedlung begonnen. Hunderte von Familien mussten ueber Nacht ihre ganze Habe verpacken und wurden ueber 60 km Entfernung umgesiedelt. Hunderte von Menschen aber hat man in Zuman und Umgebung unter Einsatz einer ganzen Polizei-Kompanie abgeknallt, weil sie kommunistisch eingestellt waren. "Kein Ukrainer glaubt das letztere."
Haben Sie es nicht gefunden, Zeuge ? Ich will, dass Sie es lesen. Haben Sie es gefunden ?

A: Nein, ich habe es noch nicht gefunden.

F: Es ist sehr schwer, diesen in Verlegenheit setzenden Teilen des Dokumentes zu folgen.

A: Ja, ich habe die Stelle gefunden.

F: Ich moechte den letzten Satz noch einmal lesen und Ihre Erinnerung ueber diese Morde etwas auffrischen:
"Hunderte von Menschen aber hat man in Zuman und Umgebung unter Einsatz einer ganzen Polizei-Kompanie abgeknallt, "weil sie kommunistisch eingestellt waren!" Kein Ukrainer glaubt das letztere und auch die Deutschen sind ueber dieses Argument verwundert, denn dann haette man zu gleicher Zeit --- und wenn es schon um der Sicherheit des Landes willen geschah --- auch in den anderen Rayons kommunistisch verseuchte Elemente exekutieren muessen. Es wird im ganzen Land vielmehr eindeutig behauptet, dass man diese Menschen ohne Urteil lediglich abgeschossen hat, weil die Umsiedlung zu umfangreich und in der Kuerze der verfuegbaren Zeit aussichtslos war und im uebrigen am neuen Ansiedlungsort nicht genuegend Raum zur Verfuegung stand."
Wollen Sie behaupten, nachdem Sie diesen Bericht gelesen haben, dass Sie nicht wussten, dass Koch ein Moerder war ?

A: Ich habe auf diesen Befehl hin alles getan, was ich nur tun konnte. Der Berich

H0323 - 0062

ist sofort dem Fuehrer vorgelegt worden und wenn das so war, dann will ich zugeben dass das Mord war. Dieser Bericht ist mir heute nicht mehr in Erinnerung. Wenn er die Leute gemordet hat, dann ist er ein Moerder, ich bin kein Richter ueber Herrn Koch.

In dieser Sache hat sich Rosenberg sehr stark beschwert.

F: Rosenberg blieb im Amte, obwohl er wusste, dass diese Maenner seine Kommissare waren. Stimmt das ?

A: Der Fuehrer hat die Entscheidung uebertragen an Bormann und an mich und hat Rosenberg vertroestet. Herr Rosenberg hatte wiederholt Ruecktrittsabsichten, konnte sie aber nicht ausfuehren.

F: Ich wende mich nun einem anderen Gebiet zu, sodass Sie dem Gericht weiter Informationen geben koennen ueber die Zustaende in den besetzten Gebieten.

Was ich Ihnen im allgemeinen hier vorlege, ist, wie Sie sich erinnern werden, dass dort Kaempfe stattgefunden haben zwischen ruecksichtslosen Maennern, die nach Macht strebten und dass auf diesem Gebiet der Nazi-Kontrolle nicht einer anwesend war, der menschlichen Anstand oder Erbarmen anwenden wuerde. Sie haben diese Dinge auch nicht einfuehren wollen, oder doch?

A : Ich habe nicht verstanden, was wollte ich nicht einfuehren . Es wird hier fortwaehrend dazu gesprochen. Wollen Sie mir die Frage bitte noch einmal wiederholen ?

F: In dem Amt, in dem Sie waren, da waren Sie doch nicht auf der Seite des menschlichen Anstandes und des Mitleides, oder waren Sie ?

A: Ich habe mich immer auf der Seite des menschlichen Anstandes und des Mitleides befunden, Ich habe vielleicht 100 bis 220 000 Juden das Leben gerettet .

F: Alles,was Sie getan haben, war, Vernichtungsberichte weiterzuleiten an Himmler Bormann und Hitler, war das nicht so ?

A: Vernichtungsbefehle habe ich nicht weitergegeben.

F: Aber eine Sache ist doch durch Ihre Hand gegangen, mit Bezug auf den Angeklagten Keitel und die ruecksichtslose Politik des Herrn

H0323-0063

Terboven gegen das norwegische Volk ausgefuehrt hat. Ich verweise Sie auf das Dokument --

A: Ich habe Herrn Keitel lediglich um eine Stellungnahme gebeten und habe mich beim Fuehrer gegen die Geiselerschiessung eingesetzt, wofuer meine Beamten Zeugen sind.

F: Ich verweise Sie auf Dokument 871-PS, GB 322, ein Brief von Keitel an Sie, der betrifft einen Bericht von Terboven im Dokument 870-PS, das mein Kollege Sir David, im Zusammenhang mit dem Angeklagten Keitel vorgelegt hat. Dieser Brief Dokument 871-PS, ist ein Brief von Keitel an Sie, und im naechsten Paragraphen steht: "Der Sabotage-Begegnung in Norwegen schliesse ich mich der Auffassung des Reichskommissars fuer die besetzten norwegischen Gebiete soweit an, als ich mir von Repressalien nur dann einen Erfolg verspreche, wenn sie rueck-sichtslos durchgefuehrt werden und wenn Reichskommissar von Terboven zur Erschiessung ermaechtigt ist."

A: Das habe ich dem Fuehrer vorgelegt und habe mich gleichzeitig gegen die Geiselerschiessung ausgesprochen und habe beim Fuehrer einen Erfolg mit meinem Antrag gehabt.

F: Sie sagen, Sie hatten in dieser Besprechung Erfolg ?

A: Der Fuehrer hat sich in dieser Besprechung, bei der Terboven anwesend war, audruecklich dahin ausgesprochen, dass Geiselerschiessungen nicht in dem Umfang stattfinden sollen, wie er sie wollte und wie sie auch anderweitig gewuenscht wurden. Es sollten Geiseln nur genommen werden aus dem unmittelbaren Kreis der Taeter.

F: Also, der Erfolg Ihrer Intervention war der, dass die Morde nicht in dem Ausmass stattfanden, wie Terboven sie ausfuehren wollte ?

A: Richtig, Terboven wollte in weitem Umfang Geiselerschiessungen vornehmen und das hat der Fuehrer nicht gebilligt und ich habe mich gegen jede Geiseler-schiessung ausgesprochen. Dafuer sind die Herren von der Reichskanzlei meine Zeugen, die das wissen.

F: Und der Erfolg --

A: Ja richtig, ich habe erst von Terboven den Antrag bekommen und da habe ich an Feldmarschall Keitel gesxhrieben und ihmmitgeteilt, dass ich die Absicht hatte, beim Fuehrer Terbovens Antrag vorzutragen -- ich bitte um ihre Stellungnahme-- dann ist ein Fernschreiben von Feldmarschall Keitel gekommen und dann hat der Vortrag beim Fuehrer stattgefunden.

H0323-0064

Da ist der Antrag Terbovens heruntergewassert worden. Der Fuehrer hat sich auf den Standpunkt gestellt, in erster Linie sollten die Verbrecher erfasst werden und nur wenn es noetig ist, sollen Geiseln festgenommen werden. Von Erschiessung war ueberhaupt nicht die Rede.

F: Aber Zeuge, Sie wissen doch, dass ich glaube ueber dem ganzen Gebiet, wo die Nazis regierten, Geiseln genommen wurden, Vaeter und Muetter abgeschlachtet wurden fuer die Taten Ihrer Soehne gegen das Nazi-Regime und Sie wollen sagen, dass Sie das nicht wussten ?

A: Nein, ich habe das nicht gewusst, denn ich bin ja nicht Aufsichtsperson fuer die besetzten Gebiete gewesen und bin selbst nicht dort gewesen.

F: Aber Sie haben Bericht von dort erhalten, Sie waren das Verbindungsglied zwischen den Ministern. Einen Augenblick - Sie waren das Verbindungsglied zwischen- wollen Sie bitte ruhig sein und zuhoeren, wenn ich spreche. Sie waren der Verbindungsmann zwischen den Ministern der besetzten Gebiete und Hitler, waren Sie es nicht ?

A: Nicht in allen Faellen. Ein grosser Teil ist den Weg ueber Bormann gegangen, besonders Terboven. Terboven hat, und das koennen meine Beamten in der Reichskanzlei bezeugen, den Weg ueber mich uebergangen und hat die Berichte ueber Bormann geschickt.

F: Aber Sie haben doch mit Bormann eng zusammengearbeitet, nicht wahr ?

A: Ja, ich musste mit ihm zusammenarbeiten.

F: Sie mussten mit ihm zusammenarbeiten ? Sie waren doch der Chef der Reichskanzlei ?

A: Ich musste fuer meine Vortraege beim Fuehrer den Weg ueber Bormann gehen und ich musste mit Vormann eng zusammenarbeiten, um das Einverstaendnis der Partei zu haben in einer ungezaehlten Menge von Fragen, wo das Einverstaendnis der Partei vorgeschrieben war und daher habe ich mit ihm zusammenarbeiten muessen.

F: War es Ihnen nicht unappetitlich mit Bormann zusammenzuarbeiten ?

A: Es war meine Pflicht mit ihm zusammenzuarbeiten.

F: Ich behaupte naemlich Herr Zeuge, dass die Macht, die Sie und Bormann ausuebten, Ungeheuer gross war.

A: Ja, die Ausuebung war auch sehr einseitig, denn Bormann konnte taeglich zum Fuehrer gehen und ich alle 6 oder 8 Wochen. Herr Bormann hat mir die Entscheidung des Fuehrers uebermittelt und hat den persoenlichen Vortrag gehabt und ich habe ihn nicht gehabt.

H0323 – 0065

F: Sie haben doch bis zum Schlusse versucht, Ihre Zusammenarbeit mit Bormann beizubehalten, nicht wahr ?

A: Ich musste mit Bormann zusammenarbeiten, das war das einzige Mittel, gewisse Dinge an den Fuehrer heranzubringen. Ich habe in den letzten 8 Monaten der Regierungszeit des Fuehrers keinen Vortrag gehabt und was ich erreichen konnte, konnte ich nur auf dem Wege ueber Bormann erreichen.

F: Wissen Sie noch, dass Sie am 1.Januar 1945 einen Brief an Bormann geschrieben haben, es ist das Exhibit D-753-A.

A: Ja, ich erinnere mich. Der Brief enthaelt - wenn ich ihn nicht nachlese, kann ich es aus dem Gedaechtnis sagen - meine Beschwerde darueber, dass ich beim Fuehrer absolut nicht mehr zum Vortrag herankomme und dass es so nicht weiter gehen kann.

F: Und Sie sagten doch in dem Brief im letzten Paragraphen: "Unsere gemeinsame Zusammenarbeit ist schon lange Zeit vielen Leuten ein Dorn im Auge, weil sie uns gegenseitig gern ausgespielt haetten."
Das ist der letzte Paragraph in einem Ihrer Brief, ganz am Ende davon.

A: Wo soll das stehen ?

F: Der letzte Paragraph einer Ihrer Briefe, der letzte Satz.

A: Der vorletzte Satz ?

F: Der vorletzte Satz, vorletzter Paragraph in Ihrem Brief.

A: "Zum Schluss moechte ich noch sagen" -- meinen Sie diesen Paragraphen ?

F: Den Satz zuvor.

A: Ich moechte nur weiter anfuegen, dass ich zum Schluss wieder den Wunsch ueber die guten persoenlichen Beziehungen ausgesprochen habe und wiederhole, dass das ein Neujahrsbrief ist, ein Brief zum Neuen Jahr, in dem ich, wenn ich jemand begluecken wuensche nicht schreiben kann, es hat im vergangenen Jahr schlecht gestanden, sondern ich schreibe, um das gute Einvernehmen aufrecht zu erhalten, es ist alles gut gegangen.

F: Sie wollen jetzt doch nicht die Verantwortung auf Bormann abschieben, wenn Sie doch die Verbindung zwischen dem besetzten Gebiet und Hitler hatten.

A: Die hatte ich aber nur fuer Dinge zweiter Ordnung. Die Reichskommissare unterstanden dem Fuehrer unmittelbar.

F: Ich will Ihnen nunmehr einige Fragen vorlegen und zwar nicht ueber den von Deutschland besetzten Gebieten, sondern ueber den Terror, der in Deutschland selbst herrscht . Sie haben ausgesagt in Bezug auf den Angeklagten Frick, der als Innen-

H0323 – 0066

minister in Wirklichkeit ein Mann war, der gar keinen Einfluss hatte, nur ein Strohmann. Das haben Sie doch dem Sinne nach gesagt ?

A: Ich habe gesagt, dass er auf die Polizei keinen Einfluss gehabt hat.

F: Wussten Sie dann nicht, dass Appelle gegen Verhaftungen und KZ-Ueberfuehrungen an Frick geleitet wurden ?

A: Ja, viele Faelle sind an Frick weitergeleitet worden.

F: Wussten Sie, ob er seine Macht ausuebte oder zur Geltung brachte in irgendeiner Art zugunsten der Opfer in diesen Lagern ? Haben Sie meine Frage nicht gehoert ?

A: Ja, da kann man nicht alles verstehen, man versteht ja nur die Haelfte. Da ist es besser, ich nehme den Hoerer ab.

F: Setzen Sie den Hoerer ruhig wieder auf und versuchen Sie es noch einmal. Wollen Sie bitte den Hoerer aufsetzen, versuchen Sie es mal geduldig mit dem Hoerer, immer ein bischen Geduld.
Stimmt es nicht, dass Frick der Mann war, an den Petitionen um Freilassung aus KZ. gerichtet wurden ?

A: Solche Petitionen sind selbstverstaendlich bei Frick eingegangen, sie sind aber auch sehr zahlreich bei mir eingegangen und ich habe diese Dinge bearbeitet, indem ich sie als Eingaben an den Fuehrer betrachtet habe. Sie sind dort sorgfaeltig bearbeitet worden und ich habe auch in zahlreichen Faellen die Freilassung gewisser Leute herbeigefuehrt auf diesem Wege.

F: Aber was hat Frick getan und zwar in seiner Eigenschaft als der Mann, der in dieser Sache etwas zu sagen hatte ?

A: Frick hat solche Beschwerden vielfach anmich weitergegeben behufs Vortrag beim Fuehrer. Was er aber im uebrigen mit allen anderen Beschwerden veranlasst hat, kann ich ja nicht wissen.

F: Wollen Sie nun bitte einen Affidavit lauschen, das ein Dr. Sidney Mendel, ein Dr. jur. ausgearbeitet hat, Exhibit 601-PS. Er behauptet, dass er Doktor der Rechte ist und dass er bis Ende 1938 in Berliner Gerichten taetig war, er war an deutschen Gerichten zugelassen. Sein legaler Wohnort ist jetzt 88520 Elmhurst, Avenue, Elmhurst New York State. In seiner Eigenschaft als Rechtsanwalt behandelte er zahlreiche KZ-Faelle in den Jahren 1933 bis 1938. - Er erinnert sich selbst- dass er in den Jahren 1934/35 zwecks Freilassung von KZ-Haeftlingen sich an Frick's Reichsinnenministerium wandte, das die der Gestapo uebergeordnete Behoer-

H0323-0067

de war. Fricks Ministerium hatte besondere Ueberwachungsfunktionen ueber KZ-Lager. Der vereidigte Zeuge sagt weiter,dass er das Ministerium ueber widerrechtliche Verhaftungen, Pruegeln und Marterungen von Haeftlingen unterrichtete, aber das Ministerium lehnte die Entlassung von Haeftlingen ab und hielt die Entscheidung der Gestapo aufrecht. War das nicht Frick's Haltung gegenueber dieser Angelegenheit ?

A: Ja, ich weiss nicht, was Frick auf eingehende Beschwerden veranlasst hat. Da muessen Sie Herrn Frick fragen.

F: Aber Sie haben doch in seinem Namen ausgesagt, dass er - wenn Sie jetzt sagen, dass Sie nichts darueber wissen, will ich Sie nicht weiter belaestigen mit dem Fall Frick; aber Sie haben doch ueber ihn ausgesagt.

A: Ich konnte nur ueber die grosse Linie, sein Verhaeltnis zur Polizei aussagen, ich kann doch unmoeglich wissen, was Herr Frick auf eingehende Schreiben veranlasst hat.

F: Sie haben ausgesagt, dass in dem Protektorat Boehmen und Maehren Frick wiederum ein Mann war, der nichts zu sagen hatte. Das haben Sie doch ausgesagt ?

A: Ich habe da ausgesagt, dass er dort eine mehr dekorative Persoenlichkeit war. Das schliesst nicht aus, dass er irgendwelche eingehenden Antraege und Gesuche bekommen hat und was er fuer richtig gehalten hat, das weiss ich nicht.

F: Sie sagen, er war eine dekorative Persoenlichkeit. Das ist nun eine Geschmackssache, aber eine seiner Funktionen war doch, dass er der Mann war, der zu entscheiden hatte, ob Todesurteile in seinem Gebiet ausgefuehrt werden sollten oder nicht, Das ist doch fuer die Leute, die in Boehmen und Maehren wohnen, keine kleine Angelegenheit.

A: Aber bitte schalten Sie das "Dekorative" aus, das meine ich so, mehr dekorativ als sachlich, wie es z.B. ein Staatsoberhaupt ist, das auch nur fuer gewisse Angelegenheiten zustaendig ist und so war Frick es hier auch. Er war die deutsche Spitze und das war natuerlich eine sehr wichtige Angelegenheit; das bezweifle ich nicht.

F: Sie wissen doch genau Zeuge, dass Frick es in seiner Macht hatte, Todesurteile zu mildern, die in Boehmen und Maehren gefaellt wurden.

A: Sicher, das stand in seiner Macht, da besteht kein Zweifel.

F: Dann sage ich zu Ihnen jetzt, dass Frick keine Gnade und keine Milderung walten liess, sondern dass er brutale Methoden erzwang gegen die Opfer der Na-

H0323 - 0068

ziverwaltung in diesem ungluecksseligen Teil Europas.

A: Das Gnadenrecht war Frick nach seinem pflichtgemaessem Ermessen ueberlassen. Wie er es ausgeuebt hat, nach welchen inneren Grundsaetzen, ist mir unbekannt.

F: Sie kuemmerten sich doch um Frick und das Justizministerium oder Sie hatten mit ihm zu tun, da die Strafgesetze gegen Polen und Juden in den angeschlossenen Ostgebieten mit Ihnen entworfen wurden, stimmt das ?

A: Da schwebte einmal ein Verfahren beim Justizministerium, in dem auch der Justizminister mit mir korrespondiert hat. Es ist aber, glaube ich, aus der Sache nichts herausgekommen.

F: Sie haben beim Entwurf dieser Gesetze nicht mitgewirkt ?

A: Nein, die kenne ich nicht und ich glaube, es ist ueberhaupt kein besonderes Gesetz ergangen, sondern wie ich mich entsinne, ist die Gesetzgebung den Gauleitern ueberlassen worden. Ich weiss es nicht.

F: Die Gesetze wurden den Gauleitern ueberlassen, also den Koch's, Frank's und Rosenberg's ? Ist das so ?

A: Nein, es handelt sichhier jetzt um die Provinzen Westpreussen und Posen; darueber ist korrespondiert worden.

F: Ich ersuche dann um Ihre Antworten betreffs Frank.

VORSITZENDER: Wir unterbrechen die Sitzung fuer lo Minuten.

MR. ELMITH JONES: Wenn es Ihnen beliebt.

H0323-0069

VORSITZENDER: Herr Dr. Lammers, koennen Sie hoeren, was ich sage?

DER ZEUGE: Ja.

VORSITZENDER: Wollen Sie sich bitte Muehe geben und die Fragen beantworten, nachdem die Frage beendet ist, und nicht in die Frage hineinsprechen. Versuchen Sie doch einen Augenblick zu warten, denn der Dolmetscher und die Stenographen koennen unmoeglich das niederschreiben, was Sie sagen und auch verdolmetschenn.

DURCH ELWIN JONES:

F: Wir sprechen nunmehr ueber Ihre Beziehungen zu Seyss-Inquart. Sie waren unterrichtet von ihm in Bezug auf die Verwaltung in den Niederlanden. Nicht wahr?

A: Es kam so. Alle Vierteljahre kam ein Generalbericht, der dann an den Fuehrer weitergeleitet wurde. Es kamen auch einzelne Berichte.

F: Und in den Niederlanden wie auch wo anders, war der Zweck der deutschen Verwaltung wie Sie ja wissen, die Ausbeutung des Gebietes zu Gunsten Deutschlands. Nicht wahr?

A: Der Zweck war natuerlich die besetzten Gebiete fuer unsere Kriegszwecke nutzbar zu machen. Von Ausbeutungsbefehlen ist mir nichts bekannt.

F: Um ihr Lebensniveau zu erniedrigen und sie auf einen Verhungerungszustand zu bringen. Das war doch das Resultat der Politik in den Niederlanden. Das wissen Sie doch, nicht wahr?

A: Ich glaube nicht, dass man soweit gegangen ist, denn ich habe selbst in Holland Beziehungen und habe auch Verwandte in Holland gehabt, und weiss, dass die in Holland viel besser gelebt haben als wir in Deutschland.

F: Dann verweise ich Sie mal auf das Dokument 997 PS, welches ist bereits Exhibit RF 122. Dies ist ein Brief von Ihnen an den Angeklagten Rosenberg, zusammen mit einem Bericht, den Ihnen Stabsleiter Schickedanz uebermittelt hatte, und Sie zusammen mit einem Lagebericht ueber die Periode vom 29. Mai bis 19. Juli 1940 dem Fuehrer vorgelegt haben. Ich verweise Sie auf Seite 9 Ihres Textes. Es ist Seite 5 des englischen Textes, von 997 PS und Sie koennen dann dort lesen eine einigermassen gute Darstellung der deutschen Wirtschaftspolitik in den Niederlanden. Der Paragraph ist in Ihrer Niederschrift angestrichen, dass Sie also keine Schwierigkeiten haben werden, ihn zu finden. Ich zitiere:

"Es war klar, dass mit der Besetzung der Niederlande eine grosse Anzahl von wirtschaftlichen, aber auch polizeilichen Massnahmen getroffen werden musste, deren erstere den Zweck hatte, den Verbrauch der Bevoelkerung herabzusetzen . . .

H0323 - 0070

A: (unterbrechend) Dass der Verbrauch der Bevoelkerung herabzusetzen sei, das ist ja im Kriege selbstverstaendlich. Es ist davon die Rede, Vorraete fuer das Reich zu gewinnen.

F: Einen Augenblick, bitte, wollen Sie mal ruhig sein, ich werde Ihnen das vorlesen: "Es war klar, dass mit der Besetzung der Niederlande eine grosse Anzahl von wirtschaftlichen, aber auch Polizeimassnahmen getroffen werden sollten. Die ersten hatten den Zweck den Gebrauch von Nahrungsmitteln durch die Bevoelkerung zu vermindern, um Vorraete fuer das Reich zu gewinnen. Andererseits auch um eine gleichmaessige Verteilung der restierenden Vorraete zu gelingen" Ist das richtig ? Das ist eine sehr genaue Erklaerung der wirtschaftlichen Politik, die Seyss-Inquart bezueglich dem hollaendischen Volk verfolgte, nicht wahr?

A: Ja, das ist auch eine ganz vernuenftige Politik, man musste ja doch die Vorraete herabsetzen, um sie gleichmaessig zu verteilen und um fuer das Reich etwas zu gewinnen und ausserdem mein Bericht ist es ja nicht, sondern der Bericht von Herrn Schickedanz und ob er zutrifft weiss ich auch nicht.

F: Aber der Zweck der Herabsetzung des Verbrauches der Bevoelkerung war doch zu Gunsten des Reiches, sodass das Gebiet der Niederlande ausgepluendert werden sollte zu Gunsten des Reiches, das war doch die Politik, nicht wahr?

A: Das steht keinesfalls drin, sondern hier steht drin, dass erstens fuer das Reich Vorraete gewonnen werden sollten und zweitens andererseits unter dem auch eine gleichmaessige Verteilung der verschiedenen Vorraete, naemlich unter den Hollaendern. Von einer Ausbeutungspolitik, steht hier nicht ein Wort.

F: Das hohe Gericht hat das Dokument und kann genau lesen, wie der Wortlaut ist. Ich verweise Sie nunmehr auf den Angeklagten Sauckel. Sie, Zeuge, wissen doch ganz genau, wie gross das Sklaven-Programm in den von den Deutschen besiegten Laendern geplant war, wie Sauckel es ausuebte. Stimmt das?

A: Ich habe das Programm von Sauckel in der Hand gehabt und auch seine Ausfuehrungsbestimmungen dazu. Ich habe nicht den Eindruck gehabt, dass das ein Sklavenprogramm ist, sondern Sauckel war in seinen Berichten sehr gut und sehr gemaessigt und hat sich in erster Linie Muehe gegeben durch freiwillige Bewerbungen die Kontingente an Arbeitskraeften aus dem Ausland aufzubringen, die noetig waren.

F: Wollen Sie hier behaupten, dass Sie glaubten, dass die Millionen von Fremdarbeitern, die Sauckel in das Reich schleppte freiwillig gekommen sind ?

H0323-0071

A: Die sind nicht alle freiwillig gekommen, z.B. aus Frankreich sind die gekommen, auf Grund eines von der franzoesischen Regierung erlassenen Arbeits-kriegsgesetzes, das ist nicht freiwillig gewesen, aber auf Grund einer Anordnung der franzoesischen Regierung.

F: Ich verweise Sie nun auf einen der ersten Berichte, die Sie von Sauckel bekommen haben ueber sein Arbeitsprogramm, es ist Dokument Nr. 1296 PS und wird GB 325. Das beginnt mit dem Brief von Sauckel an Sie vom 29. Juli 1942: "Sehr ergebener Herr Reichsminister: Ich nehme die Freiheit Ihnen Abschrift eines Berichtes an den Fuehrer und an den Herrn Reichsmarschall ueber Gross-Deutschland zur Kenntnis zu geben. Heil Hitler. Ihr sehr ergebener Fritz Sauckel."

A: Ja, der Bericht wird bei mir eingegangen sein.

F: Ja, ohne Zweifel haben Sie ihn durchgelesen, nicht wahr?

A: Ja, jetzt nicht, ich habe ihn zur Kenntnisnahme vorgelegt erhalten.

F: Und Sie haben ihn damals durchgelesen?

A: Das nehme ich an, dass ich ihn gelesen habe, dass ich ihn ueberflogen habe, denn ein weiteres Interesse hatte er fuer mich nicht.

F: Sie koennen nun auf der ersten Seite dieses Berichtes sehen, dass darauf steht, dass in der Zeit vom April bis Juni 1942, das war die erste Zeitspanne, da Sauckel Generalbevollmaechtigter fuer den Arbeitseinsatz war, dass er 1 639 794 Arbeitskraefte herbeigeschafft hat, von denen 221 009 sowjet-russische Kriegsgefangene waren. Das haben Sie doch gesehen, nicht wahr?

A: Das habe ich wahrscheinlich gelesen. Ich hatte ja keinen Anlass das zu beanstanden, Herr Sauckel hat ja mir nicht unterstanden, sondern Herr Sauckel unterstand an sich dem Vierjahresplan, wie dies die Ueberschrift zeigt, praktisch aber unterstand er dem Fuehrer unmittelbar. Er hat dem Fuehrer unmittelbar die Berichte geschickt und dieser Bericht ist nur deshalb nicht weitergegeben worden an den Fuehrer von mir aus, weil ich wusste, dass der gleiche Bericht ueber den Reichsleiter Bormann an den Fuehrer gelangt ist, sonst haette ich den Bericht dem Fuehrer vorgelegt.

F: Aber Sie wussten doch ganz genau, dass es verkehrt ist, dass man Soldaten, die im Kampfe gefangen worden waren, im Feindesland gegen ihr eigenes Land in den Arbeitseinsatz zu schicken. Das wussten Sie doch?

A: Das musste Herr Sauckel abmachen mit den Stellen, mit denen er zu tun hatte. ueber diese Frage habe ich mir nicht den Kopf zerbrochen. Das war eine Sache, die

H0323-0072

Sauckel mit den zustaendigen Stellen der Wehrmacht, der Sachen von internationalem Gesetz mit dem Auswaertigen Amt usw. Ich sehe das im uebrigen noch gar nicht von Kriegsgefangenen hier. Ich habe noch nicht davon gelesen von Kriegsgefangenen.

F: Sehen Sie sich die erste Seite des Berichtes an, es ist kein Geheimnis ueber all dieses. Sie koennen Deutsch ganz gut lesen, nicht wahr?

A: Ja, ich kann aber seitenlange Berichte nicht auf einmal in einer Minute lesen.

F: Sehen Sie sich nur die erste Seite des Berichtes an ?

A: Ja, ich sehe es jetzt hier.

F: Und Sie wussten das auch wie ich anfing Sie zu fragen. Einen Augenblick bitte, wenn ich spreche, wollen Sie bitte warten, bis ich fertig bin, bevor Sie dazwischen reden, sonst kann die ganze Uebersetzung nicht funktionieren. Sie sehen doch aus diesem Bericht ganz klar, nicht wahr, dass in den allerersten 4 Monaten von Sauckel's Karriere als Sklavenhaendler, er 221.009 Kriegsgefangene hinbrachte, die er in die Arbeitsmaschine drueckte.

A: Das hat mich im einzelnen nicht interessiert. Ich habe kein Aufsichtsrecht auf Sauckel gehabt. Der Bericht ist eingegangen, wie er das gemacht hatte, ob er es machen durfte, musste er verantworten im Benehmen mit den anderen Stellen. Ich bin garnicht in eine Pruefung dieser Frage eingetreten, ueberhaupt, weil ich den Bericht nicht zur Kenntnis bekommen habe.

F: Sie haben im Namen Sauckel hier ausgesagt, dass er gegen die Einrichtung war, dass die SS in den Arbeitsgebieten taetig sein sollte, das haben Sie doch gesagt?

A: Nein, das habe ich nicht gesagt, ich habe nur gesagt, dass er nicht ausschliesslich SS haben wollte, sondern nur zu einer Unterstuetzung, die jeweils vorhandene Exekutive haben wollte, dass das natuerlich in den Partisanengebieten ueberwiegend Polizei und SS sein musste, ist ja klar.

F: Mit andern Worten, Sie wussten, dass Sauckel um mehr Hilfe von der SS bat um mehr Arbeiter zu bringen, das war doch was er wollte, nicht wahr?

A: Ja, er konnte ja sonst in diesen Gegenden nicht arbeiten, wenn sie nicht dort beschaeftigt waren.

F: Dann verweise ich Sie auf Dokument Nr. 1292 PS, US-Exhibit Nr. 225 und RF 68. Das ist eine Niederschrift ueber eine Besprechung ueber die Arbeiter Verteilung in 1944, den 4. Januar 1944 und das Protokoll haben Sie ja selbst geschrieben und wenn wir von etwas sicher sein koennen, dann ist es doch ganz bestimmt von

H0323-0073

Ihrem eigenen Bericht und Sie sagen, dass bei dieser Besprechung Speer, Sauckel, Keitel, Milch, Himmler und Hitler teilgenommen hat?

A: Es ist da das neue Arbeitsprogramm fuer das Jahr 1944 festgestellt worden, wobei ich den Auftrag hatte, es den betreffenden Stellen bekanntzugeben. Ich habe an der Besprechung ueberhaupt nur deswegen teilgenommen, weil es sich um eine Massnahme handelte, wo eine Reihe von Resorts bekanntgegeben werden sollte, sonst haette ich ueberhaupt nicht teilgenommen.

F: Ja, und bei dieser Besprechung sagte Hitler, dass Sauckel im mindesten noch 4 Millionen Arbeiter fuer den Arbeitseinsatz beschaffen muesste, nicht wahr?

A: Das mag sein, der Fuehrer hat von Sauckel mehr verlangt, als wie er glaubte leisten zu koennen.

F: Und Sauckel sagte, ob er das ausfuehren koennte, hinge ganz davon ab, welche deutsche Exekutive-Organe ihm zur Verfuegung standen. Sein Unternehmen kann nicht ausgefuehrt werden mit heimatlichen Exekutive-Organen. Einen Augenblick und dann schrieben Sie weiter, der Reichsfuehrer SS erklaerte, dass die Exekutive-Agenten nicht genuegend waeren, dass er naemlich Himmler ersuchen wuerde dem Sauckel Programm unter die Arme zu greifen, dadurch, dass er eine groessere Anzahl einsetzen wuerde und sie laenger arbeiten lassen wuerde. Der Reichsfuehrer SS stellte unmittelbar 2500 Mann aus Konzentrationslagern fuer Vorbereitungen in Wien zur Verfuegung. Mit anderen Worten geht aus dem Bericht hervor, dass Sauckel von der SS mehr Hilfe haben wollte und dass Himmler sagte, dass er sein Bestes tun wuerde, ihm zu helfen, nicht wahr?

H0323 - 0074

A: Darueber besteht gar kein Zweifel. Aber Sauckel wollte nicht ausschliesslich SS-Hilfe haben, er wollte jeweils in dem betreffenden Lande die Hilfe, die gerade noetig war, von der betreffenden Stelle, wie ich schon sagte z. B. die Feldkommandantur.

F: Und ich habe noch ein letztes Dokument ueber Sauckel, das ich Ihnen unter Nr. 3819 PS GB 36 vorlege. Dies ist bereits durch Herrn Sir David Maxwell Fyfe in das Protokoll verlesen worden. Dies ist nun ein Bericht von Sauckel an Hitler vom 17. Maerz 1944. Ich nehme an, dass Sie eine Abschrift dieses Berichtes bekommen haben?

A: Ich weiss es nicht.

F: Dann sehen Sie sich doch bitte das Dokument an. Es ist naemlich sehr aufklaerend ueber die Betaetigung von Sauckel und die Hilfe, die er von der SS hatte und von der deutschen Polizei.

A: Ja, das ist vom 11. Juli 1944. Ich habe hier eines vom 11. Juli 1944 bekommen

F: Ja.

VORSITZENDER: Mr. Elwyn Jones, er sagt er hat in der Hand ein Dokument vom 11. Juli 1944. Das Dokument von dem Sie sprachen war vom 17. Maerz 1944. Stimmt das nicht?

MR. ELWYN JONES: Ja, und Sie haben das Protokoll von der Konferenz, ist da nicht ein Protokoll von Sauckel vom 17. Maerz angeheftet?

A: Es ist ein Bericht angefuegt vom 5. April 1944.

F: Nun, wir wollen ueber dieses Dokument nicht weiter sprechen. Ich verweise Sie besonders auf das Dokument vom 12. Juli 1944. Das wird mir vielleicht schon genuegen. Das also ist wie gesagt Ihr eigener Bericht ueber die Konferenz vom 12. Juli 1944 ueber die verstaerkte Heranziehung von auslaendischen Arbeitskraefte und Sie haben diese Konferenz eroeffnet?

A: Ich war dafuer immer der neutrale Boden. Wenn es Meinungsverschiedenheiten gab, so habe ich mich als den Makler angeboten ---

F: Worueber waren Sie denn neutral?

A: Ich habe keine Ressorts gehabt. Die anderen Ressorts haben Ressortsinteresse gehabt.

F: Sie waren doch der ehrliche Makler zwischen Himmler und Sauckel. Ist das richtig?

H0323-0075

A: Ich habe wiederholt den Versuch machen muessen, den Ausgleich zwischen verschiedenen Leuten herbeizufuehren und dazu hat auch unter Umstaenden Sauckel oder Himmler gehoert, wenn sie Streitigkeiten hatten und da brauche ich mich wohl gar nicht zu genieren, dass ich in dem Falle der ehrliche Makler gewesen bin. Ich wollte eine Einigung der beiden herbeifuehren, sodass es nicht noetig war mit solchen Meinungsverschiedenheiten zum Fuehrer zu gehen.

F: Nun wir wollen mal sehen, wie Sie die Konferenz eroeffnet haben. Sie sagen dort, der zweite Satz, und er traegt Ihren Namen, er begrenzte das Thema der Eroerterungen dahingehend, dass an sich alle Moeglichkeiten zu pruefen seien, die das vorhandene Defizit an auslaendischen Arbeitskraeften ersetzen koennten. Und der naechste Satz sagt: Im Vordergrund wird aber die Klaerung der Frage stehen muessen ob und in welcher Form ein groesserer Zwang zur Arbeitsaufnahme in Deutschland ausgeuebt werden koennte. Das Wort heisst "Zwang".

A: Ja, da ist an Frauenarbeit gedacht worden und an die Herabsetzung der Altersgrenze bei Jugendlichen.

F: Dann wollen wir weiter lesen, da Sie selbst sagen: Hierzu seien zu pruefen, wie die Exekutiven, ueber deren Unzulaenglichkeit der Generalbevollmaechtigte fuer den Arbeitseinsatz lebhaft Klage fuehrt, verstaerkt werden koennen, einmal durch eine Einwirkung auf die auslaendischen Regierungen und zum anderen auf dem Aufbau der eigenen Exekutive durch eine staerkere Einschaltung der Wehrmacht, Polizei oder sonstiger deutscher Dienststellen.

A: Ja, das ist durchaus richtig.

F: So haben Sie die Besprechung eroeffnet.

A: Das ist durchaus richtig, das waren die Probleme, die zu eroertern waren.

F: "Um mehr Zwangsarbeit herbeizufuehren und zu entscheiden, durch welchen Druck mit Hilfe von der Polizei und von Ribbentrop man Resultate herbeifuehren koennte." Das war der Zweck Ihrer Konferenz?

A: Nein, das war er nicht, wie man Leute terrorisiert, sondern wie man behoerdliche Anordnungen mit der noetigen dahinterstehenden Exekutivmacht durchfuehrt. Darin ist doch keine Terrormassnahme zu erblicken, wenn man sagt, es muss etwas geschehen. Ich kann z.B. einen Fall von Frankreich schildern. In Frankreich sind die von Sauckel angeworbenen Arbeiter auf Grund des franzoesischen Arbeitsdienstpflichtgesetzes von franzoesischen Exekutivorganen auf den Bahnhof gebracht

H0323 - 0076

worden zur Abfahrt. Es war alles in Ordnung---

F: Einen Augenblick bitte, wollen Sie mal bitte meine Frage beantworten, wir sind ja gleich so weit.

A: Terrormassnahmen habe ich nicht vorgeschlagen, und wenn man von Zwang spricl ist das noch lange nicht Terrorisierung und noch lange nicht ein Vergehen oder Verbrechen.

F: Ich verweise nun auf das was Herr General Warlimont zu dieser Konferenz beizutragen hatte, wo er erklaerte, dass die Truppen, die gegen die Partisanen kaempften, ausserdem noch die Aufgabe haben sollten, aus den Partisanengegenden Arbeiter zu holen. Wer dort seine Aufenthaltsberechtigung nicht nachweisen konnte, sollte zwangsweise ergriffen werden. Und Sie sagten dann, "auf Anregung des Reichs ministers Dr. Lammers," auf Seite 10 des englischen Textes, ob, wenn die Truppen in Italien zurueckgezogen werden sollten, die arbeitsfachige Bevoelkerung ja dann nicht mitgenommen werden koennte. Darauf sagt General Sauer, dass Generalfeld-marschall Kesselring schon verfuegt haette, dass die Bevoelkerung 30 Meilen hinter der Front gefangen genommen werden sollte und dass die Exekutiven des Staates zusammenarbeiten sollten um die notwendigen Zwangsarbeiter fuer das Reich herbei-zuschaffen. Stimmt das?

A: Ein gewisser Zwang sollte schon angewendet werden. Darueber besteht gar kein Zweifel.

F: Und nun moechte ich Sie noch befragen, wir haben nur noch zwei Punkte die besprochen werden muessen Herr Vorsitzender, die ich diesem Zeugen unterbreiten moechte.

Erstens die Frage der Massenmorde an der juedischen Bevoelkerung. Sie haben vorhin ausgesagt, bevor wir uns vertagten, dass Sie 200 Tausend Juden das Leben gerettet haetten. Wissen Sie noch, dass Sie das gesagt haben?

A: Jawohl.

F: Sie haben sie von der Ausrottung gerettet, nicht wahr?

A: Nein. Ich habe sie lediglich gerettet vor der Evakuierung, vor nichts an-derem. Nachtraeglich ist mir jetzt natuerlich bewusst geworden, dass ich sie in der Tat vor der Toetung gerettet habe. Sie haben ---

F: Einen Augenblick bitte. Sie haben dem Gericht gegenueber ausgesagt, dass eine Konferenz anfang 1943 stattgefunden haette, durch der Sie durch das Reichs-

H0323 – 0077

sicherheitshauptamt eingeladen worden waren einen Vertreter zu entsenden. Bei der Konferenz sprach man ueber juedische Fragen. Stimmt das?

A: Ja, da ist die Sache eroertert worden. Es war eine Referentenbesprechung.

F: Das war eine sehr beruehmte Konferenz, bei der Herr Eichmann den Vorsitz fuehrte. Wissen Sie noch?

A: Das weiss ich nicht, denn ich bin selbst ja nicht dabei gewesen. Ich habe nur einen Beamten geschickt.

F: Aber die Einladung zur Teilnahme an der Konferenz kam von Kaltenbrunner, nicht wahr?

A: Die Einladung ist vom RSHA gekommen.

F: Nicht von Kaltenbrunner persoenlich?

A: Das weiss ich nicht.

F: Und Sie haben Ihren Vertreter dort hingeschickt, nicht wahr?

A: Ein Vertreter von mir musste hingehen und er hatte die ausdrueckliche Weisung, sich lediglich als Horchposten zu verhalten und keinerlei Stellung zu nehmen, da ich mir einen Vortrag beim Fuehrer vorbehalten habe.

F: Einen Augenblick bitte. Hatte Ihr Vertreter die Instruktion, dass er keinen Standpunkt einnehmen sollte, wollen Sie das dem Gericht sagen?

A: Ja, er hatte den ausdruecklichen Befehl, das wird mein Staatssekretaer, der ihn instruiert hat, bestaetigen, keinerlei Stellung zu nehmen. Das konnte er sowieso nicht, Beschluesse sind ja nicht gefasst worden. Aber er sollte sich auch nicht persoenlich aeussern, weil ich die Absicht hatte ueber diese Frage, die damals bezeichnet war mit dem Motto: "Endloesung der Judenfrage" dem Fuehrer vorzutragen. Deshalb habe ich bewusst die Weisung gegeben, keinerlei Stellung zu nehmen.

F: Sie haben Gottfried Bohle als Ihren Vertreter zu dieser Konferenz geschickt, nicht wahr?

A: Ich habe ihn nicht geschickt, sondern mein Staatssekretaer hat ihn geschickt und er ist gar nicht der zustaendige Herr gewesen, sondern er ist zufaelligerweise -----

F: Einen Augenblick bitte. Beantworten Sie bloss mal meine Frage. Gottfried Bohle hat Ihnen Bericht erstattet, nicht wahr?

A: Ich habe eine kurze Notiz bekommen. Einen muendlichen Bericht, sonst nichts.

H0323 – 0078

F: Und stand in diesem kurzen Bericht, dass Eichmann eine Ausrottung vorhatte?

A: Nein, davon stand nichts darin, davon war uns ja auch gar nichts bekannt. Ich kann mich wenigstens daran nicht erinnern, dass irgend etwas darin gestanden hat, was mir Veranlassung gegeben haette, irgendwie einzugreifen.

F: Gestern haben Sie dem Gericht gesagt, dass Konzentrationslager in dem Etat des Reiches nicht eingeschlossen seien. Wissen Sie das noch?

A: Dass was eingeschlossen ist?

F: Dass Konzentrationslager in dem Etat des Reiches nicht eingeschlossen gewesen seien?

A: Ja mir ist es nicht bekannt. Ich habe nichts gelesen.

F: Sie haben dem Gericht gegenueber ausgesagt, dass in dem Reichsetat nichts ueber Konzentrationslager erwaehnt gewesen sei.

A: Ich habe nichts darueber gefunden und nicht darueber gelesen. Mir ist nicht bekannt. Ich habe mich ueberhaupt fuer solche Sachen wenig interessiert.

F: Sie sagen also, dass Sie nicht wissen, ob es im Reichsetat erwaehnt war oder nicht?

A: Ich kann das nicht ausdruecklich bestaetigen. Ich kann mich nicht erinnern, dass die Konzentrationslager ausdruecklich im Etat genannt gewesen sind.

F: Es ist fuer Sie ueberraschend, dass im Etat der Waffen SS im Jahre 1939 fuer die Konzentrationslager im Innenministerium eine Summe von 104 Millionen Mark und 21 Millionen Mark ausgesetzt worden waren. Spesen fuer diese Zwecke. Das wussten Sie nicht?

H0323 - 0079

A. Ich habe den Etat des Innenministers ja doch nicht auf alle Summen studiert, ich habe ueberhaupt keine Etats gelesen, ich habe mich nur fuer meine eigenen Etats in der Reichskanzlei interessiert. Fremde Etats habe ich nicht gelesen, hatte auch gar keinen Anlass dazu.

F. Wussten Sie, dass ueber 300 Konzentrationslager in Nazi-Deutschland bestanden haben?

A. Nein, das ist mir nicht bekannt.

F. Von wie vielen wussten Sie als Chef der Reichskanzlei?

A. Ich habe nur von einigen wenigen Bescheid gewusst.

F. Nur von einigen?

A. Hoechstens von drei.

F. Sie sind feierlich vereidigt worden - -

A. Ich wusste aber, dass noch andere bestanden.

F. Wollen Sie feierlich unter Eid zu diesem Gericht sagen, dass Sie im Mittelpunkt des Naziregims, von nicht mehr als 3 Konzentrationslager gewusst haben?

A. Ja, das will ich behaupten. Ich habe nicht den Mittelpunkt des Nazi-Regims gestanden, ich war ja der oberste Verwaltungsbeamte, der fuer den Fuehr Verwaltungsarbeit geleistet hat. Ich habe mich um Konzentrationslager nicht gekuemmert. Ich wusste von einigen Konzentrationslagern, namentlich von zwei oder drei und es war mir klar, dass noch einige bestehen mussten. Mehr kann ich unter Eid nicht sagen.

F. Ich behaupte Ihnen gegenueber, dass Sie ganz genau gewusst haben von diesem Terror-Regim. Aber Sie haben dennoch in diesem gedient bis zum Letzten. Stimmt das nicht?

A. Welches Terror-Regim? Das KZ-System hat bestanden, das wusste ich, das wusste ja jeder Mensch.

F. Aber das Lag nicht schwer auf Ihrem Gewissen nicht wahr?

A. Dass Konzentrationslager bestanden? -
Ich habe dem Fuehrer meine Vorschlaege ueber Konzentrationslager unterbreitet er hat mich bereits im Jahre 1934 ausgeschaltet, nachdem ich ihm fuer Konzentrationslager Vorschlaege gemacht habe und hat die Sachen dem Himmler uebertragen, und ich habe alle Beschwerden von Konzentrationslagern dorthin abgeben muessen. Ich habe mit Konzentrationslagern aber auch nicht das Geringste zu tun gehabt, ausser, wenn Beschwerden an mich herankamen, die ich als Be-

H0323-0080

schwerden erachtet habe, die an den Fuehrer gerichtet sind, die ich, soweit es irgend moeglich war, verfolgt habe, zu dem auch zu einem Teil Abhilfe geschaffen worden ist.

F. Sie waren ein SS-Obergruppenfuehrer, aber Sie haben vielleicht nichts gemerkt von diesem Terror, Sie kannten Terror nicht, wenn Sie davon hoerten und es sahen?

A. Ich war ein SS-Obergruppenfuehrer in einem Ehrenrang, genau, wie ich das vorhin von Seyss-Inquart schon gesagt habe. Ich habe in der SS keinen Dienst getan, habe keine Kommandogewalt gehabt, keine Amtsgewalt gehabt, nicht

F. Und Sie haben viel Vorteil gehabt, Sie und Ihre Nazikollegen von diesem Regim, nicht wahr? Sie als Chef der Reichskanzlei koennen uns vielleicht in dieser Frage helfen?

A. Was soll ich gehabt haben, enorme?

F. Enorme Profite, Gelder, Reichsmark?

A. Ja, ich habe Einnahmen gehabt, selbstverstaendlich.

F. Und Sie waren verantwortlich fuer - -

A. Aber nicht als SS-Fuehrer.

F. In der Reichskanzlei waren Sie fuer die Verteilung des Ueberflusses unter Ihren Nazi-Freunden verantwortlich, nicht wahr?

A. Ich hatte die Gelder des Fuehrers verwaltet und nach Weisung des Fuehrers habe ich aus den Fonds die erforderlichen Zahlungen geleistet. Ich habe keine Gelder verteilen koennen nach Belieben.

F. Sie, als Chef der Reichskanzlei, haben doch Dr. Ley 1 Million Mark ausgezahlt, nicht wahr?

A. Ja, das war eine Dotation, die der Fuehrer Dr. Ley auf ausdrueckliche Anordnung bewilligt hat. Das war keine Verteilung von mir aus.

F. Und Ribbentrop hat auch eine Million bekommen, nicht wahr?

A. Er hat eine Million bekommen in zwei Teilen, einmal eine halbe und spaeter wieder eine halbe.

F. Und Keitel war auch Millionaer geworden, er hat auch eine Million bekommen?

A. Er hat eine Dotation und ein Gut bekommen, da der Fuehrer das Dotatic wesen, wie es schon unter den alten preussischen Koenigen war, wieder aufgenommen hatte.

F. Und Sie selber haben 600.000 Mark bekommen?

H0323-0081

A. Ich habe bei meinem 65. Geburtstag 600.000 Mark bekommen und die Begruendung fuer die Summe war die, dass ich bei den fruecheren Stellen nie etwas bekommen habe, weil ich mich ja selbst nie gemeldet habe und, weil ich zwei Mal ausgebombt war und, weil ich keinerlei eigenen Besitz hatte, kein eigenes Haus und nichts hatte. Der Fuehrer wuenschte, ich sollte mir ein kleines Haus beilegen.

MR. ELWYN JONES: Ich habe weiter keine Fragen.

Herr Vorsitzender, falls es mir gestattet ist, moechte ich die Exhibit-Nummer der Dokumente klarstellen, die ich einreiche: 3863-PS, ist GB 220; 2220-PS ist USA-175; 686 PS ist USA-305; 865 PS ist USA-143; 1032-PS ist GB 321; 871-PS ist GB 322; D-753-a, ist GB 323; 3601-PS ist GB 324; 997-PS ist RF-122; 1296 -PS ist GB-325; 1282-PS wird USA-225; RF-628, 3819-PS, wird GB 306.

VORSITZENDER: Mr. Elwyn Jones, haben Sie den Etat eingereicht, der die Zahlen angibt, die Sie uns genannt haben?

MR. ELWYN JONES: Es ist auf Seite 1394 des Etat von 1939. Fuer das Protokoll wird es GB-326.

VORSITZENDER: Danke.

MR. ELWYN JONES: Die Anklagebehoerde wird einen Auszug machen aus diesem Buch, um es in Form eines Gerichtsdokumentes einzureichen.

VORSITZENDER: Sehr gut.

Oberst Prokovsky, das Gericht war der Ansicht, dass nur e i n Kreuzverhoe stattfinden wuerde und zwar ein Kreuzverhoer von Zeugen, die nur Zeugen sind und nicht Angeklagte.

OBERST PROKOVSKY: Die Sowjetdelegation wuenscht einige Fragen an den Zeugen Lammers zu stellen. Es wurde vorgeschlagen, dass das Befragen in zwei Gruppen geschehen sollte. Einen Teil der Fragen sollte die britische Delegati bearbeiten, der andere Teil sollte von uns behandelt werden.

MR. ELWYN JONES: Darf ich Herrn Richter sagen - -

VORSITZENDER: Ist das der eine Fall, den Sie uns nannten?

MR. ELWYN JONES: Dies ist ein Ausnahme fall, mein Herr und das Uebereinkommen wurde gemacht, bevor die neue Regel ueber das Kreuzverhoer bekanntgegeben wurde, dass wir die Fragen an den Zeugen teilen wuerden und das sind nu verschiedene wenige Dinge, die Oberst Prokovsky dem Zeugen vorlegen will.

VORSITZENDER: Sehr wohl.

H0323-0082

OBERST PROKOVSKY: (Das Kreuzverhoer beginnend):

F. Am 6. November 1945 sind Sie verhoert worden von einem Vertreter der Sowjetanklagebehoerde. Erinnern Sie sich an dieses Verhoer?

A. Ja, ich kann mich an ein Verhoer von einem Vertreter der Sowjet-Anklagebehoerde erinnern.

F. Haben Sie ausgesagt - -

A. Ja, ich habe ausgesagt.

F. Sie wissen ja noch gar nicht, was ich Sie fragen werde. Eilen Sie nich so. Sie haben ausgesagt, dass Hitler Sie besonders bevollmaechtigte, Rosenberg behilflich zu sein. Erinnern Sie sich daran?

A. Ja, Rosenberg sollte in Ostfragen politische Arbeit uebernehmen.

F. Das ist richtig. Worin bestand Ihre Hilfe an Rosenberg?

A. Zunaechst lediglich darin, dass ich mit ihm zusammenkam und er die Pla ne eroerterte, die er ueber eine etwa einzurichtende Verwaltung haben wuerde; denn der Fuehrer hatte ihm aufgetragen, er solle sich auch mit der Frage befassen, im Falle einer kriegerischen Verwicklung mit Russland etwa zu besetzen des Gebiet zu verwalten. Dafuer hat Herr Rosenberg - -

F: Zeuge, Seuge, warten Sie bitte, warten Sie. Ich frage Sie nicht, was der Fuehrer zu Rosenberg gesagt hat oder, mit was er ihn beauftragt hat, ich frage Sie:

Was hat I h n e n der Fuehrer gesagt, worin sollten Sie Rosenberg behilflich sein?

Bitte, warten Sie und unberbrechen Sie nicht, warten Sie, bis ich die Fra ge beendet habe.

Haben Sie teilgenommen an der Planung und Ausarbeitung der Organisation der Wirtschaft in den oestlichen Gebieten?

Haben Sie mich jetzt verstanden?

A. An der Ausarbeitung der Organisation der Wirtschaft habe ich nicht tei genommen.

F. Ich moechte, dass Sie sich ein Dokument ansehen, das die Nr. 1056-PS traegt.

(Dem Zeugen wird das Dokument uebergeben)

Erinnern Sie sich an dieses Dokument?

A. Das muss ich mir erst ansehen.

H0323 - 0083

F. Jawohl, das ist ja der Zweck, weswegen wir es Ihnen vorgelegt haben.

A. Mir kommt das Dokument unbekannt vor. Ich glaube auch nicht, dass es von mir gefertigt worden ist, sondern das ist offenbar ein Plan, den Herr Rosenberg gemacht hat.

F. Sie behaupten also, dass Sie nichts wissen von diesem Dokument?

A. Es ist moeglich, dass Herr Rosenberg mir eine solche Ausarbeitung einmal uebergeben hat. Aber ich kann jetzt nicht feststellen, ob hier 30 Seiten Ausarbeitung - ob ich die je in der Hand gehabt habe oder nicht. Das weiss ich nicht.

F. Gestern haben Sie dem Gericht lange Erklaerungen gemacht ueber die Frage der wirtschaftlichen Verwaltung der Ostgebiete. Wie konnten Sie wahrhafte Aussagen machen, wenn Ihnen dieses grundlegende Dokument nicht bekannt war, de dieses Dokument hat festgelegt und bestimmt den Aufbau der Verwaltung in den Gebieten, die Rosenberg unterstanden?

Haben Sie mich verstanden.?

H0323 – 0084

A: Ich kann nicht feststellen, was in diesem Dokument steht; ich kann ein Dokument von 30 Seiten nicht so kennen. Dann bitte ich mir das Dokument zu ueberlassen, damit ich es durchsehen kann, ich glaube nicht, dass ich dieses Dokument gehabt habe. Die Organisation im Osten hat ja Herr Rosenberg gehabt. Ich habe mit ihm nur nach den grundsaetzlichen Richtlinien zusammengearbeitet, mit welchen ich Rosenberg die Vollmacht gab, im Osten zu handeln; aber mit dem Plan selbst habe ich nichts zu tun gehabt, ich war an den Einzelheiten garnicht interessiert.

F: Koennen Sie ein so schwaches Gedaechtnis haben und sich nichtmehr an dieses Dokument erinnern ? Vielleicht werden Sie die Guete haben, ein anderes Dokument anzusehen, das ist kuerzer als 30 Seiten. Man wird Ihnen ein Dokument vorlegen, das von Ihnen selbst unterschrieben ist. Es handelt hierin von sowjetischen Kriegsgefangenen .Es ist das Dokument Nr.USSR-361. In diesem Dokument ist eine Stelle angestrichen. Darin ist die Rede davon, dass sowjetische Kriegsgefangene als Ausnahme von der allgemeinen Regel unter dem Befehl des Ministers der Ostgebiete stehen. Haben Sie diese Stelle gefunden ?

A: Nein, ich habe die Stelle nicht.

F: Es ist auf der 2. Seite.

A: Der Anlage ?

F: Jawohl, der Anlage. Fuehr Ihre Bequemlichkeit ist die Stelle angemerkt, angezeichnet.

A: Hier nicht, was mir vorliegt, ist nicht angezeichnet.

Vorsitzender: Oberst Pokrowsky, das Dokument, das ich habe, wenn es dasselbe ist, ist in Paragraphen eingeteilt.

Koennen Sie nicht auf den Paragraphen verweisen, um den es sich handelt ?

Oberst Pokrowsky: Sofort, bitte. In der Kopie, die mir vorliegt, sind keine Paragraphen eingeteilt, dem Zeugen wird jetzt die Stelle gezeigt werden. Diese Stelle ist auf seinem Dokument angezeichnet, er will es nur nicht sehen.

F: Haben Sie es jetzt gefunden ?

A: Ja, jetzt habe ich es.

F: Haben Sie sich davon ueberzeugt, dass es mit Bleistift angezeichnet ist ?

H0323-0085

A: Ja, das Auswaertige Amt.....

F: Ich frage Sie nicht darnach. Mich interessiert eine andere Stelle, in der es heisst: "Ausnahme von dieser Regel.".....

Haben Sie es gefunden ?

A: Ja.

F: "Diese sowjetischen Kriegsgefangenen stehen unter der Weisung des Ministers fuer die okkupierten Gebiete. Wenn im Hinblick auf sie usw." Haben Sie diese Stelle gefunden ?

A: Ja, ich habe sie.

F: Haben Sie dieses Dokument unterschrieben ?

A: Das Dokument habe ich nicht unterschrieben, denn das ist eine Ausfertigung des Auswaertigen Amtes. Ich habe lediglich einen Brief unterschrieben, mit dem ich diese Aufzeichnung des Auswaertigen Amtes dem Minister Rosenberg uebersandte und ihm davon Kenntnis gab.

F: Und zwar mit Ihrem Amtsvermerk, und Sie haben diesen Brief auch weitergeleitet.....

A: In diesem Begleitschreiben sage ich, dass ich die Aufzeichnungen des Auswaertigen Amtes anliegend uebermittle. "Das Auswaertige Amt nimmt Stellung zu Ihrem Schreiben usw., ich darf Ihnen hiervon Kenntnis geben." Ich war also lediglich die vermittelnde und weitergebende Stelle. Die Aufzeichnung selber habe ich nicht gemacht und auch nicht unterschrieben.

F: Darf ich Sie also so verstehen, dass Sie die Richtigkeit dieses Dokumentes bestaetigt haben und dass das Dokument durch Ihre Haende gegangen ist ?

A: Ja, das weiss ich nicht, ich kann nur bestaetigen...

F: Bitte, lassen Sie mich aussprechen. Dieses Dokument ist durch Ihre Haende gegangen. Wieso koennen Sie das nicht sagen, Sie haben doch selbst gesagt, dass Sie dieses weitergeleitet haben, oder haben Sie das nicht gesagt ?

A: Ich habe das Dokument unterschrieben weitergegeben.

Das Anschreiben habe ich unterschrieben, durch das ich Herrn Rosenberg von der Stellungnahme des Auswaertigen Amtes Kenntnis gegeben habe. Ob die Anlage echt ist oder nicht, weiss ich nicht.

F: Das ist fuer mich genuegend, warten Sie. Am 8. April ist vor dem Gericht gesagt worden, dass die Loesung der Judenfrage von Hitler, Goering und Heydrich

H0323 - 0086

uebertragen wurde und spaeter dem Nachfolger von Heydrich, Kaltenbrunner. Ich moechte Sie nun fragen, worin die Teilnahme Goerings, Heydrich und Kaltenbrunners in der Loesung der juedischen Frage bestand. Sagen Sie mir das bitte.

A: Mir ist nur bekannt geworden, dass ein Befehl des Fuehrers weitergegeben worden ist von Reichsmarschall Goering an den damaligen Chef des RSHA, Herrn Heydrich. Das ist meines Erachtens dann uebergegangen in die Zustaendigkeit von Herrn Kaltenbrunner. Dieser Auftrag wurde bezeichnet mit einer "Endloesung der Judenfrage", wobei niemand wusste, um was es sich handelte, was man darunter versteht und ich habe mir Muehe gegeben in der nachfolgenden Zeit bei verschiedenen Gelegenheiten aufzukl"ren, was wirklich darunter zu verstehen waere, unter der Bezeichnung "Endloesung", was geschehen soll. Ich habe gestern versucht, hier diese Frage auseinanderzusetzen, ich bin aber nicht vollstaendig zu Wort gekommen.

F: Das ist nicht klar genug. Durch wen und auf welchem Wege haben Sie Versuche gemacht festzustellen, was die Endloesung der juedischen Frage bedeutet. An wen haben Sie sich gewandt ?

A: Ich habe mich zunaechst an Himmler gewandt und ihn gefragt, was das fuer eine Bedeutung habe. Da hat mir Himmler gesagt, er habe den Auftrag vom Fuehrer, die in Deutschland befindlichen Juden zu evakuieren, und daraus ergaben sich eine Reihe von Problemen, die man als "Endloesung der Judenfrage" bezeichnete. Das war, was ich gestern gesagt habe.

F: Warten Sie mal, Zeuge, Sie haben gesagt, dass Hitler, Goering und Heydrich den Auftrag gegeben hat, und dann Kaltenbrunner, diese Frage zu loesen. Haben Sie sich in der Frage an Goering, Heydrich oder Kaltenbrunner gewandt ?

A: Nein, ich kann mich nicht erinnern, denn ich bin der Ansicht gewesen, dass Goering nur einen Befehl des Fuehrers uebermittelt hat. Dass Keitel daran beteiligt war, weiss ich ueberhaupt nicht, davon hoere ich heute zum ersten Mal.

F: Wer hat denn von Keitel gesprochen, von ihm war garnicht die Rede, es war Heydrich.

A: Also Heydrich hatte diesen Auftrag, wie ich gestern bereits gesagt habe. Ich habe dann Interesse gehabt, festzustellen, welcher Art dieser Auftrag ist und da habe ich mich an Himmler gewandt.

H0323-0087

F: Und Sie hatten keinen Erfolg dabei ?

A: Einen schriftlichen Auftrag habe ich nicht gesehen.

F: Gestern haben Sie gesagt, "alle" ausser mir haben ihre Meinung ueber die Loesung der Judenfrage aussprechen koennen, - "alle" - .

A: Ich habe gestern ausgesagt, dass ich mit Himmler ueber die Frage gesprochen habe, und dass ich mir den Vortrag beim Fuehrer vorbehalten habe, ich habe auch darueber gesprochen, dass ich dem Fuehrer Vortrag gehalten habe, der Fuehrer aber fuer diese Dinge sehr schwer zu haben war. Ich habe auch gestern weiter gesagt, dass Geruechte ueber die Toetung von Juden aufgetaucht sind, die mich veranlassten, der Sache nachzugehen, ich habe weiter gestern gesagt, dass diese Gerueechte nach meinen Feststellungen, Gerueechte geblieben sind. Damit war fuer mich nichts mehr zu tun, als mich in dieser Sache an den Fuehrer zu wenden an Himmler zu wenden und....

F: Ich frage Sie nicht,was Sie gestern gesagt haben, ich will nicht ein zweites Mal Ihre Aussage hoeren. Was mich interessiert ist, genau festzustellen, dass Sie gesagt haben"alle" ausser mir, konnten ihre Meinung aeussern ueber die Judenfrage.....

Sagen Sie mir jetzt, wer waren diese "alle". Sagen Sie mir die Namen.

A: Ich verstehe nicht die Frage "alle".

F: Ich kann die Frage zum dritten Mal wiederholen, damit Sie diese endlich verstehen. Sie haben gestern gesagt, als Sie Aussagen machten ueber die Judenfrage, "alle ", ausser mir haben Ihre Meinung und Stellungnahme zur juedischen Frage ausgesagt. Von mir hat man es auch verlangt. Erinnern Sie sich ?

A: Jawohl, das erinnere ich mich.

Unter "Alle" sind die anderen, die Ressorts zu verstehen, die zu dieser Besprechung eingeladen waren. Bei allen diesen Besprechungen im RSHA waren die zustaendigen Ressort-Chefs eingeladen. Das sind "alle".

F: Nein, war von den Angeklagten jemand zugegen ?

A: Minister waren ueberhaupt nicht anwesend. Das war nur eine Referentenbesprechung. Ich war nicht dabei, ich weiss nicht, wer in dieser Besprechung war.

F: Sie waren zugegen bei der Besprechung bei Hitler am 16. Juli 1941 im Fuehrerhauptquartier. Verstehen Sie, um welche Besprechung es sich handelt ? Es war die Besprechung, in der die Rede war ueber den Angriffskrieg gegen die Sowjet-Union. Haben Sie nicht verstanden ?

A: Ja.

H0323-0088

F: War Keitel bei dieser Besprechung zugegen?

A: Meines Wissens, ja.

F: Erinnern Sie sich vielleicht daran, ob Keitel ueber die Frage der Ziele des Krieges gegen die USSR gesprochen hat?

A: Ich kann mich nicht entsinnen, dass er davon gesprochen hat.

F: Sind Sie bei dieser Besprechung bis zum Ende dagewesen, waren Sie bei dieser Besprechung bis zum Ende zugegen?

A: Ich war bis zum Ende zugegen.

F: Und Keitel, war er auch bis zum Ende zugegen?

A: Ich kann mich heute nicht mehr darauf besinnen. Ich nehme an, dass er bis zum Ende dagewesen ist, aber er kann auch frueher weggegangen sein.

F: Sie koennen es aber nicht mit Bestimmtheit sagen?

A: Nein, mit Bestimmtheit nicht.

F: Am 15. Oktober 1945 sind Sie von einem amerikanischen Oberstleutnant verhoert worden und Sie haben da ausgesagt, dass Rosenberg fuer das Ostgebiet ernannt wurden und zwar auf Wunsch des Fuehrers. Koennen Sie sich an diese Aussagen, die Sie gemacht haben, erinnern?

A: Ich weiss, dass ich ausgesagt habe.

F: Sie haben ferner ausgesagt, bei derselben Gelegenheit, am gleichen Tage bei dem Verhoer, dass Sie Rosenberg fuer diesen Posten nicht empfohlen hatten, weil Sie bezueglich seiner Ernennung Einwaende hatten. Was waren Ihre Einwaende gegen Rosenberg's Ernennung?

A : Gegen die Ernennung Rosenberg's bestanden damals vielfach Bedenken, die besonders von Herrn Bormann vorgebracht wurden. Herr Reichsleiter Bormann wollte nicht Herrn Rosenberg in dieser Stellung haben.

F: Bitte sagen Sie uns etwas ueber Ihre Einwaende, was waren Ihre Einwaende?

A: Ich habe damals dem Fuehrer die Frage vorgelegt, ob ueberhaupt ein solcher Mann fuer den Osten noetig sei fuer den Fall kriegerischer Verwicklungen, und ob dann Rosenberg der Organisator sei, der fuer diesen Posten geeignet sei.

H0323-0089

F: Das war im April 1941?

A: Das weiss ich nicht mehr, ob das im April 1941 gewesen ist.

F: Auf Befehl des Reichsministers Rosenberg sind am 16. August 1941 Zwangsarbeiten eingefuehrt worden fuer die juedische Bevoelkerun der Ostgebiete, und zwar fuer Menschen von 14 bis 60 Jahren. Diese mussten Zwangsarbeiten ausfuehren. Falls Sie sich weigerten, die Arbeiten auszufuehren, drohte ihnen Todesstrafe. Kennen Sie diesen Befehl, oder nicht?

A: Ist mir unbekannt, ich kann mich seiner nicht entsinnen.

F: Wollen Sie sich bitte dieses Dokument ansehen und versuchen Sie, sich dieses wieder in Erinnerung zu bringen.

OBERST PROKROVSKY: Herr Vorsitzender, es ist ein Dokument, das auf Seite 50 Teil II der gruenen Mappe Goerings sich befindet. Dieses Dokument liegt dem Gericht unter Nr. 340 vor.

Verhoer durch Oberst Prokrovsky:

F: Schoen, wir wollen davon abgehen. Sehen Sie sich ein anderes Dokument an.

A: Ich kann mich nicht entsinnen, dass ich dieses Dokument je gesehen habe.

F: Vielleicht werden Sie sich besser an dieses Dokument erinnern?

VORSITZENDER: Oberst Prokrovsky, dieses letztes Dokument, auf das Sie gerade Bezug genommen haben, sind die Paragraphen dieser Vorschrift schon im Protokoll verlesen worden?

OBERST PROKROVSKY: Ich kann Ihnen auf diese Frage nicht ganz bestimmt antworten. Ich weiss nicht, ob diese Paragraphen verlesen worden sind, oder nicht. Aber der ganze zweite Teil der gruenen Mappe Goerings ist dem Gericht vorgelegt und im Protokoll aufgenommen worden und zwar unter Nr. USA-320, und das folgende war USA-347. Ich glaube, dass der Zeuge sich an dieses Dokument nicht erinnert, deshalb wollen wir das Dokument beiseite lassen und wir koennen bei der Vernehmung eines anderen Zeugen darauf zurueckkommen, wo es vielleicht wichtiger ist. Jetzt werden wir ueber etwas anderes

H0323 - 0090

sprechen.

F: Bitte sehen Sie sich die Worte des Fuehrers an vom 29. August 1941. Sie werden sich sicherlich ohne weiteres an dieses Dokument erinnern, da es von Ihnen unterschrieben wurde. Es ist ein Befehl ueber die wirtschaftlichen Massnahmen in den neu besetzten Ostgebieten.

Meine Herren Richter, dieser Befehl ist ebenfalls ein Dokument, das sich in dem II. Teil der gruenen Mappe Goerings befindet und dem Gericht bereits im Englischen vorliegt.

F: Erkennen Sie dieses Dokument?

A: Ja, das Dokument habe ich mitgezeichnet, das war eine Massnahme, die der Fuehrer auf Vorschlag des Reichsmarschalls befohlen hat.

F: Jawohl, und wie erklaeren Sie die Tatsache, dass Keitel Anordnungen und Befehle unterzeichnet hat, wie diese, dass Keitel solche Befehle des Reiches in einem wichtigen Fall, und nicht ganz genau von militaerischer Wichtigkeit unterschrieben hat? Welche Erklaerungen haben Sie dafuer. Warum sollte da unterschrieben sein von Hitler, Keitel und Lammers?

A: Dies war ein Fuehrererlass und Fuehrererlasse wurden von mir beurkundet und ausserdem zeichnete Herr Keitel, als Chef des OKW, die Urkunden auch mit, wenn irgendwelche Interessen der Wehrmacht vorlagen und eventuell als dritter Bormann, wenn die Partei interessiert war.

F: Einen Augenblick, wo ist Bormanns Unterschrift hier, da ist die Unterschrift von Hitler, Keitel und Lammers?

A: Von Keitel hat zuerst gezeichnet, weil es die besetzten Gebiete im Osten betraf.

F: Jawohl, Mit anderen Worten, Herr Keitel ist demnach fuer alle Gesetze fuer die besetzten Gebiete verantwortlich, ist das so? Hoeren Sie meine Frage: war der Angeklagte Keitel verantwortlich fuer alle gesetzlichen Massnahmen im besetzten Ostgebiet, hoeren Sie meine Frage?

A: Keinesfalls.

H0323-0091

F: Dann, warum ist die Unterschrift hier, was ist der Zweck der Unterschrift?

A: Da er daran teilgenommen hat, oder weil er an dieser Sache interessiert war, aus der Unterschrift sind Verantwortungen nicht zu erkennen.

F: Sie sollten besser davon wissen, als jemand anderer, und darum ist es noch ein Grund mehr, dass es nicht ganz klar ist, wo die Notwendigkeit seiner Unterschrift herkam, und das Dokument und seine Unterschrift sind gerade ueber Ihrer Unterschrift. Was ist das?

A: Es ist wahrscheinlich angenommen worden, dass durch den Erlass auch Interessen der Wehrmacht beruehrt sind, das muss Herr Feldmarschall Keitel besser wissen, als ich, wenn er ihn damals unterzeichnet hat.

F: Lesen Sie dieses Dokument selber und Sie koennen daraus gut ersehen, dass die Wehrmacht nicht beruehrt wird. Ich habe noch 2 Fragen an Sie. Sie haben heute gesagt, dass Seyss-Inquart den Rang und die Uniform erhalten hat, aber dass er keinerlei Rechte hatte eines Kommandeurs der SS; ist das richtig?

A: Ja, das ist richtig.

F: Kann man daraus schliessen, dass der Grad eines Polizeimannes und dass die Polizeiuniform etwas ganz besonders ehrenhaftes im Reich war? War sie es nicht?

A: Seyss-Inquart hat ja nicht der Polizei angehoert, sondern der Allgemeinen SS.

F: Aber die SS ist tatsaechlich fuer Polizeiaufgaben verwendet worden, ist das richtig.

A: Nein, die allgemeine SS hatte keine Polizeiaufgabe, das ist nicht richtig.

F: Er erhielt seine Uniform als eine Art Anerkennung fuer gewisse Verdienste, die er sich erworben hatte. Nun will ich an Sie die letzte Frage stellen.

A: Nicht immer fuer besondere Verdienste, sondern es waren diese fuer gewisse leitende Persoenlichkeiten des Reiches, die bekamen ---

H0323-0092

F: Es ist gut, ich danke, ich will keine weiteren Einzelheiten. Ich will Ihnen jetzt meine letzte Frage stellen. Am 17. Januar hatte der Angeklagte Keitel das Gericht gebeten, dass Sie als Zeuge vorgeladen werden. Er hat gesagt, dass Sie in der Lage sind, hier vor Gericht auszusagen, dass er, Keitel, als Leiter der Wehrmacht und der militaerischen Dienststellen, unter seinem Kommando in den besetzten Gebieten, gegen die pluendernden Kommandos Rosenberg's vorgegangen sind, und dass befohlen war, sie festzunehmen. Sie sind vor Gericht geladen worden, um diese Frage zu beantworten und aus einem unbekannten Grunde war das die einzige Frage an Sie, die nicht an Sie gestellt worden ist. Wollen Sie bitte diese Frage jetzt beantworten. Was wissen Sie ueber den Kampf Keitels und der militaerischen Truppen gegen die pluendernden Kommandos Rosenberg's?

A: Ich weiss nur, dass Herr Rosenberg den Auftrag hatte, Kunstgegenstaende einzukaufen, und dass er auch den Auftrag hatte Mobiliar in den besetzten Gebieten im Westen zu besorgen fuer die Dienststellen gerade wie im Osten. Diesen Auftrag hatte er bekommen in seiner Eigenschaft als Reichsminister.

F: Zeuge, Sie haben mich nicht richtig verstanden. Hier geht es nicht um die Sorgen, die Rosenberg hatte, ich frage Sie, was wissen Sie ueber die militaerischen Truppen bezueglich des Kampfes Keitel's und der militaerischen Truppen gegen die pluendernden Kommandos Rosenberg's? Wissen Sie irgend etwas darueber, oder wissen Sie nichts?

A: Nein, darueber ist mir nichts bekannt.

H0323-0093

F: Schoen, dann habe ich keine weiteren Fragen an Sie, Zeuge.

VORSITZENDER: Oberst Pokrovsky, um genau darzutun, so wie ich Sie verstehe mit Bezug auf das Dokument vom 2.Juni 1941, das Sie eben unterbreitet haben, dass dieses Dokument nichts mit der Wehrmacht zu tun hat. Im 2. Paragraphen steht jedoch, um dieses Ziel zu erreichen, hat er (d.h.Goering) das Recht, den verschiedenen einschlaegigen Militaerbehoerden in den besetzten Ostgebieten Befehle zu erteilen; dann stimmt doch nicht, wenn man sagt, dass dieses Dokument mit dem Militaer nichts zu tun hatte ?

OBERST POKROVSKY: Ich nehme an, dass sich das Gericht daran erinnern wird, welche Aussagen hier gemacht worden sind ueber die Zustaende, die um diese Zeit geherrscht haben. Keitel hat erklaert, dass diese Befehle einen operativen Stabscharakter hatten. In diesen Befehlen, in dieser Weisung, geht es um die Wirtschaft im allgemeinen und nicht ueber militaerische Angelegenheiten. Das ist, was ich im Sinne habe.

VORSITZENDER: Ich will nicht mit Ihnen darueber argumentieren, ich wollte nur darauf hinweisen, dass es nicht genau war zu sagen, dass das Dokument nichts militaerisches enthielt. Dr.Nelte, wollen Sie den Zeugen noch einmal ins Verhoer nehmen?

DR.NELTE: Herr Praesident, ich waere Herrn Oberst Pokrovskiy nur dankbar, wenn er mir seine letzte Frage an den Zeugen, Dr.Lammers, klarlegen wollte. Er hat hier gesagt, dass der Angeklagte Keitel Dr.Lammers als Zeugen dafuer benannt habe, dass er im Ostgebiet gegen die Bestrebungen des Einsatzstabes Rosenberg gekaempft haette. Habe ich ihn so richtig verstanden, die russisch-deutsche Uebersetzung war vielleicht nicht ganz gluecklich.

VORSTLZENDER: Ich weiss nicht, ob ich die Frage richtig verstanden habe, ich weiss aber, dass der Zeuge nicht imstande war, die Frage richtig zu beantworten.

DR.NELTE: Nein, es schien mir nur so, dass der Herr russische Anklagevertreter sagen wollte, Herr Dr.Lammers sei fuer eine Beweisfrage als Zeuge benannt und ich habe diesem Zeugen eine solche Frage nicht gestellt. Das moechte ich nur klarstellen, dass das nicht der Fall ist, sonst ist diese Angelegenheit fuer mich nicht Gegenstand einer Rueckfrage und ich habe auch bezueglich des Angeklagten Keitel keine Fragen mehr an den Zeugen Dr.Lammers.

VORSITZENDER: Ich glaube nicht, dass das Gericht findet, dass es notwendig ist, sich mit dieser Frage noch zu befassen.
Herr Dr.Nelte, haben Sie irgendwelche anderen Zeugen vorzuladen ?

Dr.NELTE: Ich werde morgen frueh in einer halben Stunde fertig sein, ich habe keine Zeugen, die ich noch vernehmen will.

H0323-0094

GERICHTSHOF (Mr.Biddle):

F: Ich moechte an Sie zwei oder drei Fragen bezueglich des Reichskabinetts stellen. Sie sagten, die erste Sitzung war am 30.Januar 1933 und die letzte im November 1937. Gab es noch weitere Sitzungen im Jahre 1937 ?

A: Nein, die Kabinettsitzungen wurden nicht durch eine Art anderer Sitzungen ersetzt.

F: Das habe ich ja nicht gefragt; hoeren Sie: Sie sagten, im November 1937 war eine Sitzung. Waren irgendwelche anderen Kabinettsitzungen im Jahre 1937 ?

A: Ja, vorher waren solche; es warenmehrere Kabinettsitzungen, aber nicht zu viele, es waren verhaeltnismaessig wenige im Jahre 1937.

F: Wieviele wuerden Sie sagen im Jahre 1937 ?

A: Wieviele ?

F: Wieviele wuerden Sie sagen ungefaehr ?

A: Es moegen fuenf oder sechs Kabinettsitzungen gewesen sein; ich glaube nicht, dass es mehr waren.

F: Wissen Sie, wieviele es waren ?

A: Es koennen auch weniger gewesen sein.

F: Wissen Sie, wieviele 1936 stattgefunden haben ?

A: Da war die Zahl der Kabinettsitzungen etwas groesser, aber auch nicht so gross wie urspruenglich in den Jahren 1933/34.

F: Das genuegt schon; danke schoen.

VORSITZENDER: Dr. Laternser ?

DR.LATERNSER: (Verteidiger fuer das OKW)
Herr Praesident, ich habe keine Frage an den Zeugen; ich wollte mich nur in folgendem einschalten.
Der Kollege Dr.Nelte hat auf die Vernehmung weiterer Zeugen verzichtet. Er hat unter anderem damit auch auf die Vernehmung des Zeugen Generaloberst Halder verzichtet, was ihm selbstverstaendlich zusteht. Allerdings werden durch diesen Verzicht auf die Vernehmung des Zeugen Halder meine Rechte beeintraechtigt, denn das Gericht wird sich erinnern, dass bei Vorlage einer schriftlichen Erklaerung des Zeugen Halder das Gericht ...

VORSITZENDER: Herr Doktor, wenn Dr.Nelte den General Halder nicht ruft, dann koennen Sie ihn beantragen und wir wuerden uns dann mit der Frage befassen. Ich nehme an, dass Sie ihn schon vorgeladen haben und man hat Ihnen wahrscheinlich

H0323-0095

schon gesagt, dass er durch Dr.Nelte einvernommen wurde. Nun, Dr.Nelte hat ihn nicht vorgeladen; aus diesem Grunde koennen Sie Ihren Antrag erneuern, wenn Sie wollen, und zwar schriftlich.

DR.LATERNSER: Herr Praesident, ich glaube, dieser Standpunkt ist nicht ganz zutreffend, denn, als die schriftliche Erklaerung durch die russische Anklagebehoerde vorgelegt worden war, wurde dann auf Widerspruch der Verteidigung erklaert, den Zeugen Halder zum Kreuzverhoer zu stellen und dieses Recht habe ich in Uebereinstimmung mit den anderen Kollegen dahin abgewandelt, dass der Zeuge Halder anstelle des Angeklagten Keitel vernommen wuerde. Durch Verzicht dieses Zeugen wird nun mein Recht beeintraechtigt und ich glaube Anspruch darauf zu haben, dass mir der Zeuge zur Vernehmung zur Verfuegung gestellt wird.

VORSITZENDER: Dr.Laternser, wir werden uns mit der Frage Halder befassen und Ihnen morgen frueh Bescheid sagen. Es ist fuenf Uhr.

DR.LATERNSER: Jawohl.

DR.SEIDL: (Verteidiger fuer den Angeklagten Frank)
Herr Praesident, ichhaette noch gerne einige Fragen an den Zeugen gestellt, die durch das Kreuzverhoer notwendig werden und die Fragen betreffen, welche ...

VORSITZENDER: Das kann heute Abend nicht mehr stattfinden. Wir werden uns darueber beraten und Ihnen morgen frueh Bescheid sagen; heute Abend nicht mehr.

DR.SEIDL: Ja. Ich wollte nur das sagen, damit der Zeuge morgen frueh noch zur Hand ist.

VORSITZENDER: Gut, er wird zur Verfuegung stehen.

MR. DODD: Ich moechte das Gericht auf folgendes aufmerksam machen, und zwar auf folgendeTatsachen. Oberrichter Jackson bat mich, dem Gericht bezueglich der heute frueh stattgefundenen Diskussion Mitteilung zu machen. Ich habe von Oberst Dostert die Original-Niederschrift bekommen, die ihm Dr.Thoma ueberreicht hatte und darin steht, dass ein roter Strich ueber den Paragraphen gezogen ist, der uebersetzt und vervielfaeltigt und in das Dokumentenbuch eingereiht worden ist. Dr.Thoma sagte heute frueh, er haette es nicht unterstrichen und meinte, dass es sich um einen Irrtum in der Uebersetzung handle. OberstDostert erklaert uns, dass in der Uebersetzung kein Irrtum vorgefallen ist, und dass es unterstrichen gewesen ist.

VORSITZENDER: Nun, Dr.Nelte, wir haetten gerne gewusst, welchen Standpunkt Sie mit Bezug auf General Westhoff einnehmen, und in Bezug auf Obergruppenfuehrer Wielen, oder was er ist. Sie hatten die Moeglichkeit, diese Zeugen vorzuladen und

H0323-0096

jetzt hoeren wir, dass Sie nicht den Wunsch, das zu tun.

DR.NELTE: Meine Herren Richter, durch das Kreuzverhoer ist nach meiner Auffassung klargestellt, dass die Anklage den urspruenglich gegen Keitel erhobenen Vorwurf, er habe den Befehl erteilt oder den Befehl Hitlers weitergegeben, dass die 50 Royal Air Force-Offiziere erschossen werden sollten, nicht mehr aufrecht erhalten wird.

Sir David Maxwell-Fyfe hat die vier Punkte, welche er im Zusammenhang mit diesem Fall dem Angeklagten Keitel zum Vorwurf macht, dem Angeklagten vorgehalten und dieser hat auf diese vier Punkte gesagt, dass er sie anerkenne. Da ich den General Westhoff nur fuer die Frage als Zeuge benannt habe, dass Keitel diesen Befehl nicht erteilt und nicht weitergegeben habe, im uebrigen Westhoff nicht bei der Besprechung auf dem Obersalzberg war, also auch nichts aus eigener Anschauung weiss, entfaellt fuer mich die Notwendigkeit, diesen Zeugen noch zu hoeren.

VORSITZENDER: Dr.Nelte, Sie muessen natuerlich die Entscheidung darueber treffen, wen Sie vorladen und wen nicht. Wenn Sir David nicht gesagt hat, dass er einen solchen Befehl herausgegeben hat, koennen Sie den Zeugen vorladen, auf den Grund, dass ein Vorwurf gemacht wurde. Wenn Sie den Zeugen nicht mehr wollen, weil derVorwurf aufgegeben worden ist, so ist das guter Grund fuer Sie, den Mann nicht zu rufen.

SIR DAVID MAXWELL-FYFE: Herr Vorsitzender, es ist kein Vorwurf zurueckgenommen worden. Die Anklagebehoerde bleibt bei dem, was General Westhoff bei seinem Verhoer niedergelegt hat bezueglich des Angeklagten Keitel und so weit es angeboten worden ist als Beweismittel. Das ist der Standpunkt der Anklagebehoerde.

DR.NELTE: Darf ich fragen, ob die Anklagebehoerde behaupten will, dass General Westhoff ausgesagt hat, Keitel habe den Befehl erteilt oder den Befehl weitergegeben ?

VORSITZENDER: Dr.Nelte, Sie haben ja das Dokument selbst gelesen, in dem die Erklaerung Westhoffs erscheint. Sie wissen also genau, was er in dieser Erklaerung angegeben hat. Das Gericht schlaegt vor, den General Westhoff selbst vorzuladen, um zu hoeren was er zu sagen hat und ob er bei seiner Behauptung bleiben will. Und ebenso Vielen, dessen Aussagen gegen den Angeklagten Kaltenbrunner gerichtet ist.

DR.NELTE: Ich darf dann aber auch die Anklagebehoerde bitten, das Affidavit, das General Westhoff ueber den Sachverhalt erteilt hat, auch vorzulegen, damit geklaert wird ...

H0323 - 0097

VORSITZENDER: Wenn Sie sagen Affidavit, meinen Sie Erklaerung ?

DR.NELTE: Nein, ich meine Affidavit und keine unbeeidigte Erklaerung. Die Anklagebehoerde hat bisher nur mit unbeeidigten Protokollen hier gearbeitet. Es hat aber ausserdem Oberst Williams von den Zeugen Westhoff ein Affidavit gefordert und erhalten und dieses Affidavit enthaelt klipp und klar die Bekundung des Zeugen Westhoff, dass er nicht sagen will und nie gesagt hat, dass Keitel einen solchen Befehl erteilt oder weitergegeben hat.

SIR DAVID MAXWELL-FYFE: Ich habe kein Affidavit. Ich habe mich gerade bei Mr. Roberts vergewissert. Es lagen zwei Verhoere vor, wenn ich mich recht erinnere, eines von frueher und eines vom 2.November. Ausser dem Protokoll habe ich von diesen Verhoeren eines schon als Beweismittel angeboten, waehrend das zweite sich in dem Dokumentenbuch des Herrn Dr.Nelte befindet. Ich habe kein Affidavit; wenn ich es haette, wuerde ich es natuerlich sofort vorlegen. Ich weiss nicht, wie Dr.Nelte das gehoert haben kann. Ich habe nie von einer eidesstattlichen Versicherung gehoert.

VORSITZENDER: Das einzige, was das Gericht finden kann, ist eine Erklaerung des Generals Westhoff und ein Bericht des Brigade-Generals Schepp. Das Gericht schlaegt vor, General Westhoff als Zeugen vorzuladen und ihn zu fragen, ob seine Erklaerung, die er in diesem Dokument abgegeben hat, der Wahrheit entspricht.

SIR DAVID MAXWELL FYFE: Die Anklage hat absolut nichts dagegen einzuwenden, Herr Richter.

VORSITZENDER: Herr Marschall will morgen die beiden Zeugen General Westhoff und Wielen - morgen frueh 1o Uhr zur Verfuegung haben.

GERICHTSOFFIZIER: Jawohl, meine Herren.

VORSITZENDER: Das Gericht wird sich jetzt bis morgen vertagen.

(Worauf die Verhandlung um 17.2o Uhr auf 1o Uhr, 1o.April 1946 vertagt wird.)